

Ainhoa Ruiz, Bram Vranken
Francesco Vignarca, Jordi Calvo
Laëtitia Sédou, Wendela de Vries



EINE MILITARISIERTE UNION

ANALYSEN UND HINTERGRÜNDE ZUR
MILITARISIERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION



Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel
Rue Saint-Ghislain 62, 1000 Brüssel, Belgien
www.rosalux.eu

V.i.S.d.P., Büroleiterin
Anna Schröder

Erstveröffentlichung: Brüssel, Juli 2021
Veröffentlichung der deutschen Übersetzung: Brüssel, April 2022

Projektmanager
Axel Ruppert

Autor*innen
Ainhoa Ruiz, Bram Vranken
Francesco Vignarca, Jordi Calvo
Laëtitia Sédou, Wendela de Vries

Übersetzung
Linguanet, Brüssel

Illustrationen
© **Frédéric Thiry**

Design und Produktion, grafische Bearbeitung und Karten
HDMH srl

Gedruckt in Belgien

Diese Publikation wurde aus Mitteln des Bundesministeriums
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert.

INHALT

Vorwort	6
Einführung	9
1 Eine kurze Geschichte der EU-Militarisierung	12
2 Die Prämissen der Militarisierung der EU: das politische Narrativ und europäische Hegemonie	26
3 Strategien und Akteur*innen der EU-Militarisierung	36
4 Framing der Militarisierung: die Argumente der Wirtschaftlichkeit und warum sie falsch sind	60
5 Die Militarisierung der EU: eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit weltweit	70
6 Europäische Friedensbewegung: eine andere Form der europäischen Sicherheit ist möglich	80
Schlussbemerkung	92
Glossar	96
Leseempfehlungen	98
Die Autor*innen	102
Endnoten	104

ROSA-LUXEMBURG- STIFTUNG

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, linke, nicht profitorientierte Organisation für politische Bildung und steht der deutschen Partei „Die Linke“ nahe. Seit 1990 widmet sich die Stiftung der Untersuchung sozialer und politischer Prozesse und Entwicklungen weltweit. Wir arbeiten im Kontext der wachsenden mannigfaltigen Krise unseres gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems. In Zusammenarbeit mit anderen progressiven Organisationen aus allen Teilen der Welt setzen wir uns für demokratische und soziale Teilhabe, Empowerment benachteiligter Gruppen und eine alternative wirtschaftliche und soziale Entwicklung ein. Durch unsere internationalen Aktivitäten wollen wir politische Bildungsarbeit durch wissenschaftliche Analysen, öffentliche Programme und gemeinsame Projekte mit unseren Partnerorganisationen leisten. Wir arbeiten für eine gerechtere Welt auf der Grundlage internationaler Solidarität.

www.rosalux.eu

ENAAT

Das Europäische Netzwerk gegen Waffenhandel (European Network Against Arms Trade, ENAAT) ist ein informelles Netzwerk von Friedensgruppen, die gemeinsam Forschung, Lobbyarbeit und öffentlichkeitswirksame Kampagnen durchführen. Das Netzwerk wurde 1984 in den Niederlanden auf einer internationalen Konferenz über Waffenproduktion und Rüstungsexporte gegründet.

Obwohl nach Angaben der europäischen Regierungen Rüstungsgüter nicht in Länder ausgeführt werden, die sich im Krieg befinden oder gegen Menschenrechte verstoßen, wird der weltweite Handel mit europäischen Waffen fast uneingeschränkt fortgesetzt. Der Handel mit Waffen stellt jedoch eine Bedrohung für Frieden, Sicherheit und Entwicklung dar, und die Rüstungsgüterindustrie ist eine treibende Kraft hinter den steigenden Rüstungsexporten und -ausgaben.

ENAAT-Gruppen und -Einzelpersonen strengen unter anderem Rechtsverfahren gegen Exportgeschäfte an, setzen sich für strengere Ausfuhrkontrollen ein und organisieren Proteste auf Hauptversammlungen von Rüstungsunternehmen. Die ENAAT-Programmleiterin in Brüssel verfolgt die Entwicklungen auf EU-Ebene, einschließlich der beabsichtigten Abzweigung von europäischen Fördermitteln zugunsten der Verteidigungsforschung.

Das Netzwerk hat viele gemeinsame Kampagnen, beispielsweise „Stop Arming Indonesia“ und eine Kampagne gegen den Einsatz von Exportkrediten für Rüstungsgüter, auf den Weg gebracht. Die aktuelle ENAAT-Kampagne läuft unter dem Namen „NoEUmoney4arms“.

enaat.org

VORWORT

Wie bereitet sich die Europäische Union (EU) auf die bevorstehenden Herausforderungen vor? Wie wird sie mit den klimabedingten, wirtschaftlichen und sozialen Krisensituationen umgehen, denen wir gegenüberstehen? Welche Schritte unternimmt sie, um die zugrundeliegenden Ursachen dieser Krisen zu bekämpfen?

Antworten auf diese Fragen sind für alle Menschen inner- und außerhalb der EU von großer Bedeutung. Richtungsweisend sind dabei die Prioritäten der EU und deren politische Gewichtung sowie die entsprechend zugewiesenen personellen und finanziellen Ressourcen. Beunruhigend ist, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten in den letzten Jahren militärische Ziele auf Kosten von zivilen und friedlichen Prioritäten verfolgt haben. Warnungen vor einem militärisch-industriellen EU-Komplex schienen noch vor einigen Jahren weit hergeholt. Nun brüstet sich die EU damit, dass dieser Komplex Stück für Stück Wirklichkeit wird.

Die Konzepte für eine Militarisierung der EU, die seit langem bereitliegen, haben mit dem Brexit-Referendum 2016 kräftig Aufwind erhalten. In nur wenigen Jahren konnten die EU-Mitgliedstaaten und EU-Institutionen die Militarisierung der EU – durch weitreichende Lobbyarbeit der europäischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrien – in bedenklichem Maße vorantreiben. Die Einrichtung der PESCO (Permanent Structured Cooperation, dt. Ständige Strukturierte Zusammenarbeit) und der CARD (Coordinated Annual Review on Defence, dt. Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung) sowie die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) haben den Weg frei gemacht für eine EU-weite Verschiebung der Prioritäten zugunsten der Rüstungsindustrie – auf Kosten der gemeinsamen Bemühungen der Mitgliedstaaten um soziale Belange und Frieden.

Gründend auf der Annahme, dass das europäische Projekt gefährdet und ein „stärkeres Europa“ auf internationaler Ebene erforderlich sei, wurden der Aufbau von gemeinsamen militärischen Fähigkeiten gefördert und steigende Rüstungsausgaben zugesichert. Immer lauter werden die Forderungen danach, dass die EU von ihrer militärischen Stärke mehr Gebrauch machen solle. Da eine weitere soziale und wirtschaftliche EU-Integration von Mitgliedstaaten abgelehnt und/oder sogar blockiert wird, scheint diese Strategie darauf zu gründen, die Handlungsfähigkeit der EU in Krisenzeiten zu demonstrieren, rechte Populist*innen ins Boot zu holen und einen neuen Konsens für ein Europa herauszubilden, das „Schutz bietet“.

Schlagworte wie „strategische Autonomie“ oder Behauptungen, die EU-Militarisierung würde letztlich die Beschaffung von militärischem Gerät vergünstigen, verschleiern gleichzeitig die Kluft, die sich zwischen Mitgliedstaaten und ihren militärisch-strategischen, wirtschaftlichen und geopolitischen Zielen weiter vertieft. Die Annahme, dass der Aufbau eines militärisch-industriellen EU-Komplexes die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten stärken und den Konsens fördern könne, muss in Anbetracht der politischen Sensibilität von sicherheits-, verteidigungs- und außenpolitischen Fragen ernsthaft in Frage gestellt werden. Sicher ist jedenfalls eines: Die europäischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrien profitieren heute und auch in Zukunft direkt von EU-Steuergeldern und dem EU-weiten Engagement für einen Ausbau der Militärapparate.

Der Paradigmenwechsel bei Diskurs, Strukturen und Finanzierung hin zu einer Priorisierung der Militarisierung wird jedoch weder den Frieden sichern noch die strukturellen Ursachen der Konflikte beseitigen, die nicht zuletzt durch das ausbeuterische Wirtschaften einer neoliberalen EU entstanden sind und weiter von ihr geschürt werden. Trotz dieser besorgniserregenden Entwicklung sind dem links verorteten und progressiven Spektrum Europas die EU-Militarisierung und deren mögliche langfristige Auswirkungen auf den Staatenblock wenig bekannt. Es fehlt an Materialien zur politischen Bildung, die umfassend und kompakt über die grundlegenden Komponenten der EU-Militarisierung informieren. Die vorliegende Broschüre soll als Einführung in das komplexe Thema diese Informationslücke schließen. Wir hoffen, dass die Broschüre für all diejenigen von Nutzen ist, die sich aktiv in der Friedensbewegung engagieren, die als jüngere Leser*innen auf der Suche nach einem kritischen, aber konstruktiven Ansatz zur EU sind, und für alle, die sich aktiv für ein friedlicheres, sozialeres und klimagerechteres Europa einsetzen.

Die Broschüre gründet auf der Expertise, Erfahrung und dem Engagement der Mitglieder des European Network Against Arms Trade (ENAAT), die wesentlich zu ihrer Erstellung beigetragen haben. Wir danken ihnen herzlich für die geleistete harte Arbeit bei der Zusammenstellung dieser Publikation und vor allem auch für die Auseinandersetzungen, denen sie sich rund um diesen Themenbereich jeden Tag aufs Neue stellen.

Axel Ruppert,
Projektmanager der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel

EINFÜHRUNG

Die EU hat bedeutende Schritte in Richtung einer neuen Form der gemeinsamen Verteidigung und militärischen Zusammenarbeit unternommen. Das vorrangige rechtliche Rahmenwerk der EU ist der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),¹ der seit der Annahme des Vertrags von Lissabon 2009 in Kraft ist. Obwohl die PESCO (Permanent Structured Cooperation, dt. Ständige Strukturierte Zusammenarbeit) auch Teil des Lissabonner Vertrags war, brauchte es weitere acht Jahre und das Brexit-Referendum, bis sie 2017 auf den Weg gebracht wurde. Alle EU-Mitgliedstaaten außer Malta und Dänemark sind der PESCO beigetreten und haben sich zur Entwicklung ihrer militärischen Fähigkeiten, zur Erhöhung der Rüstungsausgaben und zur Bereitstellung von Kampfeinheiten für europäische militärische Operationen verpflichtet.² Die Militarisierung hat sich auf Ebene der EU-Politik so dynamisch entwickelt, dass sie heute durch den EU-Gemeinschaftshaushalt finanziert wird. Ein umfassendes Narrativ treibt ihre Entwicklung weiter voran.

Diese Broschüre wurde erstmals vor der vom Kreml befehligten Invasion russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022 veröffentlicht. Angesichts der Tatsache, dass dieser Krieg die bestehenden Militarisierungsprozesse in ganz Europa beschleunigt, ist es umso wichtiger, die Militarisierung der EU besser zu verstehen und kritisch zu hinterfragen. Zentral dabei ist, dass die Militarisierung der EU ein langfristiger Prozess mit bereits etablierten Strukturen und Akteur*innen ist, die ausgebaut bzw. gestärkt werden. In Zeiten sich schnell ändernder politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen bietet diese Broschüre die notwendigen Hintergrundinformationen und Analysen, um aktuelle Entwicklungen besser in einen Gesamtkontext einordnen zu können.

Wir werden uns in dieser Broschüre näher mit den Diskursen, Strukturen und Akteur*innen der EU-Militarisierung, deren Konsequenzen und den Maßnahmen, die potenziell gegen diesen Paradigmenwechsel ergriffen werden können, befassen. Zunächst möchten wir jedoch verdeutlichen, was wir unter Militarisierung verstehen. „[W]eitgehend gefasst bedeutet Militarisierung die kulturelle, symbolische und materielle Vorbereitung auf Krieg [...] Insbesondere handelt es sich bei Militarisierung jedoch um einen beabsichtigten Prozess, dessen Umsetzung ein Staat oder eine Gruppe anstreben muss“.³ Basierend auf dieser Definition verstehen wir unter Militarisierung einen Prozess:

- > mit dem politische und finanzielle Mittel für den Ausbau militärischer Fähigkeiten umgewidmet werden;
- > mit dem Strukturen geschaffen werden, um die Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidungsträger*innen, dem Militär und der Rüstungsindustrie zu organisieren, zu koordinieren und auszuweiten;
- > in dessen Rahmen auf drängende Herausforderungen bevorzugt mit militärischen Mitteln anstatt mit zivilen Mitteln reagiert wird;
- > der durch Polemiken vorangetrieben wird, die militärische Stärke demonstrieren und auf Krieg vorbereiten.

Die Militarisierung auf EU-Ebene orientiert sich insbesondere an einer „Versicherheitlichung“, die einen subjektiven Vorgang beschreibt, der die Bedeutung von Bedrohungen oder (Un-)Sicherheiten sozial konstruiert. Diese Zuschreibung wiederum rechtfertigt außerordentliche Maßnahmen zur vermeintlichen Gefahrenabwehr durch Sicherheits- oder Militärorgane.⁴

Mit anderen Worten ist dies ein Prozess, durch den ein politisches Problem identifiziert und als Sicherheitsrisiko behandelt wird. Ein praktisches Beispiel dafür ist die Art, wie mit Migration und Asylantträgen in der EU verfahren wird und wie Geflüchtete von EU-Institutionen und EU-Regierungen als Bedrohung dargestellt werden. Während der Prozess der Versicherheitlichung theoretisch auch Maßnahmen beinhalten kann, die nicht auf militärische Sicherheit bezogen sind, schränkt er in der Praxis alternative Denkprozesse und Reaktionsmöglichkeiten ein. Der Fokus von zivilen und politischen Akteur*innen wird auf ein beschränktes Maßnahmenpaket begrenzt. Anders gesagt: Für eine Person mit einem Hammer sieht jedes Problem aus wie ein Nagel.

Das aktuell vorherrschende Narrativ in der EU zielt in erster Linie auf Militarisierung, verstärkte innere Sicherheit und Grenzbefestigung ab. Die drei miteinander verknüpften Bereiche sind ein lukratives Geschäft für die Sicherheits- und Rüstungsindustrien beim Vertrieb von Rüstungsgütern, Überwachungstechnologie und Sicherheitsausrüstung. Zur Bewältigung unserer aktuellen Krisen – die Klimakrise und ihre Auswirkungen auf Konflikte und Vertreibung, das mangelnde Vertrauen in die Weltordnungspolitik sowie die zunehmenden sozioökonomischen Ungleichheiten zwischen Weltregionen und innerhalb von Staaten – kann jedoch keines der drei Konzepte beitragen.

In diesem Kontext stellen sich folgende Fragen: Warum treibt die EU den Aufbau von militärischer Stärke trotzdem konzentriert voran und wie wird dieser Paradigmenwechsel europäischen Bürgern*innen schmackhaft gemacht? Wer trifft die Entscheidungen und wer profitiert davon? Was bedeutet dies für die Menschen inner- und außerhalb von Europa und welche Alternativen haben wir?

Zur Beantwortung dieser Fragen geht es im ersten Kapitel dieser Broschüre um die Geschichte der EU-Militarisierung, wobei verstärkt auf die davon untrennbare langfristige Einbindung der Sicherheits- und Rüstungsindustrien eingegangen wird. Im zweiten Kapitel werden die Narrative untersucht, die die Legitimierung der EU-Militarisierung untermauern und verfestigen. Im dritten Kapitel wird eine Übersicht über die wichtigsten Akteure, institutionellen Strukturen und Entscheidungsprozesse bereitgestellt, die den Paradigmenwechsel der EU hin zu einer militarisierten Union fördern. Im vierten Kapitel werden die wirtschaftlichen Argumente im Detail untersucht, die von den Befürwortern*innen am häufigsten vorgebracht werden. Das fünfte Kapitel der Broschüre beschäftigt sich mit den katastrophalen Folgen der Militarisierung für den Frieden und die Sicherheit all derjenigen, die im globalen Süden (und in der EU) leben. Das sechste Kapitel enthält abschließend eine umfangreiche (wenn auch nicht erschöpfende) Liste alternativer Optionen für eine friedensorientierte EU-Sicherheitspolitik und gibt Anregungen, um aktiv zu werden.

Die vorliegende Veröffentlichung wurde von mehreren Expert*innen für EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfasst. Die in unterschiedlichen akademischen und aktivistischen Bereichen tätigen Wissenschaftler*innen kommen aus verschiedenen EU-Ländern, haben keine Verbindungen zum militärisch-industriellen Komplex und sind sich bewusst, dass Sicherheit stets subjektiv, partiisch und niemals wertfrei ist.

Welche Sicherheit wünschen wir uns? Wir haben die Wahl, und unsere Herangehensweise bei der Umsetzung wird entsprechend unseren Zielen verschieden sein. Wollen wir eine europäische und globale Gesellschaft schaffen, die auf Frieden und Menschenrechten aufbaut? Oder streben wir die Einrichtung einer „Festung Europas“ an, die auf Angst und Misstrauen gründet und lediglich scharf kontrollierte Arbeitskräfte, fossile Brennstoffe und Investitionen akzeptiert? Der Bau einer solchen Festung Europas kann nur zu Aufrüstung, Militarisierung und Krieg führen.

EINE KURZE GESCHICHTE DER EU- MILITARISIERUNG

1



„Bis 2025 brauchen wir eine funktionierende Europäische Verteidigungsunion.“

Jean-Claude Juncker, Rede zur Lage der Union, September 2017

„Wir sind keine Anbieter. Wir sind Partner.“

Christopher Lombardi, stellvertretender Vorsitzender des Rüstungskonzerns Raytheon, beim Egmont-Expertenseminar „The European Defence of Europe?“, Februar 2017

MEILENSTEINE DER EU-MILITARISIERUNG

Im Rahmen des Konvents über die Zukunft Europas, mit dem zielgerichtet die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung vorangetrieben wurde, fand sich 2002 eine kleine, aber einflussreiche Gruppe zusammen, um sich über die Zukunft der europäischen Verteidigung zu beraten. Bemerkenswert war, dass diese Gruppe ausschließlich aus Waffenlobbyist*innen und politischen Entscheidungsträgern*innen der militärischen Institutionen bestand.

Ihr Treffen war indessen kein Zufall. Die europäische Rüstungsindustrie hatte nach dem Ende des Kalten Krieges eine tiefgreifende Krise durchlebt. Den Militärapparaten waren nach 40 Jahren massiver Ausgaben für jede Art von militärischer Ausrüstung schlagende Argumente für die Verschwendung öffentlicher Gelder ausgegangen. Im Sinne der sogenannten „Friedensdividende“ kürzten viele Länder ihre Rüstungsausgaben, was dazu führte, dass zahlreiche Rüstungsunternehmen in Konkurs gingen, ihre Aktivitäten zurückschraubten oder von Mitbewerbern übernommen wurden. Die Zusammenkunft 2002 kennzeichnete indessen einen Wendepunkt: Erstmals in ihrer Geschichte erwog die EU ernsthaft eine Unterstützung für europäische Rüstungsunternehmen.

Die Vorschläge der Gruppe wurden zwar nur zu einem sehr geringen Teil umgesetzt, aber die Einrichtung einer Europäischen Verteidigungsagentur (European Defence Agency, EDA) konnte in diesem Rahmen vorangebracht werden. Jahre später erklärte der an dem Treffen beteiligte Michel Troubetzkoy, damaliger Cheflobbyist des Rüstungskonzerns EADS (heute Airbus), dass die Europäische Verteidigungsagentur ein „EADS Baby“ war und dass die Organisationsstruktur der „Agentur zu 95 Prozent den von EADS vorgebrachten Vorschlägen entsprach“.⁵ Auf der Website der EDA ist zu lesen, dass ihre Entstehung auf einen „Vorstoß aus der Branche“ zurückzuführen sei, angeführt von dem Lobbyisten Troubetzkoy. Letzterer wird wie folgt zitiert: „Ich habe persönlich [den ehemaligen französischen Präsidenten] Valéry Giscard d'Estaing gebeten, durch die Gründung einer entsprechenden Agentur einen neuen politischen Impuls für die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu geben“.⁶ Es erstaunt daher wenig, dass eine der Kern-

aufgaben der EDA darin besteht, die „europäischen Verteidigungsprojekte“ zu unterstützen.⁷

Die Gründung der EDA zeigt sehr deutlich, dass eine kleine Gruppe von Lobbyist*innen sowie Entscheidungsträger*innen eine beherrschende Rolle im Entscheidungsprozess rund um die EU-Militarisierung innehat. Die Lobbying-Beobachtungsstelle Corporate Europe Observatory (CEO) beschreibt die EU-Verteidigungsgemeinschaft als ein „Spinnennetz bestehend aus Vertrauen und Einflussnahme“.⁸ Die Waffenlobbygruppe ASD formuliert es ihrerseits so: „Es besteht ein ständiger und enger Dialog sowohl mit der Europäischen Kommission als auch mit der Europäischen Verteidigungsagentur“.⁹

Im Jahr 2003 gelang der Sicherheitsindustrie* ein weiterer Durchbruch. Im Kontext des „Kriegs gegen den Terrorismus“ und der boomenden Sicherheitsindustrien den USA begann die europäische Sicherheitsindustrie, die sich neue Marktchancen nicht entgehen lassen wollte, auf ein Sicherheitsforschungsprogramm zu drängen. Im gleichen Jahr beteiligte sich eine Gruppe von Persönlichkeiten zur Sicherheitsforschung (Group of Personalities, GoP), die als Beratungsgremium für die Europäische Kommission fungierte, maßgeblich an der Konzeption eines neuen Sicherheitsforschungsprogramms. Dabei kamen 8 der 25 GoP-Mitglieder aus der Sicherheitsindustrie. Die Programmfinanzierung war auf zivile und Dual-use-Güter** beschränkt. Während die militärische Forschung explizit aus dem Programm ausgeschlossen wurde, baute man für die Rüstungsindustrie eine Hintertür ein, die ihr ermöglichte, sich verstärkt an EU-Forschungsprogrammen zu beteiligen und eine militarisierte Grenz- und innere Sicherheitspolitik voranzutreiben.

* Der Begriff „Sicherheitsindustrie“ umfasst alle gewinnorientierten Unternehmen und Forschungszentren, die in Forschung, Entwicklung und Herstellung von Sicherheits- und Rüstungsgütern und verbundenen Technologien tätig sind. Viele dieser Akteure, vor allem die wichtigsten, sind sowohl in der zivilen Sicherheit oder Dual-use-Sicherheit und im militärischen Bereich aktiv. Unter dem Begriff „Sicherheitsindustrie“ ist im Folgenden auch die Rüstungsindustrie zu verstehen und der Begriff „Waffen-/Militärindustrie“ bezeichnet insbesondere diesen Teilsektor der Sicherheitsindustrie.

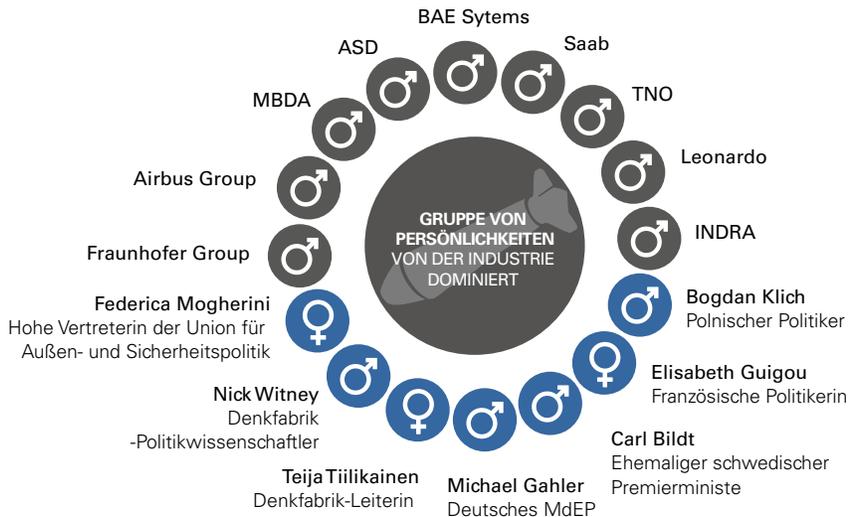
** Dual-use (doppelter Verwendungszweck) bezieht sich auf Technologien oder Ausrüstung, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke eingesetzt werden können.

Auch wurden unablässig Forderungen nach militärischen EU-Forschungsprojekten laut. Anlässlich der EDA-Konferenz 2007 rief Ake Svensson von ASD die EU dazu auf, eine „Gruppe weiser Männer“ mit der Ausarbeitung einer Agenda für Militärforschung zu beauftragen. Mitgliedstaaten, die meisten Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) und Teile der Europäischen Kommission sprachen sich zunächst gegen ein umfassendes Militärprogramm aus. Das beharrliche Drängen der Rüstungsindustrie hatte jedoch Erfolg.

Nach dem euroskeptischen Votum im Vereinten Königreich zugunsten des EU-Austritts 2016 wurde die Militarisierung der EU, die bereits vor dem Referendum angelaufen war, rasch intensiviert. Für die Rüstungslobby war dies die ideale Gelegenheit, um ihre Agenda schnell voranzubringen. Die zehn größten Rüstungskonzerne und Lobbying-Organisationen ASD und EOS trafen sich 2015 hierzu 327 Mal mit Kommissions- und Kabinettsmitgliedern. Währenddessen gingen 48 zugelassene Lobbyist*innen beim Europäischen Parlament ein und aus und konnten somit unbehelligt MdEP und Entscheidungsträger*innen für ihre Sache gewinnen. Die Bemühungen der Branche um Einflussnahme wurden auch bei internationalen Konferenzen und Waffenmessen verstärkt fortgesetzt, wobei Airbus bei der jährlichen Konferenz der Europäische Verteidigungsagentur mit 22 geladenen Mitarbeitenden vertreten war. Im Jahr 2015 wechselte der Verteidigungsberater der Europäischen Kommission, Burkard Schmitt zu ASD, wo er mit „allen Angelegenheiten der Sicherheit und Verteidigung“ beauftragt wurde.¹⁰

Die Waffenindustrie war im neuen Beratungsgremium, der Group of Personalities (GoP) zur Verteidigungsforschung, tonangebend. Die 2015 von der Europäischen Kommission neu gegründete Gruppe sollte strategische Überlegungen in die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbringen und hinsichtlich Form und Inhalt des Europäischen Verteidigungsfonds und dessen Haushalt beratend zur Seite stehen.

DIE VON DER BRANCHE BEHERRSCHTE „GROUP OF PERSONALITIES“ 2015



Quelle: Abschlussbericht der Group of Personalities

Die 16-köpfige GoP bestand knapp zur Hälfte aus Vertreter*innen der Waffenindustrie (Airbus Group, BAE Systems, Finmeccanica, MBDA, Saab, Indra und ASD). Zwei weitere Mitglieder vertraten die Interessen privater Forschungsinstitute, die militärische Forschungsprojekte betreiben (TNO und Fraunhofer-Gesellschaft). Die Zivilgesellschaft und unabhängige Wissenschaft waren nicht in der Gruppe vertreten. Wie zu erwarten war, drängte die GoP die EU in ihrem Abschlussbericht, „die militärische Position Europas insgesamt zu stärken“¹¹ durch die Zuweisung von Fördermitteln für die Rüstungsforschung in Höhe von 3,5 Mrd. Euro. Diese Empfehlung wurde Wort für Wort in den von der Kommission im November 2016 veröffentlichten Europäischen Verteidigungs-Aktionsplan übernommen.

Wenigstens ließ die EU-Industriekommissarin in ihrem Tweet keinen Zweifel über den Zweck dieses Fonds: „gute Neuigkeiten für die Verteidigungsindustrie: neuer Europäischer Verteidigungsfonds vor Ende des Jahres geplant!“

GUTE NACHRICHTEN FÜR DIE VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE



#SOTEU – gute Nachrichten für die Verteidigungsindustrie:
Ein neuer Europäischer Verteidigungsfond noch vor Ende des Jahres.

Die Kommission war sich bewusst, dass diese Vorhaben höchst umstritten waren. Bei einem Treffen der Gruppe wies ein Kommissionsvertreter die anderen Mitglieder daher daraufhin, dass eines der Ziele der GoP darin bestehen müsse, „den Widerstand gegen ein Programm für die Verteidigungsforschung zu überwinden“.¹² Im Europäischen Parlament verhöhnten Konservative Friedensaktivist*innen als „Pazifisten, die versuchen, die Zukunft unserer Branche und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gefährden“.¹³

18 /

Auf die GoP folgten in kürzester Zeit weitere Initiativen. Im Jahr 2017 brachten die EU-Mitgliedstaaten die PESCO auf den Weg, ein Kooperationsrahmen für militärische Fragen, der die Zusammenarbeit hinsichtlich Kapazitäten fördern und die Militärausgaben der EU-Mitgliedstaaten erhöhen soll (vgl. Kapitel 3). 2019 richtete die Europäische Kommission ein neues Referat ein, die Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum (GD DEFIS), die für die „Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie“ zuständig ist.¹⁴

Diese Schritte hatten tiefgreifende Auswirkungen auf die Ausrichtung des Europäischen Projekts. Während der EU-Diskurs häufig auf Menschenrechte und Friedensförderung fokussiert ist, definiert sich die EU nunmehr selbst als eine „geopolitische Europäische Union“. Bis noch vor einigen Jahren waren im EU-Haushalt keinerlei Rüstungsausgaben vorgesehen. Nun schießen die EU-Ausgaben für die Verteidigung auf Kosten ziviler Programme sprunghaft in die Höhe. Beunruhigender Weise muss festgestellt werden, dass die Militarisierung nunmehr auf alle Politikfelder übergreift.

Die Waffenindustrie, die heute als klassischer Geschäftszweig gilt, hat Zugang zu einem breiten Spektrum an zivilen Programmen. Und die EU-Außenpolitik wird zunehmend auf die Bereitstellung von militärischer Unterstützung für Drittstaaten zur „Friedensförderung“ ausgerichtet. Dabei sind einige der verbündeten Länder Diktaturen und verstoßen gegen Menschenrechte, für deren Schutz sich die EU angeblich stark machen will.

Maßnahmen der EU-Grenzpolitik zielen darauf ab, die Einreise von Geflüchteten und Migrant*innen nach Europa zu verhindern, und zwar bei Bedarf auch unter Einsatz militärischer Mittel. Bis vor Kurzem schienen Warnungen vor einem militärisch-industriellen Komplex in der EU weit hergeholt. Nun wird dieser Komplex Wirklichkeit.

MEILENSTEINE DER EU-MILITARISIERUNG

- 1992** Der Vertrag von Maastricht legt den Grundstein für eine EU-Säule der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
-
- 1998** Mit der Erklärung von Saint-Malo wird die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegründet
-
- 2002** Die Arbeitsgruppe für Verteidigungsfragen trifft sich im Rahmen des europäischen Konvents über die Zukunft Europas. Die Gruppe wird das Fundament für die Europäische Verteidigungsagentur legen
-
- 2003** Der von der Europäischen Kommission gegründeten Group of Personalities (GoP) zur Sicherheitsforschung gehören zahlreiche Vertreter*innen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie an. Ihre Aufgabe ist es, gemeinsam ein Sicherheitsforschungsprogramm auszuarbeiten
-
- 2003** Der Hohe Vertreter der EU stellt das Strategiepapier „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ vor, in dem die Rolle von Sicherheitstechnologien zur Beilegung gesellschaftlicher Probleme hervorgehoben wird
-
- 2004** Start der Vorbereitenden Maßnahmen zur Sicherheitsforschung (Preparatory Action on Security Research, PASR) mit Mitteln in Höhe von 65 Mio. Euro
-
- 2004** Die Lobbyorganisation der Rüstungsindustrie, EDIG, wird in AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD) umbenannt und vertritt die 18 größten europäischen Rüstungskonzerne
-
- 2004** Gründung der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA)
-
- 2005** Gründung der EU-Grenzagentur Frontex
-
- 2007** Auflegung des mehrere Millionen Euro schweren Sicherheitsforschungsprogramm, zu dessen größten Nutznießern die Rüstungsindustrie gehört
-
- 2007** Die Europäische Organisation für Sicherheit (EOS), ein Verband für die Rüstungs- und Sicherheitsindustrie, eröffnet ein Büro in dem Gebäude, in dem auch die ASD ansässig ist
-
- 2009** Das Verteidigungspaket wird vom Europäischen Parlament verabschiedet und stößt eine umfassende Liberalisierung des europäischen Binnenmarkts für Rüstungsexporte an

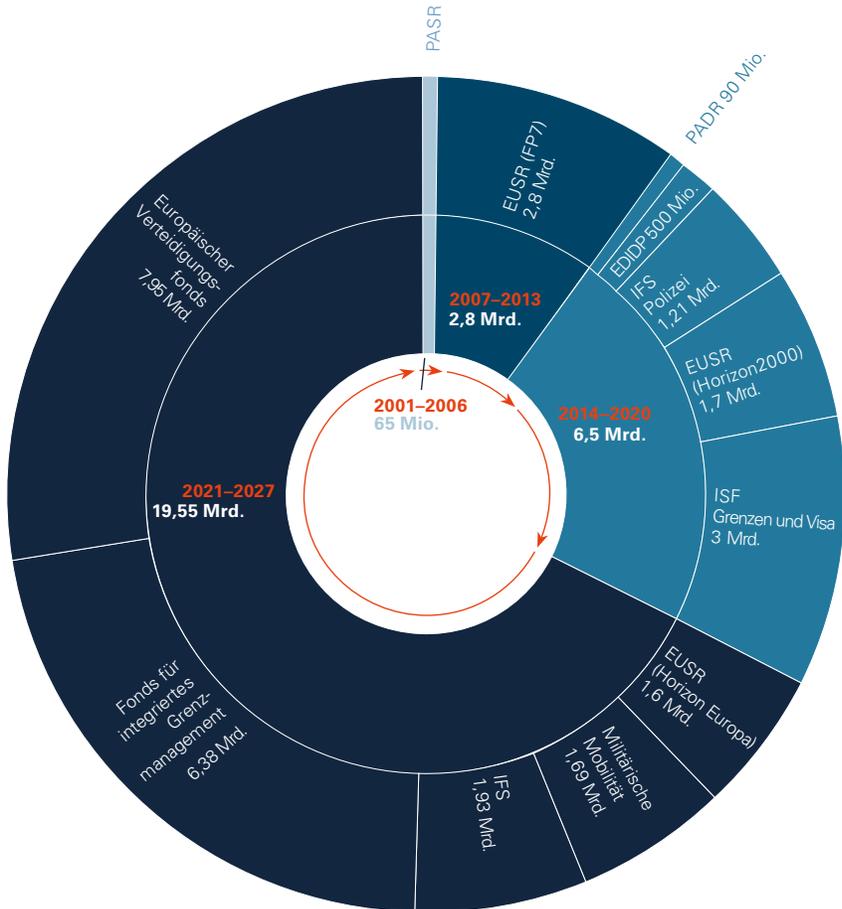
Blau: wichtige Erklärungen oder Beschlüsse und institutionelle Änderungen

Orange: Gründung von Lobbying-Gruppen und „Beiräten“, in denen die Rüstungsindustrie vertreten ist

Rot: Verteidigungs- und Sicherheitshaushalte

-
- 2015** Die EU-Binnenmarktkommissarin Bienkowska gründet die Group of Personalities (GoP) zur Verteidigungsforschung. Die weitgehend unter dem Einfluss der Sicherheitsindustrie stehende Gruppe empfiehlt die Einrichtung eines EU-Forschungsprogramms mit militärischer Ausrichtung
-
- 2016** Die Hohe Vertreterin der EU stellt das Strategiedokument „Globale Strategie“ vor, das eine verstärkt militarisierte EU-Außenpolitik vorsieht
-
- 2016** Die Europäische Kommission veröffentlicht den Europäischen Verteidigungs-Aktionsplan, mit dem offiziell der Entwurf für den Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) vorgelegt wird
-
- 2017** Start der Vorbereitenden Maßnahmen zur Verteidigungsforschung (Preparatory Action on Defence Research, PADR) mit Mitteln in Höhe von 90 Mio. Euro
-
- 2017** Mit der Aktivierung von PESCO werden die EU-Mitgliedstaaten zur Erhöhung ihrer Rüstungsausgaben gedrängt
-
- 2019** Die Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum (GD DEFIS) wird als Referat der EU-Kommission für die Verteidigungsindustrie ins Leben gerufen
-
- 2019** Start des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (European Defence Industrial Development Programme, EDIDP) mit Mitteln in Höhe von 500 Mio. Euro
-
- 2021** Start des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) mit Mitteln in Höhe von 8 Mrd. Euro als erstes vollwertiges EU-Forschungsprogramm für den militärischen Bereich
-
- 2021** Start der Europäischen Friedensfazilität (EFF) mit Mitteln in Höhe von 5 Mio. Euro (direkte Finanzierung durch Mitgliedstaaten) zur Vereinfachung von EU-Militäroperationen und zur Bereitstellung von militärischer Unterstützung für südliche Länder, die als Partner erachtet werden
-
- 2021** Start des EU-Programms für militärische Mobilität mit Mitteln in Höhe von 1,7 Mio. Euro. Das auch als „militärisches Schengen“ bezeichnete Programm hat zum Ziel, die Beförderung von militärischer Ausrüstung und Truppen in der gesamten EU zu erleichtern

SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSBUDGETS NACH HAUSHALTSZYKLUS



22 /

PASR: Vorbereitende Maßnahmen zur Sicherheitsforschung (Preparatory Action on Security Research) | EDIDP: Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich | EUSR: EU-Sicherheitsforschung | ISF: Fonds für die innere Sicherheit | PADR: Vorbereitende Maßnahmen zur Verteidigungsforschung (Preparatory Action on Defence Research)

Quelle: Europäische Kommission. Zuweisungen für den Zeitraum 2021-2027 werden zu aktuellen Preisen dargestellt. Im Rahmen des Forschungsprogramms Horizon Europe fließen 14 Mrd. Euro der Forschungsgelder in die Forschungsbereiche „Digital, Industrie und Raumfahrt“, die sicherheitsrelevante Technologien wie KI, Robotik oder neue Technologien umfasst und somit auch für den militärischen Bereich von Interesse ist. Zahlreiche Akteure im Sicherheits- und Rüstungsbereich sind auch in den Bereichen digitale Technologien und Raumfahrt tätig – die Grenzen zwischen zivilen und militärischen Anwendungen verwischen zunehmend.

DIE ROLLE VON SICHERHEITSINDUSTRIE UND DENKFABRIKEN BEI DER EU-MILITARISIERUNG

Die in der EU-Bubble* gut vertretene europäische Waffenlobby verfügt über umfangreiche Mittel, um die Umsetzung ihrer Agenda durch Lobbyarbeit voranzutreiben. Direkt daran beteiligt sind große Rüstungskonzerne wie Airbus oder Lobby-Gruppen in den Verteidigungs- und Sicherheitssektoren (wie ASD und EOS).

UMFANGREICHE MITTEL FÜR LOBBYARBEIT

Fast alle hochrangigen Rüstungsunternehmen verfügen über Geschäftsstellen für Lobbyarbeit in Brüssel, die mit umfangreichen Mitteln ausgestattet sind. Schätzungen der News-Website Politico zufolge und basierend auf dem EU-Transparenz-Register dürften sich die Lobbyausgaben der Branche in der EU 2016 auf rund 54,7 Mio. Euro belaufen haben.¹⁵ Die zehn größten europäischen Rüstungskonzerne verfügen zusammen über ein Lobbybudget von etwa 5 Mio. Euro pro Jahr (die restlichen Ausgaben für Lobbyarbeit entfallen auf zahlreiche andere Unternehmen, Berufsverbände, Lobbygruppen und Beratungsgesellschaften). Die Zahlen dürften jedoch unterschätzt sein, da zahlreiche Unternehmen falsche Angaben über ihre Lobbying-Budgets im EU-Transparenz-Register machen.

* Brüssel belegt gleich nach Washington den zweiten Platz bei der Einflussnahme durch Lobbyist*innen – in Brüssel arbeiten schätzungsweise 25.000 Lobbyist*innen im Rahmen von über 12.000 Lobby-Gruppen. Dieser Geschäftszweig generierte im Jahr 2018 einen Umsatz von über 15 Mrd. Euro.

LOBBYING-RESSOURCEN DER GRÖSSTEN RÜSTUNGSUNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN	LOBBYAUSGABEN	ANERKANNTE LOBBYIST- *INNEN	TREFFEN MIT JUNCKER- KOMMISSION
BAE Systems	50.000 – 99.999 €	1	3
Airbus	1.500.000 – 1.749.000 €	7	157
Thales Group	300.000 €	3	23
Leonardo	300.000 – 399.999 €	3	35
Rolls-Royce	1.500.000 – 1.749.000 €	2	21
Naval group	100.000 – 199.999 €	3	11
Rheinmetall	300.000 – 399.999 €	4	1
MBDA	50.000 – 99.999 €	1	7
Safran	495.000 €	5	11
Saab	200.000 – 299.999 €	5	11
ASD	298.000 €	11	31
EOS	100.000 – 199.999 €	3	16
Summe	4.893.000 – 5.984.999 €	49	327

Im Vergleich dazu beläuft sich der jährliche Gesamthaushalt des ENAAT, das über eine Teilzeitkraft verfügt, auf weniger als 40.000 Euro. Dabei ist ENAAT das bedeutendste Friedensnetzwerk Europas, das sich seit 2016 gegen den EVF und die EU-Militarisierung einsetzt.

LEICHTER ZUGANG ZU EUROPÄISCHEN UND NATIONALEN ENTSCHEIDUNGSTRÄGER*INNEN

Die Rüstungsindustrie nimmt weitreichenden Einfluss auf die EU, wobei ihr eine Vielzahl von Anlaufstellen offenstehen.

Firmenchefs und Lobbyist*innen der Rüstungsindustrie haben in allen Phasen der Politikgestaltung und Entscheidungsfindung sowie der Umsetzung im Rahmen von bilateralen Treffen und Anhörungsprozessen einen bevorrechtigten Zugang zu relevanten Mitgliedern der EU-Kommission, ihren Kabinetten und hochrangigen Beamt*innen. Hinzu kommen Waffenmessen und Flugveranstaltungen, die nicht nur als größerer Umschlagplatz für Waffen dienen, sondern auch als wichtige Events für Branchenlobbyist*innen.

Konferenzen wie die jährlichen Treffen der Europäischen Verteidigungsagentur* oder Gipfeltreffen der Europäischen Verteidigungsindustrie fungieren als wichtige Schnittstellen zwischen Rüstungsindustrie und politischen Entscheider*innen.

Das Europäische Parlament ist ebenfalls ein Schauplatz für die Lobbyarbeit der Rüstungsbranche in Form von Zusammenkünften unter Leitung der Kangaroo Group (ein MdEP-Industrie-Forum, das sich mit Verteidigungsfragen befasst) oder der interfraktionellen Arbeitsgruppe Sky and Space**¹⁶ bis hin zu regelmäßigen Gesprächen mit Abgeordneten, denen bei der Bewerbung des Sicherheitsnarrativs (vgl. Kapitel 3) und in den entsprechenden Gesetzgebungsverfahren eine wichtige Rolle zukommt.

Die enge Beziehung zwischen Rüstungsindustrie und EU-Institutionen wird des Weiteren durch den Drehtür-Effekt unterstützt, in dessen Rahmen EU-Beamte*innen Positionen als Lobbyist*innen übernehmen und umgekehrt. Burkard Schmitt, auf den bereits hingewiesen wurde, stieß zur Rüstungsindustrie, nachdem er über acht Jahre für die Europäische Kommission tätig war (vgl. Seite 16). Kürzlich trat der EDA-Vorsitzende Jorge Domecq eine Position bei Airbus Defence and Space in Spanien an, nachdem er die EDA nur sieben Monate zuvor verlassen hatte.¹⁷

Die Einflussnahme auf Abgeordnete findet aber auch auf nationaler Ebene statt. Einzelstaatliche Lobby-Gruppen und Marktführer im Rüstungsbereich unterhalten eine symbiotische Beziehung zu ihren nationalen Regierungen, die als ihre wichtigsten Kunden und Förderer letztlich Entscheidungen auf EU-Ebene treffen.

Diese Übervorteilung der Rüstungsindustrie erstickt Debatten über die Militarisierung der EU und daraus resultierende konkrete Maßnahmen im Keim. Die meisten in Brüssel ansässigen Denkfabriken*** kommunizieren zudem das vorherrschende Narrativ, mit dem eine positive Vision des militärischen Paradigmenwechsels der EU fast ohne kritisches Hinterfragen beworben wird. Auf diese Weise werden alternative Betrachtungsweisen bereits im Vorfeld abgeblockt, so dass für kritische Stimmen kaum Platz bleibt.

* 2018 waren hierzu Hunderte von Vertreter*innen der Rüstungsindustrie geladen. Airbus allein erhielt 22 Einladungen zur Konferenz, während Vertreter*innen der Zivilgesellschaft nicht willkommen waren.

** Das Sekretariat steht unter der Leitung der Lobby-Gruppe ASD. Der ASD-Chef Jan Pie hat die interfraktionelle Arbeitsgruppe als „extrem effektives Forum für die Kontaktaufnahme mit MdEP“ beschrieben.

*** Wie Friends of Europe, das Institut der EU für Sicherheitsstudien, das Institut Egmont oder die ARES Group der französischen Denkfabrik IRIS.

**DIE PRÄMISSEN
DER MILITARISIERUNG
DER EU:
DAS POLITISCHE
NARRATIV
UND EUROPÄISCHE
HEGEMONIE**

2

CLIMATE CRISIS
SOCIAL INEQUALITY
FORCED DISPLACEMENT
HEALTH



Klimakrise
Soziale Ungerechtigkeit
Flucht und Vertreibung
Gesundheit

VOM SICHERHEITSNARRATIV HIN ZUR UMFASSENDE MILITARISIERUNG

WIE BILDETE SICH DAS SICHERHEITSNARRATIV IN DER EU HERAUS?

Die Entwicklung einer europäischen Sicherheitsstrategie wurde erstmals im Jahr 2003 unter der Leitung von Javier Solana angeregt, damals Hoher Vertreter der EU (vgl. Seite 20) und ehemaliger NATO-Generalsekretär. In dem Strategiepapier „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ wird Bilanz über das Ende des Paradigmas des Kalten Krieges gezogen und eine Verbindung zwischen globaler und lokaler Sicherheit hergestellt.

2016 wurde ein zweites Dokument mit dem Titel „Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa“ veröffentlicht, das gemeinhin als „Globale Strategie“ bezeichnet wird und vom Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) unter Federführung der Hohen Vertreterin der EU Federica Mogherini ausgearbeitet wurde. Die enthaltene Situationsanalyse, die bei den Mitgliedstaaten auf Zustimmung stieß, beruht in erster Linie auf externen und internen miteinander verwobenen Bedrohungen. Die „Globale Strategie“ weist dem militärisch- und sicherheitsindustriellen Komplex eine völlig neue Rolle zu und es wird bekräftigt, dass die EU diese Strategie aus Sicherheitsgründen unterstützen sollte. Das Papier leitet folglich eine entscheidende Wende ein, die den Paradigmenwechsel der EU von einem vermeintlichen Friedensprojekt hin zu einem Projekt der Militarisierung markiert.

28 /

In der Einleitung zur „Globalen Strategie“ werden die wahrgenommenen Bedrohungen der EU zusammenfassend dargestellt, bei denen es sich indessen nicht ausschließlich um militärische Gefahren handelt: „Im Osten wird gegen die europäische Sicherheitsordnung verstoßen. Terrorismus und Gewalt suchen Nordafrika und den Nahen Osten und auch Europa selbst heim. Das Wirtschaftswachstum hinkt der demografischen Entwicklung in Teilen Afrikas noch immer hinterher. Die sicherheitsgefährdenden Spannungen in Asien nehmen zu, während der Klimawandel weitere Verwerfungen verursacht“.¹⁸

Diese Bedrohungen können natürlich nicht mit militärischen Mitteln bewältigt werden. Trotzdem enthält die „Globale Strategie“ die Forderung nach einer europäischen „Harten Macht“, insbesondere im militärischen Bereich. Trotz der Behauptung, dass die „EU [...] sich zu einer globalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts, welche die Menschenrechte, eine nachhaltige Entwicklung [...] gewährleistet“ bekennt, wird der Text wie folgt fortgeführt: „und dauerhaften

Zugang zu den globalen Gemeingütern“.¹⁹ Letzteres bezeichnet ein militaristisches Konzept, das unter anderem die Kontrolle der Seehandelsrouten sowie Investitionen in Sicherheit und Verteidigung beinhaltet.

„Insbesondere sind Investitionen in Sicherheit und Verteidigung dringlich. Das gesamte Spektrum der Verteidigungsfähigkeiten ist erforderlich, um auf externe Krisen zu reagieren, die Kapazitäten unserer Partner aufzubauen und die Sicherheit Europas zu gewährleisten.“

EU-Globale Strategie, 2016, S. 11

DIE MILITARISIERUNG ZIEHT SICH DURCH ZAHLREICHE EU-POLITIKFELDER

Schwerpunkt der kürzlich veröffentlichten „EU-Strategie für die Sicherheitsunion 2020–2025“ ist die Notwendigkeit, auf sich schnell verändernde Bedrohungen in einem Kontext von Mehrfachkrisen gemäß einem Risikomanagement-Modellansatz zu reagieren. In der Konsequenz wird der Ansatz der Versicherheitlichung in allen Politikbereichen verankert und somit ein Trend fortgeführt, der militärische Ziele in einem breiten Spektrum von Politikfeldern verankert – vom Güterverkehr bis zur Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern außerhalb der Gemeinschaft (vgl. Kapitel 3).

Als erstes anschauliches Beispiel für diesen Trend ist das Konzept der Sicherheit für Entwicklung zu nennen. Mit dem Argument, dass Sicherheit gewährleistet sein muss, bevor Entwicklung stattfinden kann, hat die EU erstmals die Mittel, die für Friedenskonsolidierung oder Entwicklung bestimmt waren, dem Aufbau und der Stärkung der militärischen und sicherheitspolitischen Fähigkeiten der Streit- und Sicherheitskräfte in Drittländern zugewiesen.* Die vertretene Annahme berücksichtigt jedoch nicht die Tatsache, dass die Stärkung des Sicherheitssektors in autoritär regierten Ländern nur zu mehr Repression führt und Entwicklungsziele in den Hintergrund drängt.

Ein weiterer Schritt hin zur Militarisierung wurde kürzlich mit dem am 11. Dezember 2020 vorgestellten „EU-Fahrplan Klimawandel und Verteidigung“ unternommen. Gemäß dessen Wortlaut bereitet der Fahrplan die EU auf die „durch den Klimawandel entstehenden sicherheitspolitischen Herausforderungen“ vor, indem sensibilisiert wird für die „Auswirkung des Klimawandels auf Krisenreaktionsfähigkeiten, Sicherheit und Verteidigung“, die Entwicklung von „Kapazitäten für unsere Streitkräfte, die unter sich ändernden Umständen eingesetzt werden

* Dies gilt insbesondere für das Programm „Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung“ (CBSD), das globale Außenhilfelinstrument NDICI, das ab 2021 eingesetzt wird, und die Europäische Friedensfazilität (EFF), die von den Mitgliedstaaten finanziert werden soll.

können“ und internationale Zusammenarbeit, „um sicherheits- und verteidigungs- politische Probleme durch den Klimawandel anzugehen“.²⁰ Mit anderen Worten: Der Fahrplan ist eine Vorbereitung Europas auf künftige Klimakriege.

DER KÜNFTIGE STRATEGISCHE KOMPASS: EINE EUROPÄISCHE MILITÄRDOKTRIN, DIE KEINE IST?

Die EU arbeitet derzeit ihr erstes Dokument für eine Militärstrategie, den „Strategischen EU-Kompass“, aus. Mit dem Entwurf, der voraussichtlich im Frühjahr 2022 angenommen wird, soll definiert werden, „welche Art von Sicherheits- und Verteidigungsakteur [die EU] sein möchte“ angesichts „neuer und zunehmender Bedrohungen und Herausforderungen“.²¹ Wie kürzlich von einem Teilnehmer der Beratungen beschrieben, geht es bei der Diskussion darum, „wie, wo und wann die EU militärisch vorgehen sollte?“²²

An der Ausarbeitung beteiligt sind die nachrichtendienstlichen und militärischen Mitarbeiter*innen des EAD unter Federführung des aktuellen Hohen Vertreters Josep Borrell, in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten und unter relativer Geheimhaltung. Weder das Europäische Parlament noch die Zivilgesellschaft werden in die Beratungen einbezogen.

STRATEGISCHE AUTONOMIE ALS EIN ALLUMFASSENDES KONZEPT ZUR VERSCHLEIERUNG NATIONALER INTERESSEN

30 /

Analog zum Sicherheitsnarrativ etablierte sich in den letzten Jahren das Konzept der strategischen **Autonomie** als neues Schlagwort auf EU-Ebene. Der Ausdruck, der zunächst zur Rechtfertigung des militärischen Paradigmenwechsels verwendet wurde, wird gebraucht und missbraucht, ohne dass Einigung über seine Bedeutung bestünde. Die Diskussion rund um strategische Autonomie hat die tiefgreifenden Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den EU-Institutionen hinsichtlich der Frage, wie eine „europäische Verteidigung“ aussehen sollte, zu Tage gefördert.

Das Konzept der strategischen Autonomie in der Verteidigung bezeichnet in der Regel die militärischen Fähigkeiten, über die ein strategischer Akteur verfügen muss, um eigenständige Operationen durchführen zu können. Das Konzept hat jedoch innerhalb der EU tiefe Gräben in zwei Bereichen aufgedeckt.

DIVERGIERENDE GEOPOLITISCHE ANSICHTEN UND INTERESSEN

Die Beziehung der EU zur NATO (mit den USA im Hintergrund) veranschaulicht am besten die auseinanderdriftenden geopolitischen Ansichten der EU-Mitgliedstaaten sowie die divergierenden Auffassungen darüber, inwieweit die EU im Alleingang ihre Sicherheit gewährleisten kann.

Die meisten EU-Länder im Osten und Norden sowie Deutschland wagen sich ihrerseits nur ungern unter dem Schutzschild der USA hervor.²³ Frankreich nutzte derweil die Unsicherheiten rund um das NATO-Engagement der USA unter Donald Trump, um auf größere europäische Unabhängigkeit zu drängen.²⁴ Überspitzt gesagt: Als einziges Land, das Europa nach den USA Schutz bieten kann, möchte Frankreich, dass die EU für sein Militär und insbesondere für seine nuklearen Anlagen die Zeche zahlt. Deutschland und vielen kleineren EU-Ländern widerstrebt es jedoch, Frankreichs aufgedrängte Vision einer europäischen Verteidigung (inklusive Schutz französischer Interessen in Afrika) im Tausch gegen militärischen Schutz durch Frankreich zu akzeptieren.

Die Interessen von Deutschland und den osteuropäischen Staaten gehen in Bezug auf Russland auseinander, was jedoch auf konkurrierende wirtschaftliche Interessen zurückzuführen sein dürfte – zum Beispiel rund um die Gas-Pipeline Nord Stream²⁵ – und auf die Wahrnehmung einer „russischen Gefahr“. Viele südliche EU-Mitgliedstaaten zeigen sich ihrerseits besorgter über die Ereignisse in Nordafrika und im Nahen Osten.

UNTERSCHIEDLICHE VORSTELLUNGEN EINER GEMEINSAMEN VERTEIDIGUNGSPOLITIK: EINE VERTEIDIGUNGSUNION, EINE EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG ODER EIN „EUROPE DE LA DÉFENSE“*

„Entweder Europa wird erwachsen, oder wir werden das europäische Lebensmodell in der globalisierten Welt nicht verteidigen können. [...] Diese europäische Leitkultur müssen wir verteidigen und wenn möglich, global behaupten. [...] Die gemeinsame Verteidigung ist ein Muss! [...] Dies ist neben dem Euro die zweite große Weiterentwicklung Europas, die jetzt konkret ansteht.“

Manfred Weber, EVP-Vorsitzender, in Die Welt, 7. Juni 2017

Viele Befürworter*innen präsentieren die EU-Militarisierung als bestes Mittel, um die EU-Integration in schwierigen Zeiten zu stärken. Dies erscheint aber bei Weitem nicht als angemessene Reaktion auf die Sorgen, die Bürger*innen hinsichtlich Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit oder die Klimakrise umtreibt. Damit wird auch nicht angemessen auf die Kritikpunkte reagiert, die zur Transparenz und demokratischen Funktionsweise der EU vorgebracht werden. Vielmehr scheint diese neue Obsession rund um die europäische Verteidigung dazu zu dienen, von den wirklichen Herausforderungen abzulenken und die Wünsche der Rüstungsindustrie zu erfüllen.

Das Konzept einer stärkeren EU-Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich ist zudem auch (absichtlich?) sehr vage gehalten. Von einer vollwertigen Verteidigungsunion (mit einer einzigen europäischen Armee, unterstützt durch Befürworter*innen des Föderalismus) bis hin zu einer minimalistischen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei militärischen Fähigkeiten – alles scheint im Bereich des Möglichen zu liegen.

„Ich bin fest überzeugt davon, dass der Grundstein für die Zukunft der europäischen Verteidigung die europäische Verteidigungsindustrie sein wird.“

Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU,
EDA-Jahreskonferenz, 4. Dezember 2020

* Französische Politiker*innen verwenden häufig den Ausdruck ein „Europa der Verteidigung“ (frz. Europe de la Défense), der nicht einer europäischen Verteidigung (Summe der einzelstaatlichen Verteidigungspolitiken in Europa), aber auch nicht einer Union entspricht.

Borrells erläuternde Aussage ähnelt der offiziellen Begründung, die auch als Rechtfertigung für die Schaffung eines Binnenmarktes in den 1980er Jahren diente. Da die Mitgliedstaaten gegenüber der Einrichtung eines sozialen und wirtschaftlichen Europas zurückhaltend waren, wurde zunächst ein Binnenmarkt gegründet, um die Mitgliedstaaten somit zwangsweise auf den Weg der sozialen und wirtschaftlichen Integration zu bringen. Wie wir aber alle nur zu gut wissen, hat sich diese Integration nicht vollzogen. Eine „Verteidigungsunion“ ist aber nicht nur unter rechtlichen und ethischen Gesichtspunkten fragwürdig. Es scheint vielmehr, dass dieser angebliche „Bottom-up-Ansatz“ zum Scheitern verurteilt ist. Denn warum sollte dieser Ansatz, der in sozialen und wirtschaftlichen Fragen nicht funktioniert hat, bei einem so heiklen Thema wie der Verteidigung Erfolg haben, welches das Kernstück der nationalen Souveränität darstellt?

Die bisherigen Schritte zur EU-Militarisierung laufen einer demokratischen EU zuwider: Im Rahmen des EVF wird die klassische parlamentarische Kontrolle der EU-Finanzierungsprogramme durch Ausnahmeregelungen drastisch eingeschränkt. Europäische Abgeordnete haben in den nächsten sieben Jahren keinerlei Einfluss auf die Verwendung von Fördermitteln; stattdessen werden die Mitgliedstaaten, denen de facto ein Vetorecht eingeräumt wurde, das Steuer übernehmen.* Dies schafft einen gefährlichen Präzedenzfall, der gegen geltende demokratische Kontrollregeln verstößt. Als zwischenstaatliche Initiative des Rates der EU entzieht sich außerdem die PESCO auf einzelstaatlicher und auf europäischer Ebene der parlamentarischen Aufsicht.

HAT DIE RÜSTUNGSINDUSTRIE BEI DER EU-MILITARISIERUNG DAS HEFT IN DER HAND?

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl „strategische Autonomie“ als auch „europäische Verteidigung“ Konzepte sind, denen es an einer gemeinsamen Definition fehlt und die für verschiedene Länder, EU-Institutionen und politische Gruppen eine abweichende Bedeutung haben. Die Ausdrücke bleiben jedoch schwammig genug, um bis zu ihrer endgültigen Definition Zuspruch zu gewinnen. Tatsache ist, dass die EU-Mitgliedstaaten weiterhin sehr unterschiedliche wirt-

* Die Kommission setzt die Programme durch „Rechtsakte“ (z. B. jährliche Arbeitspläne) um, die einem aus den Mitgliedstaaten bestehenden Programmausschuss vorgelegt werden. Wenn ein Mitgliedstaat nicht zu einem vorgeschlagenen Rechtsakt im EVF Stellung nimmt, kann die Kommission den Rechtsakt nicht annehmen. Entgegen der für zivile Programme geltenden Regelung wird das Europäische Parlament nicht über solche Rechtsakte benachrichtigt oder angehört.

schaftliche und strategische Interessen verfolgen und auch ihre militärischen Ambitionen und Ziele für Europa wenig gemeinsam haben.

Die Stärkung von militärischen Fähigkeiten scheint folglich der kleinste gemeinsame Nenner zu sein, unter dem die EU-Mitgliedstaaten gerne Fördermittel für ihre nationalen Industrien abschöpfen, obwohl die nationalen Interessen natürlich auch in diesem Bereich konkurrieren, wie die schwierige Entwicklung von Gemeinschaftsprojekten zeigt (vgl. Kapitel 4).

Die EU-Militarisierung vollzieht sich folglich in einem politischen Vakuum, in dem der zweite Schritt vor dem ersten getan wird: Die EU ist nunmehr der Goldesel der Rüstungsindustrie, ohne angemessene parlamentarische Kontrolle und mit dem Einverständnis aller politischer Entscheidungsträger*innen.

EU-MILITARISIERUNG ZUM ERHALT DER „EUROPÄISCHEN LEBENSWEISE“ ODER DES AKTUELLEN WIRTSCHAFTSSYSTEMS?

2016 führte die „Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ die „Politik der Angst [die] die europäischen Werte und die europäische Lebensweise“ bedrohen würde, als Rechtfertigung für „grundlegende [...] Veränderungen“²⁶ im Sicherheits- und Verteidigungsbereich an. Jean-Claude Juncker erwähnte in seiner Rede zur Lage der Union im September 2016 nicht nur einmal, sondern gleich zwölf Mal diese „europäische Lebensweise“, die die EU erhalten, schützen und verteidigen sollte.

Diese fragwürdige Formulierung wird seitdem nur noch selten verwendet. Einzige Ausnahme war der gescheiterte Versuch, in der neuen Kommission ein Ressort für den „Schutz unserer europäischen Lebensweise“ einzurichten. Der Ausdruck fördert jedoch die Gründe für die EU-Militarisierung zutage, die nicht losgelöst vom weltweiten Wirtschaftswettbewerb betrachtet werden können.

„Die Welt von heute braucht ein starkes und geeintes Europa. Ein Europa, das sich für Frieden, für Handelsabkommen und für stabile Währungsbeziehungen einsetzt.“

Jean-Claude Juncker, Rede zur Lage der Union, 2018

Einer der Kernpunkte ist der Erhalt der technologischen Überlegenheit Europas, insbesondere im digitalen Bereich und bei neuen disruptiven Technologien wie künstlicher Intelligenz (KI) und Nanotechnologien. Natürlich geht es auch um den Zugang zum Weltraum und dessen Kontrolle, der als immer wichtiger werdender „Wegbereiter für Sicherheit und Verteidigung“ und als „Trend [,der] sich künftig verstärken wird“²⁷ dargestellt wird.

„[...] die Sicherstellung starker Synergien zwischen Verteidigungs-, Weltraum- und zivilen Technologien werden zu disruptiven Innovationen führen und es Europa ermöglichen, weiterhin global Standards zu setzen. Außerdem werden so die Abhängigkeiten bei kritischen Technologien verringert und die führende Rolle der Industrie, die wir brauchen, um die Krise zu überwinden, wird gestärkt.“

EU-Kommissar Thierry Breton, Pressekonferenz zum EU-Aktionsplan zu Synergien zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und der Weltraumindustrie, 22. Februar 2021

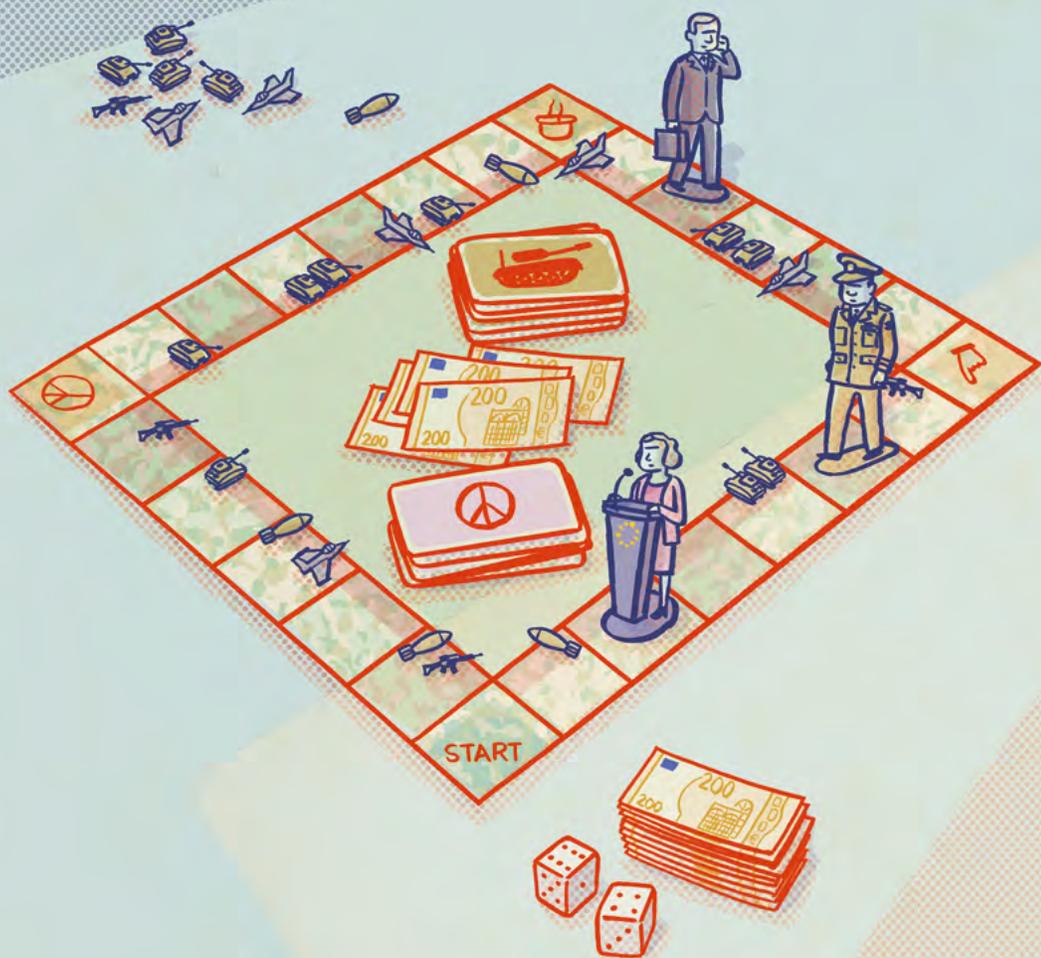
Im Mittelpunkt steht auf lange Sicht der weltweite Wettbewerb um Rohstoffe, die allein die technologische Wettbewerbsfähigkeit und Kontrolle über den Weltraum gewährleisten können.

Die Kontrolle der Seehandelsrouten und der Zugang zu Rohstoffen – nötigenfalls durch Militäreinsätze erzwungen – sind folglich die grundlegenden strategischen Ziele, die nicht nur im Rahmen des NATO-Bündnisses verfolgt werden. Obwohl über dieses Anliegen unter den Verbündeten Einigkeit herrscht, werden die EU- und US-Interessen trotz des Wahlsiegs von Biden nicht konvergieren. Die USA verlagert ihren militärischen Fokus von Europa auf Asien und sorgt sich weniger um Europa als um den Nahen Osten und Afrika.

Europa möchte in der obersten Liga mitspielen und militärische Kapazität aufbauen, um eigene Operationen gemäß seinen geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen durchzuführen. Hierbei ist auf die Entwicklung von internationalen Militäreinsätzen seit den 1990er Jahren hinzuweisen: Während diese zuvor mehrheitlich UN-Friedensmissionen waren, werden die Operationen nun zunehmend von der NATO und möglicherweise bald von der EU gesteuert. Es vollzieht sich somit ein Wechsel von einem multilateralen Ansatz der Friedensbewahrung hin zur Verteidigung von europäischen geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen. Wichtigstes Ziel dabei ist, das aktuelle hegemoniale, kapitalistische und neoliberale Wirtschaftssystem zu verteidigen.

STRATEGIEN UND AKTEUR*INNEN DER EU-MILITARISIERUNG

3



Nach einem Überblick über die wichtigsten Schritte der EU zu ihrer Militarisierung, werden wir nun auf die Kernstrategien und -programme eingehen, die diesen Paradigmenwechsel verdeutlichen, sowie die wichtigsten Akteur*innen erläutern.

ES GEHT UM ENTWICKLUNG UND EXPORT DER NÄCHSTEN GENERATION VON WAFFEN

Mit der Gründung des EVF vollzog die EU eine Wende. Erstmals können nun Mittel aus dem Gemeinschaftshaushalt militärbezogenen Aktivitäten zugewiesen werden.

DER EU-VERTEIDIGUNGSFONDS



38 /

Quelle: ENAAT – 2021-2017 Summen werden zu aktuellen Preisen dargestellt

Bildunterschrift: Beiträge der Mitgliedstaaten sollen die Entwicklungsprojekte kofinanzieren, wobei die Kofinanzierung theoretisch dem Vierfachen der EU-Förderung entspricht.

Im Zeitraum von 2017 bis 2020 wurde eine halbe Milliarde Euro des zivilen EU-Haushalts für die beiden Pilotprogramme PADR und EDIDP zweckentfremdet.

Von 2021 bis 2027 werden 8 Mrd. Euro in Projekte für Forschung und Entwicklung (FuE) der nächsten Generation von Waffen gesteckt, wie unter anderem in Drohen, autonome Systeme und andere disruptive Technologien, die die Kriegsführung radikal verändern werden. Die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds

ist ein industriegetriebener Prozess, bei dem es in erster Linie darum geht, die europäische Rüstungsindustrie zu stärken und sie auf globaler Ebene wettbewerbsfähiger zu machen und in der Folge europäische Waffenexporte in die Höhe zu treiben.²⁸

WIE WURDE DER EVF KONZIPIERT UND WER SETZT IHN UM?

Vorschlag und Gestaltung des EVF und seiner Pilotprogramme geht auf die Generaldirektion der **Europäischen Kommission** (EK) für Binnenmarkt und Industrie (GD GROW) unter weitgehender Einflussnahme der Rüstungsindustrie zurück.

Der Vorschlag wurde im Weiteren von den Ko-Gesetzgebern der EU debattiert, geändert und verabschiedet, nämlich dem **Europäischen Parlament** (EP) sowie insbesondere dessen Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und dem **Rat der EU**, d. h. den EU-Mitgliedstaaten.

Das EDIDP und der voll ausgestattete EVF werden aktuell von der **GD DEFIS** der Kommission umgesetzt. Lediglich die PADR werden von der **EDA** verwaltet.

Die **GD DEFIS** ist die **Generaldirektion der Europäischen Kommission für Verteidigungsindustrie und Weltraum**. Die im Januar 2020^{*} eingerichtete GD fällt in die Zuständigkeit des EU-Kommissars für den Binnenmarkt, dem Franzosen Thierry Breton^{**}. Die 200 dem Verteidigungsfonds zugewiesenen Beschäftigten sind unter anderem zuständig für die Wettbewerbsfähigkeit der Rüstungsindustrie, den europäischen Verteidigungsmarkt, den militärischen Mobilitätsplan, die EU-Weltraumprogramme und die „Stärkung der Verbindungen zwischen Weltraum, Verteidigung und Sicherheit“.²⁹

* Die Einrichtung einer neuen Generaldirektion ex nihilo ist ein sehr seltenes Phänomen. Weitere Beispiele sind die GD für Justiz und Inneres nach dem Vertrag von Amsterdam oder dem EAD nach dem Lissabonner Vertrag, der neue Zuständigkeiten einführte.

** Thierry Breton war zuvor CEO des multinationalen Konzerns ATOS, der im Bereich von IT-Dienstleistungen in verschiedenen Sektoren wie Cybersicherheit, Luft- und Raumfahrt sowie Verteidigungselektronik aktiv ist. Mit der Ernennung von Thierry Breton entstand ein Gewirr von Interessenkonflikten. Weiterführende Informationen unter <https://corporateeurope.org/en/2019/11/thierry-breton-corporate-commissioner> (auf Englisch).

Die 2004 gegründete **Europäische Verteidigungsagentur (EDA)** ist eine zwischenstaatliche Agentur des Rates der EU und unterliegt somit nicht der EU-parlamentarischen Kontrolle. Die Verteidigungsagentur soll vornehmlich als Schnittstelle zwischen Operationen und der Rüstungsindustrie fungieren und insbesondere 1) dem Aufbau von militärischen Fähigkeiten und der Kooperation der EU-Mitgliedstaaten dienen* und 2) die militärische Forschung vorantreiben und die Verteidigungsindustrie Europas stärken. Sie steht in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Rüstungsindustrie, die an den meisten EDA-Projekten beteiligt ist.

Die Schwerpunkte werden in den jährlichen Arbeitsprogrammen festgelegt, die von der GD DEFIS ausgearbeitet und von den Mitgliedstaaten angenommen werden (Europäische Kommission, 2019). Durch Ausnahmeregelungen wurde das Europäische Parlament in Bezug auf die Fondsverwaltung ins Abseits gestellt.

Das **Europäische Parlament** kann in der Regel durch Stellungnahmen zu den Arbeitsprogrammen Einfluss auf die Umsetzung der EU-Förderprogramme nehmen. Dieses Recht wurde dem EP jedoch in Bezug auf die EDIDP oder den EVF entzogen. Das Parlament erhält lediglich Informationen in einem von der Kommission für richtig erachteten Umfang und kann nur nach Abschluss der Programme eine formale Haushaltskontrolle durchführen.

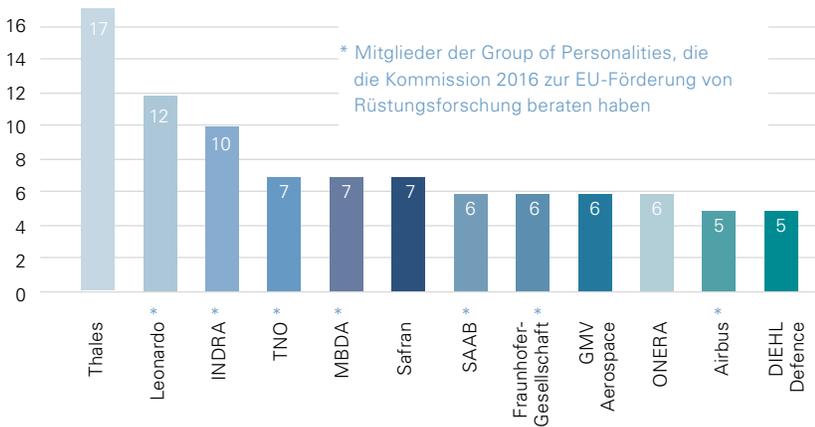
Fördermittel werden in den meisten Fällen industriellen Konsortien durch Ausschreibungen zugewiesen. Die Mittel können aber auch direkt einem laufenden Projekt zugeteilt werden, wobei es sich häufig um Großprojekte wie die Entwicklung einer europäischen Drohne (MALE RPAS)³⁰ handelt, die von Frankreich, Deutschland, Spanien und Italien unter der Beteiligung von Großkonzernen wie Leonardo, Airbus und Dassault koordiniert wird.

* Die EDA ist auch bilaterale Verwaltungsvereinbarungen mit Norwegen, der Schweiz und der Ukraine eingegangen, die den Weg frei machen für deren Beteiligung an EDA-Projekten und -Programmen.

DIE ROLLE DER RÜSTUNGSINDUSTRIE: DURCH EINFLUSSNAHME ZUM PROFIT

In Kapitel 1 haben wir die Einflussnahme der Rüstungsindustrie, mit besonderem Fokus auf die Group of Personalities (GoP) 2016, auf die Gestaltung des EVF erläutert. Rüstungskonzerne und private Forschungsgruppen innerhalb der GoP gehören mittlerweile zu den größten Nutznießern der EVF-Beihilfen. Nach vorliegenden Informationen stellen die acht förderfähigen GoP-Mitglieder 6,6 % aller Adressaten, erhalten jedoch im Rahmen der PADR 34 % der Fördermittel im Rahmen von elf Projekten.³¹

RÜSTUNGSUNTERNEHMEN: GRÖSSTE NUTZNIESSER DER EU-BEIHILFEN FÜR MILITÄRISCHE F&U



Quelle: ENAAT

Bildunterschrift: Sämtliche Finanzhilfen 2017–2019, basierend auf öffentlich verfügbaren Informationen für 16 Forschungsprojekte (PADR) von 2017–2019 und 16 Entwicklungsprojekte (EDIDP) im Jahr 2019.

DAS RÜCKGRAT DER EU-MILITARISIERUNG: JÄHRLICHE ÜBERPRÜFUNG UND STÄNDIGE ZUSAMMENARBEIT IM VERTEIDIGUNGSBEREICH

Neben dem EVF wurden in den letzten Jahren mehrere andere Instrumente zum Aufbau von militärischen Fähigkeiten geschaffen, die ebenfalls weitgehend der Rüstungsindustrie zugute kamen. Da das Europäische Parlament bei diesen Mechanismen kein Mitspracherecht hat, werden sie ohne demokratische Kontrolle eingesetzt.

Im Rahmen der **CARD** wird die militärische Landschaft in den EU-Ländern überwacht und verfügbare Kapazitäten, einschließlich Forschungs- und Industriekapazität, geprüft. Im CARD-Bericht wird auf mögliche Bereiche für Zusammenarbeit zur Entwicklung von militärischen Fähigkeiten und somit zur Schließung identi-

fizierter Lücken hingewiesen. Die erste im November 2020 ausgeführte CARD empfiehlt die Konzentration auf „Fähigkeiten der nächsten Generation (z. B. Waffen und militärische Ausrüstung) und „Vorbereitung auf die Zukunft“;^{32*} d. h. künftige Kriege, zum Beispiel mit (unbemannten) Kampfpanzern, „Modernisierung der Infanteriesysteme“ durch Ausrüstung mit modernster Technologie, Patrouillenschiffen für Meeresüberwachung und Zugang zu Weltraumdiensten für militärische Zwecke.

Die **PESCO** soll der letzte Schritt zur Stärkung der europäischen militärischen Fähigkeiten sein (die ersten PESCO-Projekte wurden jedoch 2018 und somit lange vor Abschluss der ersten CARD beschlossen), wobei es sich im Gegensatz zur CARD um einen bindenden Prozess handelt. Mit dem im Dezember 2017 getroffenen Beschluss zur Schaffung der PESCO übernahmen die Einzelstaaten über 20 „verbindliche gemeinsame Verpflichtungen in den Bereichen Investitionsausgaben für Verteidigungsgüter, Fähigkeitsentwicklung und Interoperabilität“.^{33*} Sie wurden somit aufgefordert, ihre nationalen Rüstungsausgaben zu erhöhen, gemeinsam neue Waffen oder militärische Technologie zu entwickeln und gemeinsame Kapazitäten zur Durchführung von militärischen Operationen aufzubauen. Beispiele für wichtige PESCO-Projekte sind die Entwicklung eines integrierten unbemannten Bodensystems (unbemannte Kampfpanzer), der Eurodrohne MALE RPAS und der Panzerabwehrraketen EU BLOS (Beyond Line Of Sight).

42 /

Die im Rahmen von PESCO zu entwickelnden militärischen Fähigkeiten verbleiben in den Händen der Mitgliedstaaten, die solche Fähigkeiten für militärische nationale, EU-, NATO- oder UN-Einsätze bereitstellen können. Den Mitgliedstaaten steht es ebenfalls frei, diese Waffensysteme zu exportieren. Bisher wurden 47 von Mitgliedstaaten vorgeschlagene PESCO-Projekte angenommen.³⁴ Einer internen Evaluierung zufolge wurde jedoch nur ein Drittel der Vorhaben umgesetzt, wobei die Mitgliedstaaten offenbar nicht übermäßig auf die Erfüllung ihrer Verpflichtungen bedacht sind.

WER ENTSCHEIDET UND WER PROFITIERT VON CARD UND PESCO?

Die **CARD** wird vorwiegend von der **EDA** in Zusammenarbeit mit dem **EAD** und insbesondere dem **EU-Militärstab (EUMS)** betrieben. Die Ergebnisse werden mit den nationalen Regierungen erörtert und den jeweiligen Verteidigungsminister*innen werden Empfehlungen vorgelegt, die jedoch nicht verabschiedet werden, da sie nicht bindend sind.

* Mitgliedstaaten, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, können von der PESCO ausgeschlossen werden. Mit Ausnahme von Malta und Dänemark sind nunmehr alle EU-Länder Mitglieder der PESCO.

Der **Europäische Auswärtige Dienst (EAD)** ist eine von der Europäischen Kommission abgegrenzte EU-Institution, deren Gründung auf den Vertrag von Lissabon zurückgeht. Der diplomatische Dienst der EU unterstützt den/die Chef*in der EU-Außenpolitik (Hohe*r Vertreter*in der EU (EU HV/VP), vgl. Seite 53) bei der Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Der EAD ist in geografische und thematische Direktionen sowie in wichtige Delegationen für die Planung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und die Krisenreaktion untergliedert. Sein Personal besteht aus EU-Beamten*innen sowie Vertretern*innen der diplomatischen Dienste der Mitgliedstaaten.

Der **EU-Militärstab (EUMS)** liefert die kollektive militärische Expertise innerhalb des EAD und berät die bzw. den Hohen Vertreter*in der EU (vgl. Seite 53) in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen. In das Aufgabengebiet des EUMS fallen Frühwarnung, Lagebeurteilung und strategische Planung in militärischen Fragen, zum Beispiel zu Einsätzen und Fähigkeiten. Die Leitung wird durch nationale hochrangige Militärs (der Generaldirektor des EUMS ist ein Drei-Sterne-General) gewährleistet, deren Ernennung durch die EU HV/VP von den EU-Mitgliedstaaten eingehend überwacht wird. Bei den meisten der 200 Beschäftigten handelt es sich um von den Mitgliedstaaten entsandte Experten*innen sowie sonstige Mitarbeitende.

Wie bei der **PESCO** liegt die Entscheidungsgewalt bei den **Mitgliedstaaten**, und die Parlamente (auf einzelstaatlicher oder EU-Ebene) haben diesbezüglich keinerlei Mitsprache- oder Kontrollrechte.

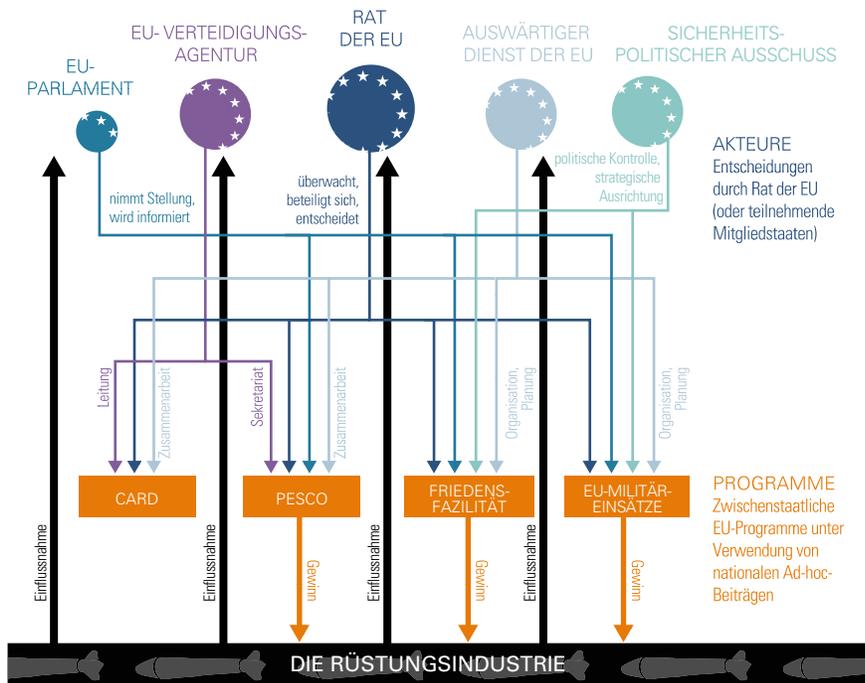
Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen begünstigen in erster Linie Frankreich und Deutschland (und deren Industrielandschaften) auf Kosten kleinerer Mitgliedstaaten. Die Rolle des PESCO-Sekretariats übernehmen die **EDA** und innerhalb des **EAD** insbesondere der **EUMS**. Ihnen kommt eine wichtige Rolle bei Prozessbegleitung, Koordinierung und Bewertung zu.

Obgleich die **Rüstungsindustrie** nicht formell am CARD-Prozess oder an PESCO-Entscheidungen beteiligt ist, hat sie aufgrund ihrer symbiotischen Beziehung zu einzelstaatlichen Regierungen und der EDA sehr wahrscheinlich einen großen Einfluss auf den CARD-Bericht und die jeweiligen Empfehlungen sowie auf die

Auswahl der Projektvorschläge für die PESCO. Die Rüstungsindustrie ist eindeutig die Hauptnutznießerin dieser Instrumente, da sie die wichtigste Dienstleisterin in den Bereichen militärische Forschung und Entwicklung, Waffenproduktion und Diensten ist, welche wiederum für die für die Umsetzung von PESCO-Projekten erforderlich sind. Die Branche erhält hierfür öffentliche Fördermittel, da die Projekte mehrheitlich von den involvierten Mitgliedstaaten finanziert werden (einige Projekte werden vom EVF kofinanziert).

WER ENTSCHEIDET UND WER PROFITIERT VON DER EU-MILITARISIERUNG?

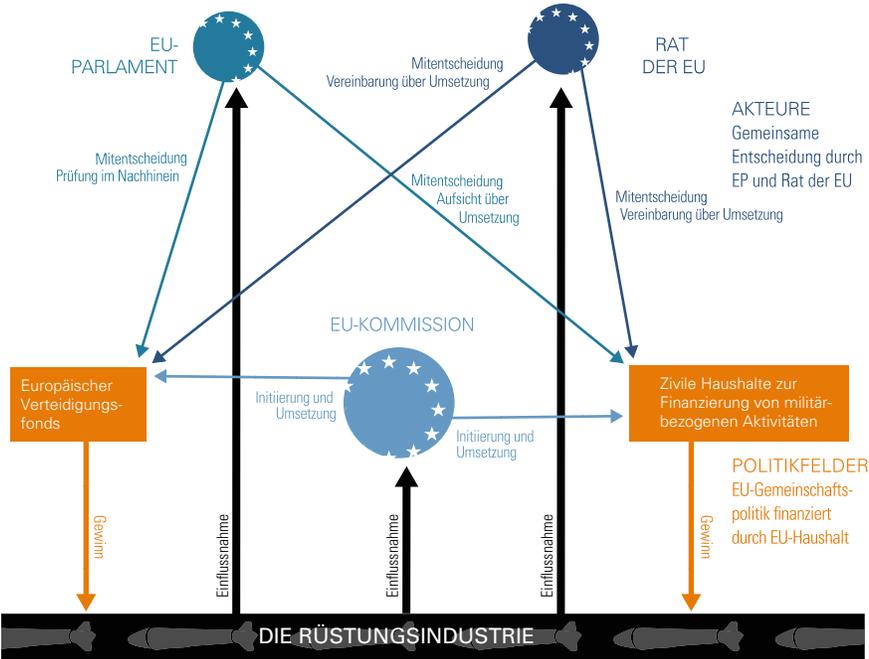
ZWISCHENSTAATLICHE EU-PROGRAMME UND -STRUKTUREN



Quelle: eigene Ausarbeitung

Bildunterschrift: Programme unter Verwendung von nationalen Ad-hoc-Beiträgen, die vom Rat der EU oder den beteiligten Mitgliedstaaten entschieden werden.

EU-GEMEINSCHAFTSPROGRAMME



Quelle: eigene Ausarbeitung

Bildunterschrift: Strategien, die durch den EU-Haushalt finanziert und vom Europäischen Parlament und dem Rat der EU gemeinsam beschlossen werden.

EU-AKTEURE UND -STRATEGIEN: ES GEHT UM DIE UNTERSTÜTZUNG DES MILITÄRISCHEN IN ALLEN ZIVILEN POLITIKFELDERN

Dem Europäischen Verteidigungs-Aktionsplan 2016 zufolge „wird die Kommission, wenn dies angebracht erscheint, im Rahmen der EU-Politik zivile und militärische Synergien fördern“.³⁵ Der ehemalige Kommissionspräsident Juncker erklärte in seiner Rede zur Lage der Union 2017, dass die „Verteidigung“ nunmehr eines der wichtigsten Ziele der EU ist. Alle Kommissar*innen sind aufgerufen, in ihrem Handlungsfeld nach Möglichkeiten zur Unterstützung des militärisch-industriellen Komplexes zu suchen. Infolgedessen wurden konkrete Förderungen und Projekte in einer Vielzahl von Bereichen bereitgestellt – Umweltprogramme miteingeschlossen. Im Folgenden werden einige Beispiele erläutert.

Mit dem 2018 aufgelegten **Aktionsplan für militärische Mobilität** soll die zivile Verkehrsinfrastruktur an den militärischen Bedarf angepasst werden, um so die militärische Mobilität „in und außerhalb der EU“ für EU-Missionen und -Operationen, aber auch für „nationale und internationale Aktivitäten“³⁶ voranzubringen, d. h. entsprechend den Anforderungen der NATO. Zu diesem Zweck werden neben einem eigenen Budget von 1,7 Mrd. Euro andere Haushaltslinien wie die Strukturfonds und die Fazilität „Connecting Europe“ (Finanzinstrument der zivilen EU-Verkehrspolitik) zweckentfremdet eingesetzt, um zum Beispiel Brücken für Panzer sicher zu machen. Gleichzeitig werden keine Gelder für marode öffentliche Infrastruktur in sozioökonomisch benachteiligten Gebieten innerhalb der EU bereitgestellt.

Eine **qualifizierte Arbeiter*innenschaft für die Rüstungsindustrie** ist eine weitere Schlüsselpriorität, die darauf abzielt, den Fachkräftemangel in der Rüstungsindustrie zu bekämpfen und sie für die hochqualifizierte und gut ausgebildete Jugend Europas attraktiver zu machen.³⁷ Viele Fonds wie der Regionalfonds, Programme zur Unterstützung von kleinen und Mittelständischen Unternehmen und sogar das Erasmus+-Programm stehen nun der Rüstungsindustrie und den damit verbundenen Forschungszentren offen, um qualifizierte Arbeitskräfte zu halten und neue Talente zu gewinnen.

Das finanziell gut ausgestattete europäische Forschungsprogramm **Horizon Europe**, mit dem in den letzten 15 Jahren zivile Sicherheitsforschung gefördert wurde, wird nun der Dual-use-Forschung offenstehen. Im Blickfeld stehen insbe-

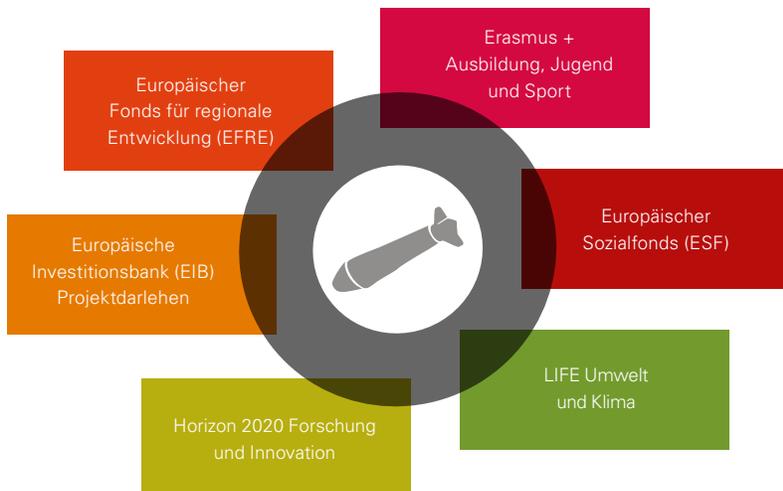
sondere wichtige neue Technologien für zivile und militärische Zwecke, sofern Projekte nicht „ausschließlich“ für die militärische Verwendung ausgerichtet sind.

Die **Weltraumpolitik** wurde ebenfalls berücksichtigt und gilt nun als „Grundvoraussetzung für Sicherheit und Verteidigung“.³⁸ Mit der Einrichtung der GD DEFIS wurde eine weitere rote Trennungslinie zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich überschritten. Als Priorität gilt nun die Identifizierung von Synergien zwischen Raumfahrt und Verteidigung, darunter die Ausweitung des Einsatzbereichs von Programmen wie Galileo oder Copernicus. Fördermittel für die Luft- und Raumfahrt- sowie die Verteidigungsindustrie stehen mit dem 8 Mrd. Euro-schweren Verteidigungsfonds und dem 13 Mrd. Euro Raumfahrtprogramm reichlich zur Verfügung.

Überraschender ist, dass die Kommission eine **Militarisierung ihrer Entwicklungszusammenarbeit** eingeleitet hat. Dies betrifft insbesondere die Finanzierung von Programmen zur Stärkung der militärischen Fähigkeiten der Streit- und Sicherheitskräfte in Drittländern. In diesem Rahmen werden auch Rüstungsgüter (mit Ausnahme von Waffen, Munition und letaler Ausrüstung) über das Programm zum Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung (CBSD-Programm, Budget 2018–2020: 100 Mio. Euro) und das neue Instrument der Entwicklungszusammenarbeit NDICI ab 2021 (vgl. Kapitel 5) bereitgestellt.

BEISPIELE FÜR EU-FÖRDERMITTEL, DIE DER RÜSTUNGSINDUSTRIE BEREITSTEHEN

/ 47



Quelle: EDA-Gateway für die Rüstungsindustrie

WER ENTSCHEIDET UND WER PROFITIERT VOM PARADIGMENWECHSEL?

Der Einsatz von Gemeinschaftsmitteln für militärische Zwecke wurde zunächst von der **Europäischen Kommission** eingeleitet, insbesondere unter Präsident Jean-Claude Juncker, der sich offen für eine Verteidigungsunion bis 2025 aussprach. Unter seiner Amtszeit wurden zahlreiche konkrete Vorschläge auf den Tisch gebracht, wobei ihm schon in den Jahren zuvor seine Wegbereiter*innen den Weg dorthin geebnet hatten.

Die Debatten und finalen Beschlüsse für oder gegen diese Vorschläge wurden mit einer Mehrheit der Abgeordneten im **Europäischen Parlament (MdEP)** und der **Mitgliedstaaten** im Rat der EU, die sich die Gesetzgebungsgewalt in allen Politikfeldern der Gemeinschaft teilen, entschieden. Diese Art der Mehrheitsabstimmungen sind für fest etablierte Gemeinschaftspolitiken sinnvoll. Fraglich ist jedoch, ob Beschlüsse, die historische rote Linien überschreiten und zuweilen rechtswidrig sind, mit eben diesem Verfahren gefasst werden sollten, welches die Positionen kleinerer Mitgliedstaaten und Minderheitenmeinungen de facto außen vorlässt.

Dieses Vorgehen erscheint ebenfalls fragwürdig angesichts der maßlosen Einflussnahme der **Rüstungsindustrie** auf Kommission und Entscheidungsträger*innen. Viele Interessengruppen der Luft-, Raumfahrt- und Verteidigungsbranche sind auch in zivilen Bereichen wie Luft- und Raumfahrt oder der zivilen Sicherheit aktiv und profitieren als solche bereits von umfangreichen EU-Fördermitteln und engen Beziehungen zur Europäischen Kommission und zu den Entscheidungsträger*innen. Natürlich war es nur eine Frage der Zeit, bis die Rüstungsindustrie diese privilegierten Kanäle nutzt, um ihren Einfluss auszuweiten. Selbst der Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist betroffen. Das CBSD-Programm beispielsweise basiert weitgehend auf Vorschlägen, die der Branchenverband ADS (Luft- und Raumfahrt, Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie) auf der Suche nach Geschäftsmöglichkeiten in unerschlossenen Gebieten im Juni 2016 vorlegte.³⁹ Dieselben Akteure werden nun weitgehend in den Genuss dieser neuen Fördermöglichkeiten kommen, die im Wesentlichen verschleierte Exportsubventionen sind.

Die Höhe der Gelder, die aus nicht-militärischen EU-Programmen der Rüstungsindustrie zugewiesen werden, lässt sich nicht abschätzen: Abgesehen von den 100 Mio. Euro für CBSD in den Jahren 2018–2020 und den 1,7 Mrd. Euro für militärische Mobilität im Zeitraum 2021–2027 sind keine festen Zusagen für den militärischen Sektor und folglich auch keine Obergrenzen festgelegt. Erst nach

Abschluss der Programme und nach komplexen Prüfungen können Schätzungen darüber angestellt werden, in welcher Höhe militärische Ausgaben aus dem EU-Gemeinschaftshaushalt bezuschusst wurden.

Die Verabschiedung des Aktionsplans zu Synergien zwischen zivilen, Verteidigungs- und Weltraumindustrien durch die EU-Kommission⁴⁰ bringt diese Problematik auf ein neues Level und verdeutlicht abermals das politische Kalkül, das sich dahinter verbirgt: Alle Bereiche der Gesellschaft sollen sich an den „Kriegsanstrengungen“ beteiligen, die als Reaktion auf die künftigen großen Herausforderungen zu unternehmen sind.

ES GEHT UM DIE DURCHFÜHRUNG MILITÄRISCHER INTERVENTIONEN IM AUSLAND

EU-GEFECHTSVERBÄNDE – EINE GESCHEITERTE EU-ARMEE IN DEN KINDERSCHUHEN?

Die EU-Gefechtsverbände (EU-Battlegroups) sind multinationale** Militäreinheiten mit einem Stab von jeweils 1.500 Soldat*innen, die schnell militärisch auf sich anbahnende Krisen und Konflikte weltweit reagieren sollen. Turnusmäßig sind jeweils zwei Gefechtsverbände über einen sechsmonatigen Zeitraum in Bereitschaft. Ihre Einsätze werden einstimmig vom Rat der EU beschlossen. Die Battlegroups sind seit 2007 einsatzbereit, haben bisher jedoch aus politischen und finanziellen Gründen keine Operationen durchgeführt. Die kürzlich angenommene Friedensfazilität (vgl. unten) könnte ihre Finanzierung und Einsätze jedoch vereinfachen.

/ 49

ZU EU-MILITÄREINSÄTZEN KAM ES TROTZDEM

Gemäß der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) kann die EU zivile und militärische Einsätze und Operationen im Ausland durchführen. Seit 2003 hat die EU 36 Einsätze (davon 12 offiziell als militärisch anerkannt) durchgeführt. 17 Einsätze (mit 5.000 militärischen und zivilen Beschäftigten) laufen derzeit und 6 sind gemäß der EU vollständig oder teilweise auf militärische Zwecke ausgerichtet.

* Gefechtsverbände (Battlegroups) bestehen meistens aus Truppen der EU-Mitgliedstaaten, aber zum Teil auch von Nicht-EU-Staaten wie die Nordic Battlegroups, an denen auch Norwegen beteiligt ist.

Die GSVP-Missionen decken Aufgaben wie Krisenprävention und Friedenssicherung, Krisenmanagement, Ausbildung sowie humanitäre Hilfe, Rettungsaktionen und Krisennachsorge ab. Laufende militärische Missionen sind ausgerichtet auf militärische Aspekte des Friedensabkommens von Dayton (Operation ALTHEA/ Bosnien und Herzegowina), Beratung, Ausbildung und Betreuung von Streitkräften (EUTM Mali, Zentralafrikanische Republik, Somalia) sowie maritime Sicherheit (EUNAVFOR Somalia und MED IRINI, Nachfolger der Mission Sophia) (vgl. Übersicht über laufende EU-Einsätze mit militärischer und/oder Grenzkontrolldimension, Seite 54).

Formell müssen Missionen oder Operationen einstimmig von den Mitgliedstaaten (im Rahmen des Rates der EU) und entsprechend einer Resolution des UN-Sicherheitsrates oder auf Ersuchen des betreffenden Landes beschlossen werden. Vorarbeiten sowie strategische und operative Planung werden jedoch von dem **Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK bzw. CORPS)**, dem **EU-Militärausschuss (EUMC)** und dem **EUMS** ausgeführt.

Das **Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK)** ist das wichtigste Gremium, das die Mitgliedstaaten dabei unterstützt, gemeinsame Standpunkte zur Außenpolitik zu entwickeln und Beschlüsse über gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungsfragen zu fassen. Seine Aufgaben umfassen die Beobachtung der internationalen Lage, die Empfehlung von Strategien und politischen Optionen an den Rat, die Überwachung der Umsetzung gefasster Beschlüsse und die Sicherstellung der politischen Kontrolle und strategischen Ausrichtung von Krisenbewältigungseinsätzen (zivile und militärische Missionen) unter Aufsicht des Rates und der HV/VP. Das PSK spielt somit eine zentrale Rolle in allen Aspekten der GASP und GSVP der EU als wichtigstes Gremium für Verhandlungen und Vorbereitung von Beschlüssen in diesen Bereichen. Das PSK setzt sich aus den Botschafter*innen der Mitgliedstaaten mit Sitz in Brüssel und Expert*innen für Außen- und Sicherheitsfragen zusammen.

Der 2017 eingerichtete **Militärische Planungs- und Durchführungsstab (MPCC)** dient als permanente operative Zentrale, die für die Durchführung aller militärischen Missionen ohne Exekutivbefugnisse, insbesondere Ausbildungsmissionen (EUTM), zuständig ist. Der MPCC ist Teil des EU-Militärstab (EUMS) innerhalb des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Der MPCC steht unter der Leitung des EUMS und der/die Generaldirektor*in des EUMS ist gleichzeitig Direktor*in des MPCC. Der MPCC hat eine Sollstärke von rund 30 Personen, die größtenteils auch dem EUMS angehören oder von den Mitgliedstaaten speziell zugeteilt werden.

Der **EU-Militärausschuss (EUMC)** ist das höchste militärische Gremium im Rat. Seiner Leitung unterliegen alle militärischen Aktivitäten der EU, insbesondere die Planung und Durchführung von militärischen Missionen und Operationen gemäß der GSVP sowie die Entwicklung militärischer Fähigkeiten. Der EUMC berät das PSK in militärischen Fragen und gibt entsprechende Empfehlungen aus. Der EUMC setzt sich aus den Generalstabschefs der Mitgliedstaaten zusammen, die ordnungsgemäß durch ihre ständigen militärischen Vertreter*innen in den nationalen ständigen Vertretungen in Brüssel repräsentiert werden.

Nach Einleitung einer Mission ist das **PSK** unter der Leitung des **Rates** und des/der Hohen Vertreters bzw. **Hohen Vertreterin der EU** für deren politische Kontrolle und strategische Ausrichtung zuständig. Organisatorische Aspekte werden vom **Militärischen Planungsstab (MPCC)** unter Federführung des/der EUMS-Direktors bzw. **EUMS-Direktorin** verwaltet, jedoch nur für nicht exekutive Missionen (z. B. nur als Beratungsorgan). Exekutive Militäroperationen sind damit beauftragt, Aktionen, einschließlich Kampfhandlungen, anstelle des Gastlandes durchzuführen. Im leitenden EU-Land werden dafür Ad-hoc-Hauptquartiere eingerichtet.

Die benötigten Mittel und das Personal werden vorwiegend von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt (zum Teil auch von Nicht-EU-Partnerstaaten oder NATO-Verbündeten). Militäreinsätze, die nicht aus dem EU-Haushalt finanziert werden können, werden stattdessen von den Mitgliedstaaten durch den sogenannten Athena-Mechanismus abgedeckt. Dieser wird in Kürze durch die Europäische Friedensfazilität (EFF) abgelöst. Die von allen Mitgliedstaaten getra-

genen Gemeinkosten* machen derzeit 5 bis 10 % der Istkosten einer Mission aus. Dieses Verhältnis kann sich im Rahmen der neuen Friedensfazilität jedoch ändern. Die Restkosten werden ausschließlich von den Mitgliedstaaten übernommen, die an der Mission beteiligt sind.

ANGEBLICHE „FRIEDENSAZILITÄT“ ZUR VEREINFACHUNG VON MILITÄRISCHEN OPERATIONEN UND FÖRDERUNG VON WAFFENEXPORTEN

„Wir brauchen Waffen, wir brauchen Rüstungsgüter, wir brauchen militärische Kapazitäten, und das ist es, was wir unseren afrikanischen Freunden zur Verfügung stellen werden, denn ihre Sicherheit ist unsere Sicherheit.“

Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU, anlässlich der 10. Sitzung der Europäischen Kommission und der Kommission der Afrikanischen Union, 27. Februar 2020

Die im Dezember 2020 von den **EU-Mitgliedstaaten** im Konsens vereinbarte EFF baut auf bestehenden Mechanismen (der Afrikanischen Friedensfazilität und dem Athena-Mechanismus) auf, erlaubt der EU jedoch, sich über aktuelle geografische und thematische Beschränkungen hinwegzusetzen. Mit einem geplanten Haushalt von über 5 Mrd. Euro (2021–2027), finanziert durch nationale Direktbeiträge**, besteht das Ziel darin, die Gemeinschaftskosten auf 30 bis 40 % zu erhöhen (d. h. das alle EU-Mitgliedstaaten (außer Dänemark) militärische Missionen und die Bereitstellung von Waffen vermehrt finanzieren werden) und die Durchführung militärischer Missionen zu vereinfachen.

52 /

Die EFF ist eine zwischenstaatliche Strategie der EU, die folglich nicht durch den EU-Haushalt abgedeckt ist und nicht der parlamentarischen Kontrolle (weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene) unterliegt. Der **Rat** oder das **PSK** entscheiden einvernehmlich, welche Maßnahmen durch die Fazilität gefördert werden sollten. Letztere werden von dem/der **Hohen Vertreter*in der EU** und den entsprechenden Referaten des **EAD** umgesetzt.

* Außer Dänemark, das aus der GSVP ausgestiegen ist und folglich keine Beitragszahlungen zu militärischen Missionen leisten muss.

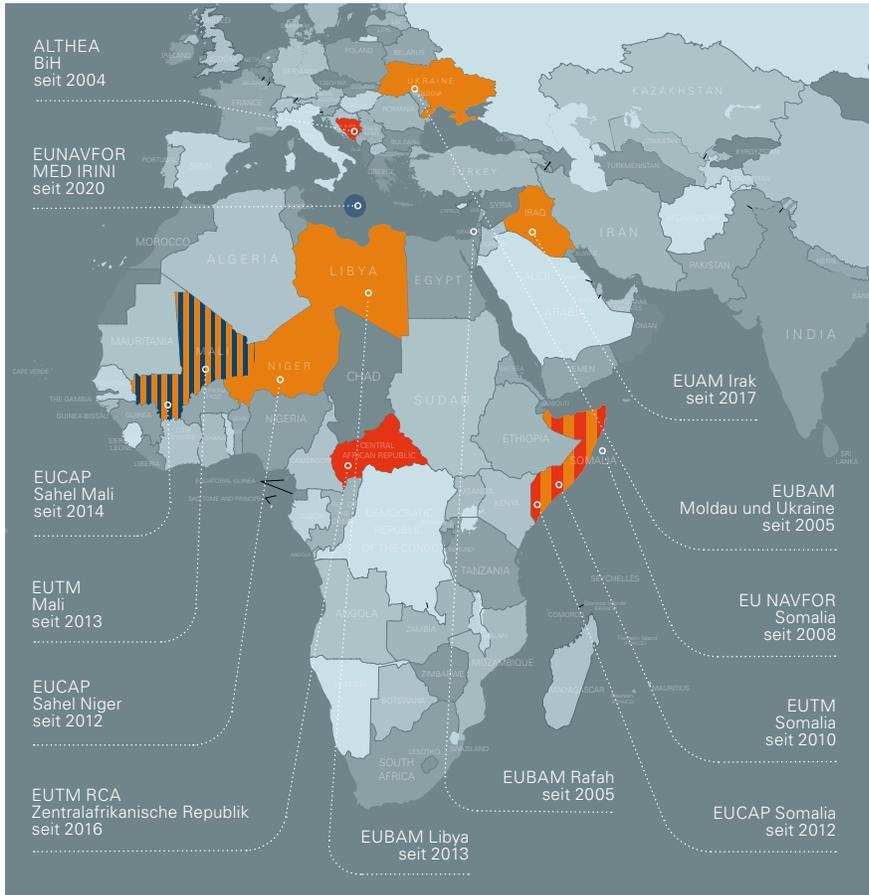
** Nationale Beiträge werden auf der Grundlage des jeweiligen nationalen BIP berechnet.

Die Funktion des/der Hohen Vertreters bzw. **Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (EU HV/VP)**, die mit dem Amsterdamer Abkommen 1999 eingerichtet wurde, umfasst drei Aufgabengebiete: die diplomatische Vertretung der EU nach außen, die Präsidentschaft des Rates der Außen- (und Verteidigungs-) Minister*innen und die Vizepräsidentschaft der Europäischen Kommission, um das außenpolitische Handeln der EU zu koordinieren. Der/die Hohe Vertreter*in ist der/die leitende Diplomat*in der EU, der/die allen EAD-Abteilungen sowie der Europäischen Verteidigungsagentur unter Aufsicht des Rates vorsteht. Der aktuelle Hohe Vertreter der EU, Josep Borrell, trat das Amt 2019 in Nachfolge von Federica Mogherini an. Der EU HV/VP wird vom Rat und somit von den Mitgliedstaaten ernannt.

Der neue Ausschuss für die Friedensfazilität, der sich aus Vertreter*innen der Mitgliedstaaten zusammensetzt, wird die EFF und insbesondere ihre Haushaltspläne und Rechnungsführung verwalten.

Eine weitere wichtige Neuerung der EFF ist, dass sie „umfassende Unterstützung durch integrierte Pakete, die Schulungen, Ausrüstung und andere Hilfsmittel beinhalten können,“ bereitstellen soll.⁴¹ In der Praxis bedeutet dies, dass die EFF die Lieferung von militärischer Ausrüstung, einschließlich Munition und tödliche Waffen (die nicht durch den EU-Haushalt gefördert werden können), für Staaten finanziert, die bereits Spannungen oder internen Konflikten ausgesetzt sind. Auf diese Weise werden Beihilfen für Rüstungsexporte an europäische Rüstungshersteller verschleiert und Letztere dabei unterstützt, Marktanteile in ärmeren Ländern zu gewinnen, die sich ansonsten für preisgünstigere Ausrüstung aus China oder Russland entscheiden könnten. Das birgt das Potenzial, die Gewalt in fragilen Staaten weiter zu verschärfen – dort wo nicht einmal ein Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit existiert (vgl. Kapitel 5).

LAUFENDE EU-EINSÄTZE MIT MILITÄRISCHER UND/ODER GRENZKONTROLLDIMENSION



- Zivile/Polizeiliche Einsätze gegen Migration
- Militäreinsätze NICHT gegen Migration
- Militäreinsätze UND Migrationsfragen

LAUFENDE EU-EINSÄTZE MIT MILITÄRISCHER UND/ODER GRENZKONTROLLDIMENSION

EU-AUSLANDS-EINSÄTZE 2020	VOLLSTÄNDIG ODER TEILWEISE MILITÄRISCH?	AKTIVITÄTEN IN BEZUG AUF MIGRATION (EIGENBESCHREIBUNGEN DER MISSIONEN)
ALTHEA/BiH	Militärisch und zivil	
EUCAP Sahel Mali	NEIN	Grenzsicherungsfähigkeiten stärken
EUTM Mali	Militärisch	Bekämpfung von illegalem Handel, insbesondere Menschenhandel
EUTM RCA	Militärisch und zivil	
EU NAVFOR Somalia	Militärisch	
EUCAP Somalia	NEIN	Unterstützt den Aufbau der Küstenwache und Schiffsfahrtpolizei rund um die wichtigsten Häfen in Somalia
EUTM Somalia	Militärisch	
EUAM Irak	NEIN	Bekämpfung von organisiertem Verbrechen, insbesondere in Bezug auf Grenzschutz
EUBAM Libya	NEIN	Verstärkung der Sicherheit entlang den Landesgrenzen
EUBAM Rafah	NEIN	Trägt den Sicherheitsbedenken Israels Rechnung und gewährleistet die Bewegungsfreiheit der 1,5 Millionen im Gazastreifen lebenden Palästinenser
EUCAP Sahel Niger	NEIN	Unterstützt Akteure im Sicherheitssektor in ihrer Fähigkeit, Migrationsströme zu kontrollieren und irreguläre Migration zu bekämpfen
EUNAVFOR MED IRINI	Militärisch	Unterbricht das Geschäftsmodell von Menschenmuggel- und Menschenhandelsnetzwerken
EUBAM Moldau und Ukraine	NEIN	Stellt die vollständige Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Grenzschutzes (IBM) an der Grenze zwischen Moldau und Ukraine sicher

ES GEHT UM DIE MILITARISIERUNG DER EU-GRENZEN

Das Schengener Abkommen 1985 bereitet den Weg für Personenfreizügigkeit im Binnenmarkt mit erhöhten Kontrollen an den Außengrenzen. Als 2015 die sogenannte „Flüchtlingskrise“ einsetzte, nutzten die EU und ihre Mitgliedstaaten diese Situation, um den Grenzschutz kurzfristig zu stärken und zu militarisieren.

WAS SIND DIE WICHTIGSTEN MASSNAHMEN DER GRENZPOLITIK UND WIE WERDEN GRENZEN MILITARISIERT?

Der Bau von **Grenzschutzwällen gegen Migrant*innen** hat sich im Kontext der Politik der Versicherheitlichung zu einer wichtigen Maßnahme entwickelt. Bislang haben neun der 27 EU-Mitgliedstaaten Mauern an ihren Grenzen errichtet, um Migrant*innen am Eintritt in ihre Länder* zu hindern. Das trifft auch auf das Nicht-EU-Land Norwegen zu, das Mitglied des Schengenraums ist.

Eine weitere Komponente ist die Erweiterung der **Grenzkontrollagentur Frontex**, die auf Migrant*innen und Asylsuchende dieselben sicherheitspolitischen und militärischen Maßnahmen wie beim Abfangen von Straftäter*innen anwendet, die an Schmuggel, Drogenhandel und anderen Verbrechen beteiligt sind. Frontex führt gemeinsame Operationen an Grenzen durch, an denen ein „außergewöhnlich hoher Migrationsdruck“ vorherrschen soll (einschließlich Operationen auf See), und koordiniert gemeinsame Abschiebungen.

56 /

Frontex verfügt derzeit über einige Hundert Mitarbeitende, wird jedoch bis 2027 weitere 10.000 Sicherheitskräfte im Grenz- und Küstenschutz beschäftigen. Anstatt von den Mitgliedstaaten ausgestattet zu werden, ist der Kauf oder das direkte Leasen von eigener Ausrüstung geplant. Zudem sollen die Grenzschutzsoldat*innen mit Schusswaffen bestückt werden, wobei die juristische Debatte darüber noch nicht abgeschlossen ist.⁴²

* Hierbei handelt es sich um Spanien, Griechenland, Ungarn, Bulgarien, Österreich, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen.

Frontex ist die EU-Grenzschutzagentur mit Sitz in Warschau. Die Agentur wurde 2004 auf Beschluss des **Rates der EU** und des **EU-Parlaments** eingerichtet. Frontex stellt Schulungen und operative Unterstützung für europäische Staaten bereit, verfolgt die neuesten Entwicklungen in den Bereichen Grenzüberwachung und Technologien zum Kontroll- und Informationsmanagement und fungiert als Schnittstelle zwischen der Sicherheitsbranche und den Forschungszentren. Frontex verfügte 2020 über ein Budget von 5,6 Mrd. Euro und somit über den größten Haushalt unter den EU-Behörden.

In einem jüngsten Schritt wurde die **Externalisierung von Grenzen** „amtlich“, womit Migration erstmalig als vorrangiges Ziel der EU-Entwicklungszusammenarbeit gilt (vgl. Kapitel 5). Faktisch fand dies durch die Umsetzung konkreter Projekte allerdings schon vorher statt.

Seit ihrer Gründung hat **Frontex** mindestens 20 Arbeitsvereinbarungen mit Nicht-EU-Ländern in und außerhalb Europas unterzeichnet, einschließlich mit an die EU angrenzenden Ländern wie der Türkei und den westlichen Balkanstaaten sowie afrikanischen Ländern, darunter Nigeria und Kap Verde. Diese Vereinbarungen ermöglichen die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, vom Informationsaustausch und der Risikoanalyse bis hin zu Schulung, Forschung und operativer Zusammenarbeit.

Des Weiteren hat eine erhebliche Anzahl von EU-Auslandseinsätzen (2020: 7 von 18 Einsätzen) zumindest teilweise die Kontrolle, Überwachung und das Abfangen von Migrationsbewegungen sowie die Verstärkung der Grenzkontrollen zum Ziel (vgl. Karte auf Seite 54).

Die Mission „European Union Border Assistance Mission in Libya“ (EUBAM Libya) beispielsweise wurde 2013 eingerichtet, *„um die libyschen Behörden beim Aufbau von Grenzsicherungsfähigkeiten zu unterstützen“*.⁴³ Die EU hat seit 2015 Mittel in Höhe von 57 Mio. Euro bereitgestellt, um die Einsatzfähigkeit der libyschen Küstenwache und Marine durch Ausbildung und Ausrüstung (inkl. Landfahrzeuge und Boote), zu erhöhen. Seit Dezember 2018 soll die EUBAM Libya auch die libyschen Behörden unterstützen, *„um zu den Bemühungen zur Zerschlagung organisierter krimineller Netzwerke beizutragen, die insbesondere an der Schleusung von Migranten, Menschenhandel und Terrorismus [...] beteiligt sind“*.⁴⁴

Die Bekämpfung von mafiösen Banden, die an illegalen Migrationsrouten beteiligt sind, dient seit jeher als Rechtfertigung für diesen Ansatz. In der Praxis gilt jedoch: Je schwieriger die Reise für Migrant*innen, desto höher der Profit für die Menschenhändler*innen. Das eigentliche Ziel ist demnach, Migrant*innen vom europäischen Hoheitsgebiet fernzuhalten.

DIE ROLLE DER SICHERHEITSINDUSTRIE

Die Verbreitung des zugrundeliegenden Narratives, dass Migration in erster Linie eine Bedrohung der Sicherheit Europas darstelle, wurde erfolgreich von der Sicherheitsindustrie vorangetrieben. Dieser Sektor setzt sich zudem seit 2010 für eine Behörde ein, die von den Mitgliedstaaten unabhängiger ist, insbesondere in Bezug auf die eigene Ausrüstung. Die Einflussnahme der Branche ist weitgehend mit der für den Militärbereich beschriebenen identisch und reicht von bilateralen Treffen, beratenden Foren bis hin zu jährlichen Zusammenkünften. Sie alle bieten die Gelegenheit, um „den Grenzkontrollansatz von Frontex mit zu gestalten und ‚Lösungen‘ zu fördern, die auf neuer Technologie basieren“.⁴⁵

Seitens Frontex wird bestritten, dass die Agentur ein Zielpartner für Lobbyist*innen sei, wobei sie nur schwache Standards in Sachen Transparenz und Rechenschaft erfüllt. Aber „gleichzeitig stehen bei [Frontex] Unternehmens-Lobbyisten die Tür offen, die Verteidigungs- und Überwachungslösungen mit erheblichen Auswirkungen auf Menschenrechte vertreiben, [während] Gruppen nicht berücksichtigt werden, die sich für die Verteidigung von Menschenrechte einsetzen“.⁴⁶

„Nicht überraschend ist, dass es erhebliche Überschneidungen zwischen Unternehmen gibt, die mit ihrer Lobbyarbeit direkt auf Frontex abzielen, und Unternehmen, die von den EU-Vergabeverfahren für den Aufbau von Europas physischen und virtuellen Mauern profitieren.“

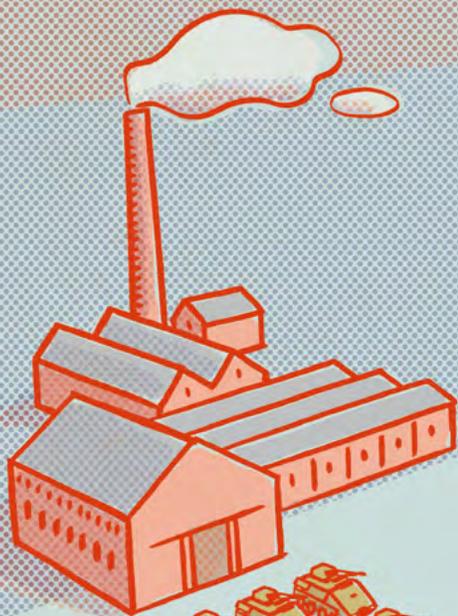
Bericht des Corporate Europe Observatory,
„Lobbying Fortress Europe“, Februar 2021

/ 59

Viele der führenden Unternehmen in diesem Sektor wie Airbus, Leonardo und Thales haben auch Rüstungsgüter in erheblichem Umfang in den Nahen Osten und Afrika exportiert und somit die Ursachen weiter verstärkt, die Menschen überhaupt erst in die Flucht treiben.

**FRAMING DER
MILITARISIERUNG:
DIE ARGUMENTE DER
WIRTSCHAFTLICHKEIT
UND WARUM SIE
FALSCH SIND**

4



„Die Mitgliedstaaten bleiben in ihren Verteidigungsbeschlüssen souverän, doch zum Erwerb und zur Aufrechterhaltung vieler dieser Fähigkeiten muss die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung zur Norm werden. Die EU wird die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung systematisch unterstützen und ist bestrebt, eine solide europäische Verteidigungsindustrie zu schaffen, welche für die Handlungs- oder Entscheidungsfreiheit Europas von entscheidender Bedeutung ist.“

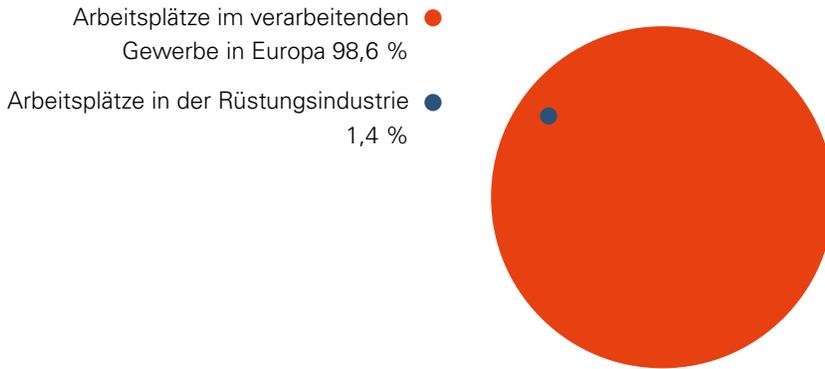
EU-Globale Strategie, 2016, S. 11

Die Europäische Verteidigungsagentur vertritt die Ansicht, dass die Waffenindustrie „wirtschaftliche Vorteile, Beschäftigung ermöglicht und die Forschung vorantreibt“. ⁴⁷ Dem Branchenverband der Rüstungsindustrie ASD zufolge ist sie „eine wichtige Säule der europäischen Wirtschaft [...] mit einer entscheidenden Rolle beim Vorantreiben weltweiter Innovationen und der Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze“. ⁴⁸

Dies hört sich erst einmal recht positiv an, wie aber ist die Sachlage wirklich? Die Rüstungs- und Weltraumindustrie ist ein relativ unwichtiger Teil der EU-Wirtschaft mit lediglich 485.000 Arbeitsplätzen 2019. ⁴⁹

Diese Angaben (Quelle: Verteidigungs- und Raumfahrtsektor) dürften zudem noch überschätzt sein, da (zivile) Zulieferer und Dual-use-Hersteller zur gesamten Beschäftigungszahl für den Verteidigungssektor hinzugerechnet wurden. Demgegenüber waren 32.931.300 Personen ⁵⁰ 2019 im verarbeitenden Gewerbe der EU beschäftigt. Angesichts der begrenzten wirtschaftlichen Bedeutung des Verteidigungssektors war die Einrichtung der spezifischen GD DEFIS, die dem/der Kommissar*in für den Binnenmarkt untersteht, ⁵¹ eindeutig ein politischer und nicht etwa ein wirtschaftlich begründeter Akt.

EIN WINZIGER TEIL DER WIRTSCHAFT EUROPAS



Bildunterschrift: Darstellung des prozentualen Anteils der nicht-finanziellen gewerblichen EU-Wirtschaft 2019.

Quelle: ASD /Eurostat

BESCHÄFTIGUNG, TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Die Mehrheit der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie sind hochqualifiziert und männlich. Beschäftigungsmöglichkeiten stehen in diesem Bereich unbeschränkt zur Verfügung. Qualifizierte Arbeitskräfte für neue Forschungs- und Technologieprojekte werden aus dem zivilen Sektor für die militärische Produktion abgezogen, obgleich sich viele in der Rüstungsherstellung nicht wohl fühlen werden.⁵² In der Regel schaffen innovative High-Tech-Projekte keine neuen Arbeitsplätze, sondern tragen zum Fachkräftemangel in anderen Sektoren bei.⁵³

Die Rüstungsindustrie ist zudem kein Tech-Sektor, in dem die meisten neuen Arbeitsplätze entstehen würden. Einer britischen Studie zufolge wäre es zudem sinnvoller, in Forschung und Entwicklung (FuE) zu erneuerbaren Energien wie Offshore-Wind- und Meeresenergie zu investieren, um damit größere Potenziale für qualifizierte Beschäftigung zu schaffen.⁵⁴ Einer 2008 durchgeführten Metastudie zufolge, die die Gesamtauswirkungen von Investitionen in die Rüstungsindustrie auf das Wirtschaftswachstum untersuchte, ist der Effekt neutral bis negativ.⁵⁵ Laut amerikanischen Statistiken werden durch Staatsausgaben für Gesundheit, Bildung, saubere Energie und Infrastruktur mehr Arbeitsplätze geschaffen als durch Investitionen in das Militär. Zivile Ausgaben überflügeln zudem generell

Rüstungsausgaben bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, und zwar um zwischen 21 % (Entwicklung von Windenergie) und 178 % (Grund- und Sekundarschulbildung, ein Bereich, in dem mehr Arbeitsplätze für Frauen entstehen).⁵⁶

Der Beitrag der Rüstungsindustrie zu Innovationen ist ebenfalls begrenzt. In Bezug auf die FuE im Verteidigungsbereich gibt es weniger Ausgliederungen oder Spill-over-Effekte auf den zivilen Sektor als umgekehrt. Bei den neuen Technologien, die als favorisierte Vorhaben der EVF oder PESCO gelten (wie KI, disruptive Technologien, Metamaterialien), handelt es sich häufig um kommerzielle zivile Innovationen, die von Rüstungsunternehmen angepasst und in militärische Systeme umgewandelt werden. Proteste der Zivilgesellschaft gegen autonome Waffen und den Einsatz von KI in Waffensystem werden ignoriert.

ZU NIEDRIGE ODER ZU HOHE AUSGABEN?

„Wenn wir – ohne uns zu militarisieren – unsere Verteidigungsausgaben um das 20-Fache steigern wollen, dann sind schnelle Entscheidungen gefragt.“

Jean-Claude Juncker, Präsident der Kommission,
Rede zur Lage der Union, September 2018

Die EU-Verteidigungsausgaben steigen seit 2015 beständig an. Im Jahr 2019 betragen die Rüstungsausgaben der 27 EDA-Mitglieder (alle EU-Staaten außer Dänemark) insgesamt 186 Mrd. Euro, was einem Anstieg von 5 % seit 2018 entspricht.⁵⁷ Zudem wurden höhere Investitionen in neue Waffen und militärische Technologie getätigt. Für Ausrüstungsbeschaffung und FuE gaben die EU-Mitgliedstaaten insgesamt 41,4 Mrd. Euro aus.

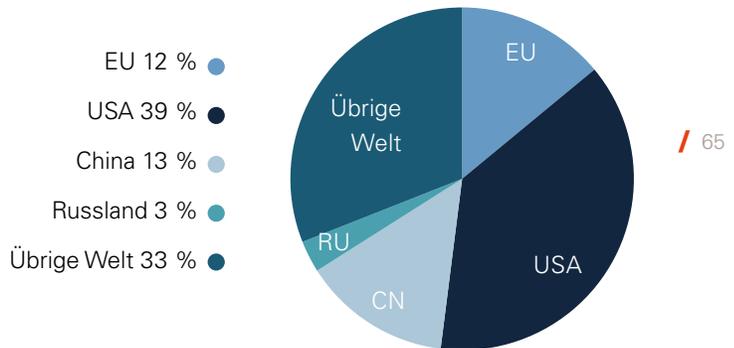
EU-Länder müssen ihre Rüstungsausgaben unter erheblichem Druck deutlich erhöhen, was vorwiegend auf die im Rahmen von PESCO eingegangenen Verpflichtungen (vgl. Kapitel 3), aber auch auf das NATO-Rahmenwerk zurückzuführen ist.* Laut NATO-Vertreter*innen agiert Europa als Trittbettfahrer und leistet keinen „angemessenen Beitrag“ zu den Rüstungsausgaben der NATO im Vergleich zur USA. Aber warum sollten US-Verteidigungsausgaben ein Maßstab für Europa sein? Die Ausgaben sollten vielmehr auf dem Bedarf basieren, nicht aber auf einer NATO-Ausgabenorm von 2 % des BIP für Verteidigung, die willkürlich ohne Bezug auf eine Bedrohungsanalyse festgelegt wurde.

* NATO-Mitglieder vereinbarten informell die Erhöhung ihrer nationalen Rüstungsausgaben um bis zu 2 % des BIP.

Mit 778 Mrd. USD ist die USA für ein Drittel sämtlicher weltweiter Rüstungsausgaben verantwortlich (2020: 39 %), mit denen ihre Rüstungsindustrie weitreichend unterstützt wird. Diese Zahl ist extrem hoch, insbesondere im Vergleich zu China als zweitgrößtem Investor, dessen militärische Ausgaben sich auf geschätzte 252 Mrd. USD im Jahr 2020 beliefen, oder Russland mit Rüstungsausgaben von lediglich 61,7 Mrd. USD im selben Jahr.⁵⁸

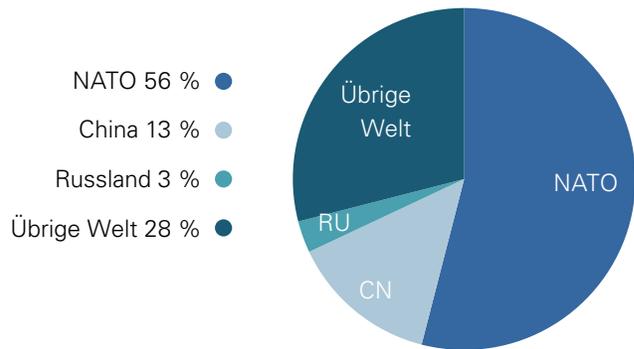
Mit einem Grundbudget des Pentagons von 740 Mrd. USD für das Geschäftsjahr 2021 (einem Anstieg um 48,2 Mrd. USD seit Obamas letztem Jahr als Präsident) und einer schwindelerregenden Todesrate infolge von COVID-19 (von der unverhältnismäßig viele schwarze Amerikaner*innen betroffen sind), erhöhen die erheblichen US-Militärausgaben in keiner Weise die Sicherheit von US-amerikanischen Bürger*innen. Gegenüber dem hohen Budget für Waffen schneiden die USA äußerst schlecht ab in den Bereichen menschliche Sicherheit, Ernährungssicherheit, Gesundheit und Bildung.

EU-RÜSTUNGS-AUSGABEN IM VERHÄLTNISS ZUM REST DER WELT (2020)



Quelle: Stockholm International Peace Research Institute,
Global Military Expenditure database

NATO-RÜSTUNGS-AUSGABEN IM VERHÄLTNISS ZUM REST DER WELT (2020)



Quelle: Stockholm International Peace Research Institute, Global Military Expenditure database

KOSTENREDUZIERUNG DURCH RÜSTUNGSVORHABEN DER EU?

66 /

Die europäische Rüstungsindustrie ist durch ihr US-amerikanisches Pendant einem verschärften Wettbewerb ausgesetzt, wobei Letztere aufgrund ihres größeren Binnenmarktes und einem finanziell großzügigen Pentagon von weitreichenden Skaleneffekten profitiert. Investitionen in FuE – die im militärischen Bereich relativ hoch sind – und in die Produktion können einfacher wieder eingespielt werden.

Für die europäische Rüstungsindustrie ist das Erschließen weiterer Exportmärkte als Ausgleich zu den kleineren einzelstaatlichen Märkten enorm wichtig. Der internationale Waffenhandel ist daher auf die Erhöhung von Produktion und Skaleneffekte angewiesen, um die Rentabilität der Investitionen sichern zu können.

Gemäß einem McKinsey-Bericht von 2013 zur „Zukunft der europäischen Verteidigung“, der auf EDA-Daten basiert, könne Europa Einsparungen von bis zu 31 % durch die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern und -diensten erzielen. Die Europäische Kommission versucht, die gemeinsame EU-Rüstungsbeschaffung* durch Initiativen wie dem Verteidigungsfonds voranzutreiben und behauptet,

* Die EU-Richtlinie zu Vergabeverfahren im Bereich Verteidigung von 2009 sollte die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern durch Mitgliedstaaten vereinfachen, war jedoch infolge der fehlenden Bereitschaft der Mitgliedstaaten von geringem Einfluss.

dass die fehlende Kooperation in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit den Mitgliedstaaten zwischen 25 und 100 Mrd. Euro⁵⁹ jährlich koste.

Die EU-Rüstungsinitiativen sollten Kosten reduzieren, was ihnen bisher jedoch nicht gelungen ist: Der EVF-Haushalt im Umfang von 8 Mrd. Euro ist zusätzlich zu laufenden nationalen Verteidigungsbudgets zu finanzieren, die PESCO-Verpflichtungen verursachen steigende Rüstungsausgaben und die militärischen Strukturen der EU ersetzen nicht nationale oder NATO-Strukturen, sondern werden parallel dazu betrieben.

Die Duplizierung von Systemen gilt als wichtiger Multiplikator der Kosten. Zahlreiche in Europa ansässige Rüstungsunternehmen produzieren dieselbe Art von Ausrüstung, was einer Verdopplung der FuE-Investitionen gleichkommt. Aus diesem Grund erfordern EVF-Projekte die Zusammenarbeit von mindestens drei Unternehmen aus zwei Mitgliedstaaten.

Die Doppelung der Produktion in der EU erklärt jedoch nicht allein die breite Vielfalt an militärischer Ausrüstung, was sich an den eingesetzten Kampfflugzeugen gut belegen lässt: Während die USA 11 verschiedene Kampfflugzeuge im Einsatz haben, verwenden die EU-Mitgliedstaaten insgesamt 19 verschiedene. Dabei handelt es sich jedoch nicht nur um konkurrierende, in der EU gebaute Flugzeuge. Im Einsatz sind auch drei alte russische Flugzeugtypen aus den Zeiten des Kalten Krieges und sieben US-Kampfflugzeuge.⁶⁰ Vier europäische Länder haben kürzlich beschlossen, neue US-amerikanische Kampfflugzeuge vom Typ F-35 einzukaufen, und Deutschland beabsichtigt den Kauf der US-amerikanischen F/A-18. Der Kauf von Kampfflugzeugen aus den USA widerspricht dem ausdrücklichen Vorhaben, eine distinkt europäische militärische Aeronautik aufzubauen. Wenn nicht einmal die eigenen Regierungen ihre Systeme kaufen wollen, ist fraglich, ob europäische Waffenproduzenten auf dem umkämpften internationalen Rüstungsmarkt überhaupt eine Chance haben.

Wenig überrascht, dass der Branchenverband ASD in seiner ersten Reaktion auf die Verteidigungsvorhaben der EU 2016 auf die Notwendigkeit einer Garantie als „Launching Customer“ (Erstkunde) in einer frühen Phase bestand. Rüstungsunternehmen erhalten dadurch die Garantie, dass ihre neuen Waffensysteme über die Streitkräfte ihrer eigenen Länder auf den Markt kommen, die sich zum Kauf verpflichten, noch bevor die Entwicklung der Systeme vollständig abgeschlossen ist. Dank der Lobbyarbeit der Branche gilt diese Verpflichtung nun als Kriterium für die Förderung durch den Verteidigungsfonds.

KAPITALRENTABILITÄT UND SCHUTZ NATIONALER MARKTFÜHRER

Die Kommission hofft darauf, dass durch die Förderung der innereuropäischen Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung sowie der gemeinsamen Beschaffung die Preise pro Einheit für Forschung und Entwicklung sowie Produktion gesenkt werden können. Um die industrielle Duplizierung zu verhindern, wären hierfür aber drastische Entscheidungen erforderlich wie die Schließung von überflüssigen Unternehmen oder Produktionsstätten sowie die Auswahl einer bestimmten Ausrüstungsart für alle europäischen Streitkräfte. Praktisch gesehen geht der Trend in eine andere Richtung. Beispielsweise sind bereits zwei neue ehrgeizige Vorhaben zum Bau von Kampfflugzeugen in Europa auf dem Weg, die mit hohen Kosten und einem scharfen Wettbewerb verbunden sind. Deutschland, Frankreich und Spanien⁶¹ (Airbus, Thales, Dassault und Indra) entwickeln ein „Future Combat Air System“ (FCAS), bestehend aus Kampfflugzeugen, Drohenschwärmen und integrierten Kommunikationssystemen mit der Fähigkeit zur Eskortierung von Bombern. Einige Projektteile können durch den EVF finanziert werden. Parallel dazu entwickeln das Vereinigte Königreich (BAE Systems und Rolls-Royce) und Italien (Leonardo) und seit Kurzem auch Schweden (Saab) den Tempest-Kampffjet.⁶²

68 /

Obwohl für EVF- und PESCO-Vorhaben die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen in verschiedenen EU-Ländern Voraussetzung ist, werden keine Bestimmungen festgelegt, um die zwischen konkurrierenden Unternehmen der teilnehmenden Länder bestehenden Unterschiede anzugehen. Éric Trappier, CEO von Dassault, beschreibt die Ziele des FCAS wie folgt: „*Langfristige Sicherung der europäischen Souveränität, der strategischen Autonomie und der technologischen Führungsrolle Europas im Bereich der militärischen Luftfahrt*“.⁶³ In Expertenkreisen fragt man sich indessen, ob trotz der unterschiedlichen industriellen Kulturen und militärischen Anforderungen eine effiziente Zusammenarbeit überhaupt möglich sei.⁶⁴ Fakt ist, dass um das FCAS-Projekt bereits ein regelrechter Kampf zwischen Frankreich und Deutschland tobt, wobei auf deutscher Seite behauptet wird, dass das Projekt die französische Industrie erheblich begünstigen würde. Die IG Metall drängt diesbezüglich bereits auf eine Neuausrichtung der Arbeitsteilung (und damit der Arbeitsplätze).⁶⁵

Unvereinbare Unternehmenskulturen und die Bevorzugung der eigenen Industrie des jeweiligen Landes haben in der Vergangenheit zu vielen Verzögerungen und Kostenüberschreitungen bei internationalen Projekten geführt. Im Rahmen einer gemeinsamen Waffenproduktion werden Entscheidungen häufig nach politischen Gesichtspunkten (wie Beschäftigung oder strategische Unabhängigkeit) getroffen, während die Effizienz eine untergeordnete Rolle spielt. Verdopplungen können nur beseitigt werden, wenn die europäischen Nationen zur Aufgabe ihrer nationalen Rüstungsindustrien zugunsten höherer innereuropäischer Effizienz bereit sind. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, wenn nicht wichtige Anreize für eine Umstrukturierung in den EVF oder die PESCO eingebettet werden. Bis es jemals dazu kommen sollte, profitiert die europäische Rüstungsindustrie von den zusätzlichen EU-Militärausgaben.

**DIE
MILITARISIERUNG
DER EU:
EINE BEDROHUNG
FÜR FRIEDEN
UND SICHERHEIT
WELTWEIT**

5



Der Vertrag von Lissabon kann als Ausgangspunkt für den EU-Paradigmenwechsel und den Abschied von einem friedensstiftenden Projekt definiert werden. Die weitere Entwicklung der zunächst schriftlich vereinbarten EU-Militarisierung wurde durch die konkreten Schritte und Maßnahmen vorangetrieben, die in den vorstehenden Kapiteln beschrieben sind. Wir werden im Weiteren untersuchen, warum die Militarisierung der EU eine Bedrohung für den Frieden darstellt.

RÜSTUNGS-AUSGABEN UNTERGRABEN FRIEDEN UND SICHERHEIT

Wie in Kapitel 4 erläutert, ist der Anstieg der Rüstungsausgaben in Europa auf einzelstaatliche Beschlüsse sowie Änderungen der EU- und NATO-Rahmenbedingungen zurückzuführen.

Anstatt Militärausgaben durch eine Analyse der Opportunitätskosten (also der entgangene Nutzen durch nicht gewählte Investitionen in andere Bereiche) zu bewerten, spricht die EU vermehrt von allgemeiner „Kosteneffizienz“, die die Auswirkungen ihrer Politik nicht berücksichtigt. Die gesamten Kosten, die dafür aufgebracht werden, Gewalt durch die Anwendung von Gewalt zu unterbinden, verhindern letztendlich das Entstehen friedensfördernder Dynamiken. Mit anderen Worten: Finanzielle, personelle und soziale Ressourcen werden nicht eingesetzt, um eine friedliche, sichere und nachhaltige Entwicklung zu sichern. Gemäß Schätzungen des Institute for Economics and Peace⁶⁶ in Sydney beziffern sich die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt (einschließlich der gesamten weltweiten Militärausgaben) auf 14,4 Billionen USD bzw. 10,5 % des globalen BIP (1.895 USD pro Person weltweit). Wir wissen jedoch, dass mit alternativen Ausgaben, die nicht in die Rüstung fließen, für alle Bürger*innen weltweit konkrete, positive Effekte erzielt werden können.⁶⁷

72 /

Die von vielen vertretene Annahme, dass sich Rüstungsmaßnahmen positiv auf die Wirtschaft auswirken, muss in Frage gestellt werden. Aktuelle Studien belegen, dass die wirtschaftliche Rentabilität von Investitionen im militärischen Bereich (in Bezug auf produzierten Wohlstand und neue Arbeitsplätze) sehr gering ist, wobei die humanitären und sozialen Folgen nicht einmal berücksichtigt sind⁶⁸ (vgl. auch Kapitel 4).

Militärausgaben kurbeln auch nicht das langfristige Wachstum an. Wissenschaftlichen Studien zufolge wirken sich Rüstungsausgaben neutral bis negativ auf das Wachstum aus, da sie qualifizierte Beschäftigte binden, Ressourcen für Forschung und Entwicklung reduzieren, kapitalgetriebene Partikularinteressen

stärken, Korruption erhöhen und die fiskalische Nachhaltigkeit durch wachsende Verschuldung beeinträchtigen.⁶⁹ Der Rüstungssektor kann folglich als dysfunktionaler Sektor erachtet werden.

Weder die Rüstungsausgaben in Europa in Höhe von 186 Mrd. Euro^{70*} noch der EVF oder andere EU-Mittel zur Finanzierung militärischer Zwecke leisten einen Beitrag zum Wachstum, sondern reduzieren die für andere Bereiche verfügbaren finanziellen Ressourcen.

Davon betroffen sind insbesondere das Gemeinschaftsbudget der EU und ihre personellen Ressourcen, welche im Vergleich zu einzelstaatlichen Mitteln begrenzt sind. Jeder Euro des europäischen Haushalts, der für militärische Zwecke ausgegeben wird, ist ein verlorener Euro, denn er wird nicht dazu verwendet, die ineinandergreifenden Umwelt-, Klima- und Gesundheitskrisen anzugehen, von denen derzeit die größte Gefahr für die Sicherheit der Menschen weltweit ausgeht.

Der EU-Haushalt und der europäische Aufbauplan sollten verwendet werden, um die Verlagerung der Produktion nach Europa zu fördern und zwar insbesondere in Schlüsselsektoren wie medizinische Ausstattung, erneuerbare Energien und Ernährungssicherheit. Dadurch können nicht nur neue Arbeitsplätze entstehen (und Beschäftigte aus dem Rüstungssektor, deren hohe Qualifikationen besonders wichtig und notwendig sind, umgeschult werden), sondern die EU wird auch in ihrer Unabhängigkeit von äußeren Einflüssen gestärkt.

DIE EU-MILITARISIERUNG WIRD DEN GLOBALEN RÜSTUNGSWETTLAUF BESCHLEUNIGEN, WAS ZU MEHR KONFLIKTEN UND MENSCHENRECHTS-VERLETZUNGEN FÜHREN WIRD

Die Militarisierung der EU hat Auswirkungen auf die Rüstungsexporte der europäischen Länder. Diese Ausfuhren betreffen in erster Linie Menschen außerhalb der EU und sollten vor dem Hintergrund der proklamierten EU-Werte des globalen Friedens und der Sicherheit bewertet werden.

Seit 2015 haben EU-Staaten Ausfuhrgenehmigungen* für Rüstungsgüter für die folgenden zwölf Top-Zielländer erteilt: Saudi-Arabien (76 Mrd. €), Ägypten (75

* Gemäß EDA-Daten für das Jahr 2019 oder 219,6 Mrd. USD gemäß SIPRI-Schätzungen.

Mrd. €), Indien (68 Mrd. €), VAE (62 Mrd. €), Katar (46 Mrd. €), Brasilien (22 Mrd. €), Singapur (18 Mrd. €), Kuwait, Indonesien, Malaysia (16 Mrd. €), Algerien (13 Mrd. €) und die Türkei (12 Mrd. €).⁷¹

Bei den effektiv gelieferten Gütern** steht Saudi-Arabien mit 9,3 Mrd. Euro erneut an der Spitze der Zielländer, die Rüstungsgüter im Wert von über 2 Mrd. Euro bezogen haben. Es folgen Ägypten mit 7 Mrd. Euro, Indien mit 5,2 Mrd. Euro, Katar mit 4,2 Mrd. Euro, Brasilien mit 3,3 Mrd. Euro, die VAE mit 3 Mrd. Euro und die Türkei mit 2,7 Mrd. Euro.

Die meisten aufgeführten Länder sind in spannungsreichen Regionen aktiv und/oder an Konflikten beteiligt (wie insbesondere am Krieg im Jemen) und/oder werden autoritär regiert. Der Verkauf von Rüstungsgütern an diese Regierungen, die damit eine aggressive und gewaltorientierte Politik betreiben oder die demokratischen Freiheiten beschränken können, steht im krassen Widerspruch zu den erklärten Grundprinzipien der Union.

Waffenexporte können nur von EU-Mitgliedstaaten genehmigt werden, wobei der Gemeinsame Standpunkt der EU von 2008 (folgend auf den Verhaltenskodex von 1998) und dessen acht Kriterien zu beachten sind. Die EU-Länder dürfen daher keine Rüstungsgüter ausführen, „die zu *interner Repression oder internationaler Aggression eingesetzt werden könnten oder zu regionaler Instabilität beitragen könnten*“.⁷² Aber auch hier besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen den erklärten Grundsätzen auf dem Papier und den tatsächlich von Mitgliedstaaten erteilten Genehmigungen.

Das Europäische Parlament ruft regelmäßig zu mehr Transparenz und zur Einhaltung der Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts auf. Seine Stellungnahmen sind für die Mitgliedstaaten jedoch nicht bindend. Diese geben weiterhin nationalen Beschlüssen den Vorzug, die unter dem Einfluss der Rüstungsindustrie gefällt werden und sich an anderen Grundsätzen und Erwägungen als dem Gemeinsamen Standpunkt orientieren. Die Mitgliedstaaten würden der Kommission unter keinen Umständen ein Mitspracherecht bei der Genehmigung von Waffenexporten einräumen, selbst wenn die Rüstungsgüter mit EU-Mitteln finanziert werden.

* Ausfuhrgenehmigungen folgen nicht immer Lieferungen im selben Jahr. Lieferungen können sich über mehrere Jahre hinziehen, Verträge werden unter Umständen nicht abgeschlossen oder nur teilweise ausgeführt. Aus diesem Grund können die Angaben zu Genehmigungen und tatsächlichen Lieferungen deutlich voneinander abweichen. Die Angaben zu den Ausfuhrgenehmigungen sind dennoch ein wichtiger Indikator dafür, welche Staaten eine Regierung für die Ausfuhr von Waffen für akzeptabel hält.

Um die Rüstungsindustrie wettbewerbsfähiger zu machen, wird der EVF europäische Rüstungsexporte und damit die weltweite Rüstungsspirale ankurbeln.⁷³ Weitere Triebkräfte dafür sind das CBSD-Programm und die EFF (finanziert durch Mitgliedstaaten, aber weiterhin ein offizielles EU-Instrument), da beide eine zusätzliche Gelegenheit für die Ausfuhr von Militärausrüstung (finanziert durch CBSD) bieten, einschließlich tödlicher Waffen im Rahmen der Friedensfazilität.

DIE EU-MILITARISIERUNG WIRD MENSCHEN WEITER IN DIE FLUCHT TREIBEN

Die Angaben⁷⁴ und Analysen⁷⁵ zeigen auch den Zusammenhang zwischen europäischen Rüstungsexporten und der großen und steigenden Zahl Geflüchteter bzw. Inlandsvertriebenen auf. Die Genehmigung und Umsetzung von europäischen Rüstungsexporten ist unverantwortlich und die EU-Rechtskonformität mit der geltenden Gesetzgebung (der erwähnte Gemeinsame Standpunkt) unzureichend.

Die EU-Mitgliedstaaten exportieren Waffen in Länder, die sich in einer Konflikt- oder Spannungssituation befinden und in denen sehr viele Menschen auf der Flucht sind oder vertrieben werden. Untersuchungen belegen, dass die Ausfuhren die bewaffnete Gewalt in bestimmten Ländern verschärfen oder aufrecht erhalten, was die Anzahl von Geflüchteten und Vertriebenen weiter erhöht hat oder sogar verhindert, dass diese Bevölkerungsgruppen wieder unter normalen Lebensbedingungen leben können.

Der gesamte Militarisierungsprozess unterstützt letztlich die Annahme eines „Sicherheitsansatzes“ in Bezug auf globale Herausforderungen, mit dem stärker auf den Rückzug in die „Festung Europa“ hingewirkt wird anstatt zu versuchen, internationale Konflikte beizulegen (vgl. Kapitel 2).

DIE ANGEBLICHE „FRIEDENSFAZILITÄT“ FINANZIERT RÜSTUNGSEXPORTE UND MILITÄRISCHE INTERVENTIONEN

Ende 2020 erzielten die EU-Mitgliedstaaten eine endgültige Einigung über die mit Spannung erwartete Europäische Friedensfazilität (EFF), die als „*Instrument zur Finanzierung außenpolitischer Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen*“ dienen wird. Das gesetzte Ziel ist, rasch auf „*Krisen und Konflikte*“ zu reagieren und „*Partnerländer [...] in die Lage zu versetzen, das Gleiche zu tun*“, wobei der anfängliche Schwerpunkt auf Afrika in Zukunft durch

eine globale Reichweite ergänzt werden soll.⁷⁶ Das Gesamtbudget des Fonds beläuft sich auf 5 Mrd. Euro mit Verwendung über einen siebenjährigen Zeitraum. Die Mittel können auch zur Finanzierung der umstrittenen Option verwendet werden, Sicherheitskräfte Ländern des globalen Südens auszubilden und auszurüsten (siehe unten).

Die EFF, die als haushaltsexternes Instrument bereitgestellt wird, umgeht die EU-Verträge, denen zufolge mit dem EU-Haushalt keine Waffenlieferungen außerhalb der Union finanziert werden können. Bei den im Rahmen der EFF potenziell zu liefernden Waffentypen handelt es sich um Rüstungsgüter, die häufig den größten Schaden anrichten und für die in sensiblen Situationen die größte Gefahr einer missbräuchlichen Verwendung besteht, wie Kleinwaffen, leichte Waffen, Munition, gepanzerte und Transportfahrzeuge.

In der Zivilgesellschaft kamen sogleich Bedenken hinsichtlich der EFF auf:⁷⁷

- > Die Bezeichnung der „Europäischen Friedensfazilität“ als „Friedensfonds“ ist irreführend, da die EFF militärische Ausbildung und Ausrüstung, einschließlich die potenzielle Bereitstellung von tödlichen Waffen, finanzieren wird. Obgleich die Einbeziehung von Akteuren im Sicherheitssektor in friedensstiftende Aktivitäten zur Konfliktbeilegung wichtig ist, verbessern nicht alle sicherheits- und verteidigungspolitischen Maßnahmen die Lage in Bezug auf Frieden, Recht und Entwicklung. Bei zahlreichen Komponenten der geplanten EFF handelt es sich um für die EU unerprobte Bereiche und sie bietet keine Ansätze, um die ernststen Gefahren, die mit deren Umsetzung verbunden sind, adäquat abzuschwächen.
- > Unklar ist, wie die EFF die EU bei ihrem Anliegen, einen weltweit positiven Einfluss auszuüben, stärken kann. Fraglich ist auch, wie die Bereitstellung von Waffen und Munition, die Finanzierung der Besoldung von Streitkräften oder die Stärkung der Kampffähigkeiten von Armeen in Drittländern Konflikte verhindern und beenden sollen. Forschungsergebnissen zufolge erhöht dieser Ansatz die bestehenden Risiken. Diese Art von militärischer Unterstützung kann folglich dem Frieden und der Entwicklung schaden und erzielt nur in den seltensten Fällen die beabsichtigte Hebelwirkung. Häufig werden die zugrundeliegenden Konflikttreiber ignoriert und es werden stattdessen konttraproduktive Effekte und unbeabsichtigte Konsequenzen bewirkt, wie die gewaltsamen Unterdrückung von friedlichen zivilgesellschaftlichen Aktivi-

täten, die Förderung der Straffreiheit des Militärs, steigende Korruption und ein vom Militär unterstütztes Schüren von Gewalt und Konflikten.

- > Anstatt die Sicherheit der Bevölkerung in Krisengebieten langfristig zu gewährleisten, besteht die ernstzunehmende Gefahr, dass die Friedensfazilität zur Förderung der Interessen der EU-Mitgliedstaaten eingesetzt wird und es ihnen Industrien ermöglicht, Marktanteile für künftige Exporte hinzuzugewinnen. Wie viele Beispiele zeigen, wurde die militärische Unterstützung in der Vergangenheit häufig dazu benutzt, europäische geopolitische Interessen durchzusetzen, anstatt den menschlichen Sicherheitsbedürfnissen der bedrohten Völker gerecht zu werden.⁷⁸

DIE MILITARISIERUNG DER EU MARGENALISIERE BEREITS DIE EU-FRIEDENSARBEIT UND WIRD DIESE WEITER GEFÄHRDEN

Die Einrichtung eines funktionierenden EVF oder einer sogenannten „Europäischen Friedensfazilität“ geht über die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für militärische Zwecke hinaus. Vielmehr werden neue Bereiche der Zusammenarbeit erschlossen, deren Rechtmäßigkeit und Beitrag zu den Zielen des EU-Vertrags („den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern“) höchst fragwürdig sind. Ein weiteres Problem, das sich in den kommenden Jahren verschärfen wird, ist die unkoordinierte Abzweigung von zivilen Mitteln.

Im Rahmen des neuen Instruments der Entwicklungszusammenarbeit NDICI* werden ab 2021 für die langfristigen Prioritäten der EU- Entwicklungszusammenarbeit – Menschenrechte und Demokratie, Unterstützung von zivilen Akteur*innen, Frieden und Stabilität – keine festgelegten Beträge mehr zugewiesen. Angesichts der ebenfalls fehlenden Mittelfestlegung für die neuen Schwerpunkte Migration und „Sicherheit für die Entwicklung“,** befürchten Akteur*innen der Zivilgesellschaft, dass der „Sicherheit“ im NDICI auf Kosten herkömmlicher Friedens- und Entwicklungsprogramme ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Dabei haben

* Voneinander getrennte thematische Instrumente wurden zu einem einzigen umfassenden Instrument, dem „Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit“ (NDICI), zusammengeführt.

** Die Fortführung des CBD-Programms zur Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheits- und Militärkräften in fragilen Staaten.

gerade die letztgenannten Programme der EU ermöglicht, insbesondere in anfälligen Staaten und unter autoritären Regimen etwas zu bewirken.

Alle hier dargelegten Aspekte weisen auf die binäre Wahl der Union für ihre Zukunft hin: Entweder entwickelt sich die EU zu einer „Soft Power“, die sich Demokratie und Menschenrechten verschreibt, oder die Union baut allmählich eine Form von „Hard Power“ auf, in deren Rahmen der harten, militärischen Sicherheit gegenüber der internationalen, friedlichen Kooperation der Vorzug eingeräumt wird. Der parallele Einsatz von weicher als auch von harter Macht ist in sich widersprüchlich und wenig effizient, um Frieden zu fördern. Des Weiteren stehen nicht unbegrenzt Ressourcen zur Verfügung, aber trotz fehlender Effizienz ist der Einsatz militärischer Mittel auf kurze Sicht einfacher und beliebter. Als militärische Großmacht wird die EU zudem das Interesse verlieren, friedliche Konfliktprävention und -lösung ernsthaft voranzubringen.

Dies lässt sich sowohl auf internationaler Ebene (EVF-Mittel werden das Wett-rüsten mit den USA, Russland und China beschleunigen) als auch auf lokaler Ebene beobachten. Beispiele dafür sind die Auswirkungen des Schürens von Gewalt und Konflikten und natürlich auch die wechselnden Allianzen und die Umleitung von Waffenlieferungen durch unerwünschte Akteure (wie terroristische Gruppen), die auch gegen europäische Länder eingesetzt werden können. Die EU-Militarisierung erhöht die Gefahr einer Spirale der Unsicherheit, im Rahmen derer nicht nur mögliche Gegner, sondern auch die eigenen EU-Mitglieder einem „Sicherheitsdilemma“ ausgesetzt sein können,⁷⁹ das Rüstungsausgaben und die vermehrte Beschaffung von Waffen vorantreibt.

78 /

Häufig wird darauf hingewiesen, dass sich die EU dank neuer militärischer Fähigkeiten an Konflikten beteiligen kann, um somit die schlimmsten Missbräuche und selbst Kriege zu beenden. De facto zeigt sich jedoch, dass eine höhere Anzahl an beteiligten Akteuren die Entwicklung einer tragbaren Lösung erschweren. Dies führt des Weiteren dazu, dass weniger Ressourcen für die friedliche Beilegung von Spannungen und Konflikten und die Bekämpfung der eigentlichen Konfliktursachen wie Umweltbedrohungen (Klimawandel, Wasserzugang), Zugang zu Ackerflächen und Ernährungssicherheit, Armut und extreme Ungleichheiten, Korruption und schlechte Regierungsführung bereitgestellt werden.

Die Verbreitung von Waffen und hohe Militärausgaben verstärken letztlich auch die Tendenz, auf nicht-militärische Probleme mit militärischen Lösungen zu reagieren, um die massiven Investitionen nachträglich zu rechtfertigen – auf Kosten wirksamer Diplomatie und kooperativer Maßnahmen gegen die eigentlichen Ursachen.

Die Rolle, die die EU potenziell als glaubwürdige Vermittlerin oder wichtige diplomatische Größe einnehmen kann, wird sowohl durch ihre verstärkte militärische Präsenz im Ausland als auch durch den Verkauf von Waffen an viele Adressaten (oft an gegnerische Seiten desselben Konflikts) geschwächt. Friedensstiftende Lösungen und Optionen können nicht umgesetzt werden, wenn Konflikte durch Waffen angefeuert werden oder Interventionen durch militärische Missionen erfolgen. Alle EU oder nationalen Ressourcen sollten stattdessen zusammengeführt werden, um die Ursachen von Konflikten, einschließlich der Klimakrise als verschärfendem Faktor, zu beseitigen.

**EUROPÄISCHE
FRIEDENS-
BEWEGUNG:
EINE ANDERE FORM
DER EUROPÄISCHEN
SICHERHEIT
IST MÖGLICH**

6



HEALTHCARE,
NOT
WARFARE

There
is no
Planet B



DEFUND
THE
MILITARY

Gesundheit statt Rüstung
Es gibt keinen Planeten B
Kein Geld fürs Militär

Die EU hat sich einem traditionellen militärischen Sicherheitsansatz basierend auf dem Sprichwort *si vis pacem, para bellum* („Wenn du Frieden willst, bereite Krieg vor“) verschrieben, der sich jedoch als nicht zutreffend erweist. Die Geschichte hat gezeigt, dass Kriege vorbereitet werden müssen, dass also Krieg ohne Vorbereitungsmaßnahmen gar nicht möglich ist. Die EU und ihre Mitglieder haben sich jedoch dazu entschieden, ihre Kriegsvorbereitungen im europäischen Hoheitsgebiet, an dessen Grenzen und im Ausland auszuweiten.

2019 wurde die höchste Anzahl von bewaffneten Konflikten in einem Jahr seit Ende des Zweiten Weltkriegs registriert.⁸⁰

Allein in 2019 Jahr starben über 150.000 Menschen durch Kampfhandlungen.⁸¹ Die Konflikte spielten sich zum Teil nahe der europäischen Grenzen oder mit europäischer Beteiligung ab (der Krieg in Syrien forderte mindestens 384.000 Todesopfer,⁸² der Krieg im Jemen 233.000⁸³). Andere Opfer mussten aus ihren Heimatländern fliehen, um den Kriegshandlungen zu entkommen. Laut dem UNHCR wurden 79,5 Millionen Menschen im Jahr 2019 aus ihrer Heimat vertrieben.⁸⁴

Für all dieses Leid sind Kriege verantwortlich, an denen die EU und ihre Mitgliedstaaten mitwirken, entweder indem sie militärische Operationen vor Ort durchführen oder den Kriegsparteien Waffen und militärische Unterstützung bereitstellen. Im Jahr 2018 gingen mindestens 22 % der europäischen Waffenausfuhren an Staaten mit Beteiligung an bewaffneten Konflikten und 25 % an Staaten mit internen oder regionalen Spannungen.⁸⁵ Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten durch Militarisierung und Aufrüstung ihren Beitrag zu einer zunehmend bewaffneten Welt mit großen Armeen und riesigen Rüstungskonzernen.

„Die Welt ist überrüstet, Frieden ist unterfinanziert.“

Ban Ki-Moon, ehemaliger UN-Generalsekretär,

30. August 2012

VON MILITÄRISCHER SICHERHEIT HIN ZU FRIEDEN UND MENSCHENZENTRIERTER SICHERHEIT

Die Coronavirus-Pandemie hat gezeigt, dass militärische Streitkräfte für nicht militärische Aufgaben eingesetzt werden können. Etwa für die Unterstützung der Impfkampagnen, Beförderung von kranken Menschen oder der Rückverfolgung von Infektionsketten – und in diesen Rollen für viele Menschen einen effektiven Nutzen haben. Den EU-Sicherheitsexpert*innen war dies jedoch schon seit langem bekannt. Sie haben die wichtigsten Bedrohungen der EU in der Globalen Strategie von Mogherini festgelegt:⁸⁶ Terrorismus und gewaltbereiter Extremismus, Verbreitung und Kontrolle von Rüstungsgütern, Cybersicherheit, Computerkriminalität, strategische Kommunikation, technologische Risiken, Energie und nukleare Sicherheit, Konflikte und Gewalt in sozial fragilen Staaten, transnationale und organisierte Kriminalität, Wirtschaftskrise, Sicherheit im Seeverkehr, Klimawandel, irreguläre Migrationsströme und Management der Außengrenzen, Pandemien und Epidemien, Armut und Ungleichheit, Menschenrechtsverletzungen, hybride Bedrohungen, Veränderungen des wirtschaftlichen Kräftegleichgewichts, Globalisierung und Interdependenz.

Militärische Reaktionen können zu keinem Zeitpunkt ein angemessenes Mittel im Umgang mit diesen Bedrohungen sein, da solche Maßnahmen lediglich weitere Problematiken in Gang setzen oder nur die Symptome (wenn überhaupt), nicht aber die Ursachen angehen.

BEDROHUNGEN UND RISIKEN

VON DER EU IDENTIFIZIERTE BEDROHUNGEN UND RISIKEN	AKTUELLE MILITÄRISCHE REAKTIONEN	BEISPIELE FÜR MÖGLICHE FRIEDLICHE SICHERHEITSSTRATEGIEN
Terrorismus und gewaltbereiter Extremismus	Teilweise eingesetzt, was zu mehr Terrorismus führt (globaler Krieg gegen den Terror, ISIS)	Interkulturalität und Inklusion, Entwicklungszusammenarbeit, polizei- und strafrechtliche Untersuchungen
Verbreitung von Massenvernichtungswaffen	Im Irak-Krieg wurde militärische Gewalt eingesetzt, allerdings mit dem falschen Argument der Massenvernichtungswaffen und der Schaffung neuer Bedrohungen (ISIS-Terrorismus)	Multilaterale Kooperation, Abrüstungsabkommen
Cybersicherheit	Keine	Polizei und IT-Expert*innen
Energiesicherheit	Militärische Gewalt, um Zugang zu Öl und Gas zu erhalten, wie in den Kriegen im Irak und in Libyen	Ausbau erneuerbarer Energien, internationale Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern von fossilen Energien
Organisiertes Verbrechen	Keine	Polizei- und strafrechtliche Ermittlungen
Sicherheit im Seeverkehr	Einsätze von Kriegsschiffen zur Pirateriebekämpfung vor Somalia	Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Beendigung neo-kolonialer Wirtschaftspraktiken
Klimawandel	Aufnahme von Vorbereitungsmaßnahmen für künftige „Klimakriege“ (EU-Fahrplan für Klima und Sicherheit)	Verringerung von CO2-Emissionen, internationale Kooperation, multilaterale Abkommen, Ausbau erneuerbarer Energien
Irreguläre Migrationsströme und Management der Außengrenzen	Frontex als militarisiertes Instrument, das militärische Operationen der EU und der NATO ausführt und Migrant*innen dazu treibt, ihr Leben auf weniger sicheren Routen zu riskieren	Rettungsmissionen, sichere Migrationsrouten, Aufnahme von Geflüchteten, Unterstützung von Neuankommenden, Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Vertreibung
Wirtschaftskrisen	Keine	Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Absicherung existenzbedrohender Krisenfolgen

VON DER EU IDENTIFIZIERTE BEDROHUNGEN UND RISIKEN	AKTUELLE MILITÄRISCHE REAKTIONEN	BEISPIELE FÜR MÖGLICHE FRIEDLICHE SICHERHEITSSSTRATEGIEN
Bewaffnete Konflikte, fragile oder gescheiterte Staaten	EU-Mitgliedstaaten bieten militärische Unterstützung und Finanzierung für Kriegsparteien wie in Libyen, wodurch Konflikte und Waffenexporte andauern bzw. fortgesetzt werden	Friedensabkommen, Diplomatie und Verhandlungen, humanitäre Unterstützung, multilaterale Zusammenarbeit
Pandemien und Epidemien	Teilweise: Einsatz von militärischen Ressourcen zur Pandemiebekämpfung	Stärkung der öffentlichen Gesundheitssysteme, global gerechter Zugang zu Impfstoffen, öffentlich finanzierte Forschung und Entwicklung im Gesundheitsbereich
Armut und Ungleichheit	Keine	Umverteilung von Reichtum, Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Ausbau erschwinglichen Wohnraums, Bekämpfung der Klimakrise
Verletzungen von Menschenrechten	Keine	Schutz für Menschenrechtsaktivist*innen, Überwachung der Auswirkung europäischer Unternehmen auf Menschenrechte
Veränderung des wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses: Globalisierung und gegenseitige Abhängigkeit	Es könnte mit militärischen Maßnahmen reagiert werden und da die EU gegenüber der NATO eine untergeordnete Rolle spielt, müsste sie sich an deren militärische Einsätzen wie beispielsweise in den baltischen Ländern aktiv beteiligen; dies dürfte nicht zum Abbau der Spannungen zwischen Russland und Europa beitragen	Diplomatische Beziehungen, multilaterale finanzielle, wirtschaftliche und politische Organisationen der Zusammenarbeit, faire Handelsabkommen, demokratische Mechanismus und Kontrolle durch das Volk zur Förderung einer gegen-hegemonialen Globalisierung basierend auf Solidarität und globaler Gerechtigkeit

Viele dieser Bedrohungen sind hybrid, wie Cyberangriffe auf kritische Datensysteme, die Unterbrechung von wichtigen Diensten wie Energieversorgung oder finanzielle Dienstleistungen, die Untergrabung des öffentlichen Vertrauens in staatliche Institutionen oder die Vertiefung von sozialen Spaltungen.⁸⁷ Wie können Armeen in Reaktion auf hybride Bedrohungen eingesetzt werden? Wie wird uns die Militarisierung bei der Reaktion auf Bedrohungen oder identifizierte Risiken wie die Klimakrise oder Pandemien unterstützen? Militärische Maßnahmen können und werden uns nicht mehr Sicherheit geben.

Für die EU muss eine andere Friedens- und Sicherheitsstrategie entwickelt werden, die die Bemühungen aller – Zivilgesellschaft, Politik und Regierungen – zusammenführt:

- > Wir müssen die Art von Sicherheit, die wir uns für Europa wünschen, neu konzipieren und auf ein Sicherheitskonzept hinwirken, dessen Grundlage Frieden und menschenzentrierte Sicherheit ist. Wir müssen kritisches Denken anstoßen, um ein neues sicherheitspolitisches Narrativ aus pazifistischer, ökologischer und feministischer Perspektive zu schaffen. Die EU muss von einer Verteidigungskultur zu einer Kultur des Friedens übergehen.
- > Die EU-Politik im Bereich Frieden und Sicherheit muss verändert werden. Es ist nun an der Zeit, uns von allen militarisierten Strategien, mit denen Rüstungsunternehmen unterstützt werden sollen, und von der Militarisierung insgesamt zu verabschieden, damit sich die EU zu einem globalen Akteur für Frieden, Multilateralismus und Völkerrecht entwickeln kann.
- > Es ist nun an der Zeit, auf menschenzentrierte Sicherheit, feministische Sicherheitstheorien und Perspektiven einer Friedenskultur überzugehen, die den Menschen, die Natur und die Sorge um unsere Mitmenschen in den Mittelpunkt von sicherheitspolitischen Maßnahmen stellen, anstatt an einer militärischen Sicherheit festzuhalten, die in erster Linie den Erhalt des Status quo zum Ziel hat, auch wenn dieser von Ungleichheit, Gewalt und Ungerechtigkeit geprägt ist.

„Laut der in den USA ansässigen RAND Corporation lösen sich terroristische Gruppen in 43 % der Fälle auf, nachdem sie erfolgreich und vollständig in den formellen politischen Prozess integriert wurden. [...] nur 7 % der terroristischen Gruppierungen wurden durch Militärkampagnen zerschlagen.“

*„Indefensible, Seven Myths that Sustain the Global Arms Trade“.
Paul Holden et al., 2016, S. 34*

SI VIS PACEM, PARA PACEM: VON HARTER MACHT ZU FRIEDENSSTIFTENDER WEICHER MACHT

Für die Rüstungsindustrie wäre ein „positives Szenario“, und damit ein profitbringendes, eine Welt voller bewaffneter Konflikte, in der Wettrüsten und Kriegsvorbereitungen von allen Seiten ständig vorangetrieben würden. In einem noch „besseren Szenario“ würden sich die Mitgliedstaaten an Militäroperationen im Ausland beteiligen. Das „bestmögliche Szenario“ für die EU-Sicherheitsindustrie wäre aber die Gründung und Ausstattung einer neuen Streitmacht – die hypothetische europäische Armee, die auf dem Konzept der militärstrategischen Autonomie Europas aufbaut.

Der französische Präsident Macron und die deutsche Kanzlerin Merkel setzten die Option einer europäischen Streitmacht auf die Tagesordnung und forderten jeweils 2017 und 2018 ein gemeinsames Europäisches Militärprojekt. Eine solche Streitmacht würde die einzelstaatlichen Armeen nicht ersetzen, denn kein Staat in der EU ist bereit, auf eine solche Quelle der (internen und externen) Macht zu verzichten. Diese zusätzliche Armee würde stattdessen für die Durchführung von umstrittenen Missionen „zuständig“ sein, die auf nationaler Ebene nicht gutgeheißen werden. Die Folge wäre eine Verwässerung der Verantwortung, die die einzelnen Mitgliedstaaten gegenüber den eingesetzten Streitkräften und der lokalen Bevölkerung und deren Schäden tragen.

Es ist nun an der Zeit, einen Wechsel an der Spitze zu bewirken, militärische Ambitionen zurück zu lassen und Ressourcen auf friedliche Prioritäten zu verlagern. Es ist Zeit für einen grundlegenden Paradigmenwechsel in jenen Strukturen, Programmen und Maßnahmen der EU, die das Zentrum der EU-Militarisierung bilden:

- > Militäroperationen wie EUFOR Althea in Bosnien und Herzegowina, EU NAVFOR Atalanta, EUTM Somalia, EUTM Mali und EUTM Zentralafrikanische Republik müssen in Missionen umgewandelt werden, die wirklich friedensstiftend sind, einschließlich durch die Bereitstellung von humanitärer Hilfe, Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, Förderung von Menschenrechten und Demokratie. Die Missionen müssen von zivilen EU-Missionen und zuverlässigen NGOs ausgeführt werden.
- > Die Rüstungsindustrie und ihre hochqualifizierten Arbeitskräfte sollten in der zivilen Produktion eingesetzt werden und zur Entwicklung von Technologien beitragen, die den Klimakollaps verhindern. Dabei ist es kostengünstiger und effizienter, in Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnraum und Perspektiven für die Jugend und andere menschliche Bedürfnisse zu investieren, die in Europa noch zu erfüllen bleiben.⁸⁸
- > Die EU-Mitgliedstaaten müssen darauf verzichten, Rüstungsexporte als Instrument für ihre Außenpolitik und als Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft einzusetzen, denn dadurch wird nur ein Teufelskreis von Gewalt, Unsicherheit und Militarisierung in Gang gesetzt, der lediglich die Gewinnspannen von Rüstungsunternehmen in die Höhe treibt. Der Gemeinsame Standpunkt der EU 2008, in dem gemeinsame Regelungen zur Ausfuhrkontrolle für militärische Technologie und Ausrüstung festgelegt sind,⁸⁹ muss eingehalten werden und alle Rüstungsexporte aus der EU müssen entsprechend eingestellt werden.
- > Die EU muss die Ausgaben für militärische Industrieforschung Entwicklungsprojekten zuweisen, die auf die gewaltfreie Beilegung und Prävention von Konflikten ausgerichtet sind. In ihrem Mittelpunkt sollten menschliche Fähigkeiten und Ressourcen anstatt technologiegetriebene Lösungen stehen.

Die EU muss eine auf Frieden ausgerichtete Perspektive für alle ihre externen Aktionen annehmen, die allein auf Diplomatie, Multilateralismus und Zusammenarbeit gründet, denn dies ist die effizienteste Art, um die Welt und Europa sicherer zu machen.

Kriege können besser durch Diplomatie als durch militärische Abschreckung verhindert werden. Bei der Bildung von Allianzen zwischen Staaten kann durch die aktive Förderung von Friedensprozessen und Konfliktbeilegung mehr Positives bewirkt werden. Kriege können effizienter durch verstärkte humanitäre Abrüstung und die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen im Rahmen von multilateralen und bilateralen Abkommen abgewendet werden.

„Forschungsstudien in den letzten 35 Jahren zeigen, dass 77 % der Gewaltkonflikte durch ein Friedensabkommen beigelegt werden konnten, während lediglich 16,4 % mit einem militärischen Sieg endeten.“

*„Building Peace Together, a practical resource“.
Quaker Council for European Affairs, 2018, S. 2*

BEWEGUNG FÜR DEN FRIEDEN

Die UNESCO-Verfassung erklärt: „Da Kriege im Geiste der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden“. Anders formuliert: Da Kriege, Militarisierung und Versicherheitlichung im Geiste der Menschen entstehen (oder diesen eingeschärft werden), müssen auch im Geiste der Menschen Bollwerke einer Sicherheit errichtet werden, die auf Frieden beruht. Dies lässt sich erreichen, indem die militarisierte Sicherheit, das im heutigen Europa vorherrschende Narrativ, hinterfragt wird.

- > Schließ dich einer lokalen oder nationalen Friedensorganisation an und engagier dich in der Friedensbewegung. In Europa gibt es viele verschiedene Arten von Friedensgruppen, die sich für eine entwaffnete, entmilitarisierte und gewaltfreie Gesellschaft stark machen. Engagier dich in Gruppen und Bewegungen, die sich gegen Atomwaffen und/oder Waffenexporte einsetzen. Beteilige dich an Kampagnen, die die Verringerung der Militärausgaben oder die Abschaffung von Killerrobotern, die Förderung und Ausübung von Gewaltlosigkeit zum Ziel haben. Du kannst dich auch in Bewegungen gegen Militärstützpunkte, Kriege und die NATO anschließen oder dich mit anderen sozialen Bewegungen für globale Gerechtigkeit und Menschenrechte, die Überwindung des Patriarchats, Rassismus und der Klimakrise einsetzen und

dich an allen anderen Arten von friedensstiftendem Aktivismus beteiligen, die eng mit Bemühungen um Frieden verbunden sind.

- > Regierungen und Politiker*innen müssen den Druck der Zivilgesellschaft spüren. Soziale Bewegungen benötigen für effizientes Engagement Ressourcen, um ein Gegengewicht gegen Lobbyist*innen im militärischen und Sicherheitsbereich zu bilden. Letztere verfügen über unzählige Büros und Arbeitskräfte, um für den eigenen Profit und Gewinn auf EU-Institutionen Einfluss zu nehmen. Friedensbewegungen können über lokale Friedensorganisationen und Friedensnetzwerke wie das Internationale Friedensbüro, das European Network Against Arms Trade oder Pax Christi und Hunderte anderer einzelstaatlicher pazifistischer, gewaltfreier und antimilitaristischer Bewegungen, Netzwerke und Organisationen Druck auf Machthaber*innen ausüben.
- > Wir müssen uns mit denjenigen auseinandersetzen, die einen militaristischen Ansatz unterstützen, sie kennen und ihre Interessen nachvollziehen. Welches Ziel verfolgen Rüstungsunternehmen? Die Maximierung des wirtschaftlichen Profits. Rüstungsunternehmen setzen alles dafür ein, Kunden (d. h. Regierungen) zu gewinnen und ihre Einnahmen durch öffentliche Gelder sicherzustellen. Wir können ihnen bei ihren Aktionärsversammlungen entgegentreten und ihre Produkte und Kunden verurteilen. Wir können Waffenmessen behindern und Häfen blockieren, um zu verhindern, dass Schiffe mit Waffen und Munition von den europäischen Küsten aus den weltweiten Waffenhandel vorantreiben.
- > Lobbyarbeit durch die Zivilbevölkerung bedeutet auch, kritische Berichte aus einer Friedensperspektive mit sozialen Bewegungen und Kampagnen zu verbinden. Zum Beispiel:
 - Die **Stop the War**-Kampagne unterstützt eine neue, unabhängige Außenpolitik basierend auf Kooperation und Diplomatie.
 - **No to war – no to NATO** ist ein internationales Netzwerk, das NATO-Gegen Gipfel und Proteste gegen die aggressive Militär- und Atompolitik der NATO organisiert.
 - **Global Campaign on Military Spending** ist eine internationale Kampagne zur Sensibilisierung und Beeinflussung des Diskurses rund um Rüstungsausgaben, um eine erhebliche Kürzung der Militärausgaben weltweit zu erreichen.

- **Control Arms** ist eine internationale Kampagne, die ein internationales Waffenhandelsabkommen (ATT) zur Aussetzung von Waffenlieferungen fordert.
 - **War Starts Here – Let’s stop it here** organisiert antimilitaristische Aktionen im Rahmen der Internationalen Kampagne „War Resisters“, um Kriegsinfrastruktur zu identifizieren und zu blockieren.
 - **Don’t bank on the Bomb** ist ein regelmäßig veröffentlichter Bericht mit Informationen über die privaten Unternehmen, die sich an der Herstellung von Atomwaffen beteiligen, inklusive ihrer Investor*innen.
 - **ICAN** ist eine internationale Kampagne, die sich für das Verbot und die Beseitigung von Atomwaffen und die Stigmatisierung von deren Produktion, Einsatz und Vertrieb stark macht.
- > Informier dich, aber nur über Informationsquellen, denen du auch vertrauen kannst. Es ist ein Widerspruch in sich, dass das Sicherheitsnarrativ hochgehalten und eine Steigerung der Waffenproduktion angestrebt wird und dass gleichzeitig behauptet wird, dass auf diesem Weg Sicherheit und Frieden gestärkt würden. Informier dich als vertrauenswürdige Botschafter*in darüber, was auf EU-Ebene geschieht. Sei transparent und ehrlich und weisen auf deine Werte hin. Sei Stolz auf dein pazifistisches, feministisches und ökologisches Engagement. Halten mit deiner Meinung nicht länger hinterm Berg, sondern setz dich offen für die Schaffung einer besseren Welt für alle ein.

SCHLUSS- BEMERKUNG

Die von uns in dieser Broschüre beschriebenen Entwicklungen sind Teil eines absichtlich von der Europäischen Kommission und dem Rat eingeleiteten Prozesses, der mehrheitlich von den endgültigen Entscheidungsträger*innen – das Europäische Parlament und die einzelstaatlichen Regierungen im Rat der EU – angenommen wurde. Einer der verfolgten Ziele ist, den EU-Mitgliedstaaten und anderen ausländischen Staaten modernste Waffen- und Militärausrüstung zur Verfügung zu stellen. Zwischenstaatliche Initiativen im Rahmen von EDA und PESCO zielen ebenfalls darauf ab, die operativen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten zu verstärken. Als Rechtfertigung dient das Narrativ der allgemeinen Bedrohung unserer Sicherheit und des „existenziellen Bedürfnisses“ der EU nach harter Macht und nach einer „EU, die Schutz bietet [...] und verteidigt“.⁹⁰

Die Rüstungs- und Sicherheitsindustrie hat bei der Gründung, Entwicklung und Ausrichtung der EU-Militär- und Sicherheitspolitik eine Schlüsselrolle gespielt. Die EU-Militarisierung wurde durch den intensiven Einsatz von Denkfabriken, Lobbyarbeit und der sogenannten „Expertise“ der Rüstungsindustrie vorangetrieben und von den Vertreter*innen der EU-Institutionen und Mitgliedstaaten weitgehend begrüßt.

92 / Dieser Prozess verdeutlicht, dass die EU sich auf politischer, industrieller und materieller Ebene auf Krieg vorbereitet und sich für jede Art von Konflikt einsatzbereit macht. Somit trägt die EU zu einer wesentlichen Erhöhung der Militärausgaben und einer Zuspitzung des weltweiten Wettrüstens bei. Die Prioritätenverschiebung wird aller Voraussicht nach die EU-Unterstützung für alternative friedensstiftende Maßnahmen und die Bekämpfung der Konfliktursachen in den Hintergrund drängen.

Der Europäische Verteidigungsfonds ist das beste Beispiel für den Paradigmenwechsel der EU. Erstmals in der Geschichte der EU wird in diesem Rahmen ein Teil des Gemeinschaftshaushalts militärischen Zwecken zugewiesen. Milliarden von Euro können somit in militärische FuE und andere militarisierte EU-Sicherheitsstrategien gesteckt werden. Für die Zukunft zeichnen sich zwei dystopische Visionen am Horizont ab: eine, nach der die Schaffung einer militarisierten Festung Europa, die den Menschen in der EU mehr Sicherheit bringen soll und eine andere, nach der eine voll ausgerüstete neue Armee bereitsteht, deren Mission in der öffentlichen Meinung auf

Ablehnung stoßen dürfte, die aber einen drastischen Anstieg der Rüstungsausgaben von bis zu 2 % des BIP auf EU-Ebene zur Folge haben würde. Die EU als „harte Macht“ wird ihren globalen Einfluss durch Rüstungsexporte und militärische Präsenz begründen und damit einen beispiellosen Markt für die Produkte und Dienste des europäischen militärisch-industriellen Komplexes schaffen.

Aber will die EU tatsächlich als internationale Streitmacht zwischen den USA, China und eventuell Russland agieren? Welche Auswirkungen hätte das auf den globalen Süden? Bislang hat die EU häufig die Rolle der Vermittlerin zwischen konkurrierenden Supermächten übernommen. Diese einzigartige europäische Rolle sollte nicht dem Druck des militärisch-industriellen Komplexes oder den Interessen einer globalen ausbeuterischen Wirtschaft, basierend auf der Endloschleife von Produktion und Konsum, zum Opfer fallen. Gemeinsame globale Herausforderungen wie Klimakrise und die Corona-Pandemie sind eine Gefahr für alle Staaten und können nur durch weltweite Kooperation, nicht aber durch konkurrierende Machtblöcke bewältigt werden. Nur eine solche Zusammenarbeit darf der Ausgangspunkt für eine etwaige globale Strategie der EU sein.

Waffenexporte aus Mitgliedstaaten schüren Konflikte, die Menschen aus ihren Häusern, ihrer Heimat vertreiben. Geflüchtete, die die Grenzen Europas erreichen, stoßen auf militarisierte Grenzposten, die sie wie Feinde behandeln. Die von der EU geförderte Grenzpolitik bedroht das Leben Unschuldiger, die auf der Suche nach einem besseren Leben sind. Mit einer militarisierten EU, die weder Spannungen abbauen noch Konflikte mit militärischen Mitteln lösen kann, wird die Welt noch weniger sicher sein.

Die EU muss sich von einem traditionellen militärischen Sicherheitsansatz abwenden, der nur Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen zugutekommt. Denn deren Sicherheitskonzept basiert auf der Vorbereitung auf Krieg anstatt auf Frieden. Die EU muss sich für eine menschenzentrierte Sicherheit stark machen, die das defizitäre Paradigma der Versicherheitlichung ersetzt. Militärische Maßnahmen sind weder effizient noch wirksam, um all den Bedrohungen entgegenzutreten, die die Sicherheit von Menschen gefährden. Wir müssen überdenken, welche Arten von Sicherheit wir uns für Europa wünschen. Wir müssen ein neues Narrativ für EU-Sicherheit entwickeln, das feministische, ökologische, antirassistische, antikapitalistische und pazifistische Aspekte integriert.

Der Aufbau einer nicht-militarisierten EU sollte von Bürger*innen vorangetrieben werden, die sich zusammen mit den jüngeren Generationen in Friedensbewegungen auf lokaler und europäischer Ebene engagieren, sich an Protesten gegen Krieg, Waffenexporte, Rassismus und das Patriarchat beteiligen, sich gegen Waffenhändler*innen und autoritäre Regime stellen und eine weltweite und Klimagerechtigkeit einfordern. Eine EU des Friedens wird Vorbereitungen treffen, um Frieden zu schaffen und zu erhalten, und den Weg internationaler Solidarität einschlagen.

GLOSSAR

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ARES Group	Armament Industry European Research Group
ASD	AeroSpace and Defence Industries Association of Europe
ATT	Vertrag über den Waffenhandel
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CARD	Koordinierte jährliche Überprüfung der Verteidigung
CBSD	Programm zum Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung
CEO	Corporate Europe Observatory
CEO(s)	Vorstandsvorsitzende*r
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GD DEFIS	Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum
GD GROW	Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EADS	European Aeronautic Defence and Space Company
EDA	Europäische Verteidigungsagentur
EDIDP	Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich
EDIG	Europäischer Rüstungsverband (European Defence Industries Group)
EFF	Europäische Friedensfazilität
EK	Europäische Kommission
EOS	Europäische Organisation für Sicherheit
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EU HV/VP	Hohe/r Vertreter*in der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vize-Präsident*in der EK
EUBAM	EU-Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes

EUFOR	Einsatzkräfte der Europäischen Union
EUMC	EU-Militärausschuss
EUMS	EU-Militärstab
EUNAVFOR	Seestreitkräfte der EU (EU Naval Force)
EUTM	EU-Ausbildungsmission
EVF	Europäischer Verteidigungsfonds
FCAS	Future Combat Air System (Luftkampfsystem der Zukunft)
FuE	Forschung und Entwicklung
IRIS	Französisches Institut für internationale und strategische Angelegenheiten
ITRE	EP-Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
KI	Künstliche Intelligenz
MALE RPAS	Medium Altitude Long Endurance Remotely Piloted Aircraft System (auch als Eurodrone bezeichnet)
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MPCC	Militärischer Planungs- und Durchführungsstab
NATO	Nordatlantikpakt-Organisation
NDICI	Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit
PADR	Vorbereitende Maßnahmen zur Verteidigungsforschung
PASR	Vorbereitende Maßnahmen zur Sicherheitsforschung
PESCO	Ständige Strukturierte Zusammenarbeit
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee des Rates der EU
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
UK	Vereinigtes Königreich
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNHCR	Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VAE	Vereinigte Arabische Emirate

LESEEMPFEHLUNGEN

EUROPÄISCHER VERTEIDIGUNGSFONDS UND EU-MILITARISIERUNG

Isbister, Roy / Slijper, Frank (2021). Weapons for peace? What to expect in 2021 from the EU's new 'peace facility'. Verfügbar unter www.forumarmstrade.org/blog/weapons-for-peace-what-to-expect-in-2021-from-the-eus-new-peace-facility (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Quaker Council for European Affairs (2021). Climate, Peace and Human Rights: Are European Policies Coherent? Verfügbar unter www.qcea.org/2021/04/report-on-climate-peace-and-human-rights (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Marishka, Christoph (2021). Artificial Intelligence in European Defence: Autonomous Armament? Verfügbar unter www.guengl.eu/issues/publications/artificial-intelligence-in-european-defence-autonomous-armament (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

ENAAT (2020). Who profits from EU funding for military research and development? Verfügbar unter http://enaat.org/wp-content/uploads/2020/10/EUdefFd_analysis_Flyer_2020_EN.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

98 / ENAAT (2019). What is the European Defence Fund. Verfügbar unter http://enaat.org/wp-content/uploads/2019/04/ENAAT-DefenceFund-Flyer_long-EN.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

ENAAT (2019). All you want to know about the EU Defence Fund, and why this is not good for peace nor for jobs and growth. Verfügbar unter <http://enaat.org/eu-de-fence-fund> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Fischer-Lescano, Andreas (2018). Legal Issues Relating to the Establishment of a European Defence Fund (EDF). Verfügbar unter <https://oezlem-alev-demirel.de/wp-content/uploads/2019/10/Expert-Report-on-Legal-Issues-Relating-to-the-Establishment-of-a-European-Defence-Fund-EDF-1.pdf> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

LOBBYARBEIT DER EUROPÄISCHEN RÜSTUNGS- UND SICHERHEITSINDUSTRIE

Douo, Myriam / Izuzquiza, Luisa / Silva, Margarida (2021). Lobbying Fortress Europe – The making of a border-industrial complex. Verfügbar unter <https://corpo-rateeurope.org/en/lobbying-fortress-europe> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Vranken, Bram (2017). Securing Profits: How the arms lobby is hijacking Europe's defence policy. Verfügbar unter www.vredesactie.be/sites/default/files/pdf/Securing_profits_web.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Corporate Europe Observatory (2011). Lobbying Warfare: The Arms Industry's Role in Building a Military Europe. Verfügbar unter <https://corporateeurope.org/en/2011/09/lobbying-warfare> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

EU-AUSSENGRENZEN UND FRONTEx

Akkerman, Mark (2021). Financing Border Wars: The border industry, its financiers and human rights. Verfügbar unter www.tni.org/en/financingborderwars (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Ruiz Benedicto, Ainhoa (2019). Guarding the Fortress. Frontex role in the militarisation and securitisation of migratory flows in the European Union. Verfügbar unter <http://centredelas.org/publicacions/informe-40-custodiar-la-fortalesa-el-paper-de-frontex-en-la-militaritzacio-i-securititzacio-dels-fluxos-migratoris-a-la-unio-europea/?lang=en> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Transnational Institute, Stop Wapenhandel und Centre Delàs (2019). The Business of Building Walls. Verfügbar unter <http://centredelas.org/publicacions/informe-del-transnational-institute-stop-wapenhandel-i-el-centre-delas-el-negoci-de-construir-murs/?lang=en> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Ruiz Benedicto, Ainhoa / Brunet, Pere (2018). Building walls – Fear and securitization in the European Union. Verfügbar unter www.tni.org/en/publication/building-walls (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Akkerman, Mark (2016–2018). Border wars 'series'. Verfügbar unter www.tni.org/en/topic/border-wars (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

EUROPÄISCHE RÜSTUNGSEXPORTE

Campaign Against Arms Trade (2021). EU Export Data Browser. Verfügbar unter <https://caat.org.uk/data/exports-eu> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Centre Delàs, ECP und IDHC (2020). Arms trade, conflicts and human rights. Analysis of European arms exports to countries in armed conflict and human rights violations. Verfügbar unter <http://centredelas.org/publicacions/informe-del-centro-delas-la-ecp-y-el-idhc-comercio-de-armas-conflictos-y-derechos-humanos-ana-lisis-de-las-exportaciones-de-armas-europeas-a-paises-en-situacion-de-conflicto-armado-y-vulneraciones/?lang=en> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Centre Delàs (2018). Interactive Map: European weapons and Refugees. Verfügbar unter www.centredelas.org/mapa-interactiu-armes-europees-i-refugiats/?lang=en (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Centre Delàs (2017). European arms that foster armed conflicts. Conflicts that cause refugees to flee. An analysis of arms exports from the European Union to countries with refugees or internally displaced persons 2003–14. Verfügbar unter <http://centredelas.org/publicacions/informe-32-armas-europeas-que-alimentan-conflictos-conflictos-de-los-que-huyen-los-refugiados-analisis-de-las-exportaciones-de-armas-desde-la-union-europea-a-paises-en-conflicto-o-tension-conflicto/?lang=en> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Holden, Paul (2017). Indefensible, Seven Myths that Sustain the Global Arms Trade. Verfügbar unter www.projectindefensible.org (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

FORSCHUNG ZU EU-SICHERHEITSPOLITIK

Statewatch & the Transnational Institute (2017). Market Forces: the development of the EU security-industrial complex. Verfügbar unter www.statewatch.org/publications/reports-and-books/market-forces-the-development-of-the-eu-security-industrial-complex (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

The Transnational Institute & Statewatch (2009). NeoConOpticon: The EU Security-Industrial Complex. Verfügbar unter www.statewatch.org/publications/reports-and-books/neoconopticon-the-eu-security-industrial-complex (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

ALTERNATIVEN AUF EU- UND GLOBALER EBENE

Calvo Rufanges, Jordi (ed.) (2021). Military Spending and Global Security – Humanitarian and Environmental Perspectives. Verfügbar unter www.routledge.com/Military-Spending-and-Global-Security-Humanitarian-and-Environmental-Perspectives/Rufanges/p/book/9780367493394 (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Calvo Rufanges, Jordi (coord.) (2019). Security policies for peace. Another security is possible and necessary. Verfügbar unter <http://centredelas.org/publicacions/polit-icas-de-seguridad-para-la-paz-otra-seguridad-es-posible-y-necesaria/?lang=en> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Quaker Council for European Affairs (2019). Peace education, making the case. Verfügbar unter www.qcea.org/wp-content/uploads/2019/01/Peace-Education-report.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Quaker Council for European Affairs (2018). Building Peace Together. Verfügbar unter www.qcea.org/2018/03/building-peace-together (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Campaign Against Arms Trade (2014). Arms to Renewables: Work for the Future. Verfügbar unter <https://caat.org.uk/resources/arms-to-renewables> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

DIE AUTOR*INNEN

Ainhoa Ruiz forscht seit 2014 am Centre Delàs d'Estudis per la Pau mit Schwerpunkt Grenzmilitarisierung. Davor arbeitete sie in Kolumbien mit Jugendlichen aus gewalttätigen Gruppen, war Aktivistin in Palästina und engagierte sich in Schulen in Peru. Sie ist Mitautorin der Studie „Building Walls. Policies of fear and securitization in the European Union“ (Centre Delàs, TNI, Stop Wapenhandel) und hat an zahlreichen Veröffentlichungen wie „Security policies for peace. Another security is possible and necessary“ (Icaria und Centre Delàs for Peace Studies) und Berichten des Centre Delàs über Waffenhandel und Konflikte mitgewirkt.

Ainhoa hat einen Master-Abschluss im Bereich Management bewaffneter und sozialer Konflikte und promoviert zu den Themen Frieden, Konflikte und Entwicklung.

Bram Vranken ist Forscher und Aktivist bei der belgischen Friedensorganisation Vredesactie. Er ist Verfasser des Berichts „Securing Profits: How the arms lobby is hijacking Europe's defence policy“, der in ganz Europa verbreitet wurde. Er beteiligt sich regelmäßig an öffentlichen Debatten durch Stellungnahmen in europäischen Medien zu Themen wie weltweiter Waffenhandel und EU-Verteidigungspolitik. Er ist Mitautor von „Military Spending and Global Security: Humanitarian and Environmental Perspectives“ (Routledge Studies in Defence and Peace Economics).

Bram ist Mitglied der Steuerungsgruppe für das ENAAT-EU-Programm.

Francesco Vignarca war über 15 Jahre im Bereich Frieden und Abrüstung aktiv und ist nun Kampagnen-Koordinator für die kürzlich gegründete Vereinigung Rete Italiana Pace e Disarmo (zuvor war er seit 2004 nationaler Koordinator für die Vorgängervereinigung Rete Italiana per il Disarmo). Er hat einen Master-Abschluss in Astrophysik und Soziologie mit Schwerpunkt menschliche und soziale Entwicklung. Er ist Autor zahlreicher Bücher über den Waffenhandel und die Waffenproduktion, Militärausgaben, Fragen des Friedens und der Gewaltlosigkeit sowie die Privatisierung des Krieges.

Francesco ist Mitglied der Steuerungsgruppe für das ENAAT-EU-Programm.

Jordi Calvo hat zu den Themenschwerpunkten Frieden, Konflikte und Entwicklung promoviert und forscht in den Bereichen Rüstungswirtschaft, Friedenskultur und Abrüstung. Er ist Koordinator des Centre Delàs d'Estudis per la Pau und Dozent auf den Gebieten bewaffnete Konflikte, Rüstungswirtschaft und Kooperation. Zu seinen letzten Veröffentlichungen gehört das Werk: „Security policies for peace. Another security is possible and necessary“ (Icaria und Centre Delàs for Peace Studies) sowie „Military Spending and Global Security: Humanitarian and Environmental Perspectives“ (Routledge Studies in Defence and Peace Economics).

Jordi ist Mitglied der Steuerungsgruppe für das ENAAT-EU-Programm.

Laëtitia Sédou ist EU-Programmbeauftragte beim European Network Against Arms Trade (ENAAT). Seit 2016 verfolgt sie die Einrichtung des EU-Verteidigungsfonds, mit dem militärische Forschung und Entwicklung für neue oder verbesserte Waffen gefördert werden, und engagiert sich gegen die EU-Finanzierung für die Rüstungsindustrie. Sie verfasst regelmäßig Beiträge über den EU-Verteidigungsfonds und die Militarisierung der EU (Meinungsartikel, Strategiepapiere, ENAAT-Publikationen). Sie ist Mitautorin von „Military Spending and Global Security: Humanitarian and Environmental Perspectives“ (Routledge Studies in Defence and Peace Economics).

Laëtitia hat einen Master-Abschluss in Geschichte, europäische Politik und Menschenrechte.

Wendela de Vries ist seit langem als Forscherin und Aktivistin gegen Waffenhandel und Rüstungsindustrie bei der unabhängigen Friedensorganisation Stop Wapenhandel tätig, deren Mitbegründerin sie ist. Sie war zudem in Frauenfriedensgruppen und für Umweltorganisationen im Bereich Klimawandel und Atomkraft aktiv. Sie absolvierte ihr Studium der Politikwissenschaften an der Universität von Amsterdam.

Wendela ist Mitglied der Steuerungsgruppe für das ENAAT-EU-Programm.

ENDNOTEN

- 1 Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union. Verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A12012M%2FTXT> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 2 Artikel 1b des PESCO-Protokolls: „b) spätestens 2010 über die Fähigkeit zu verfügen, entweder als nationales Kontingent oder als Teil von multinationalen Truppenverbänden bewaffnete Einheiten bereitzustellen, die auf die in Aussicht genommenen Missionen ausgerichtet sind [...]“ Verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A12008M%2FPRO%2F10> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 3 Andrew Bickford, 2015. „Anthropology of Militaries and Militarisation“ in International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences. Verfügbar unter www.sciencedirect.com/topics/social-sciences/militarization (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 4 Barry Buzan, Ole Wæver & Jaap de Wilde, 1998. „Security: A New Framework for Analysis“, Lynne Rienner Publishers Inc, S. 24–25.
- 5 Alter-EU, 2018. „Corporate Capture in Europe: When big business dominates policy making and threatens our rights“, Seite 81. Verfügbar unter www.alter-eu.org/corporate-capture-in-europe-when-big-business-dominates-policy-making-and-threatens-our-right (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 6 Europäische Verteidigungsagentur, 2021. „Our History“. Verfügbar unter <https://eda.europa.eu/our-history/our-history.html> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 7 Ibid.
- 8 Corporate Europe Observatory, 2011. „Lobbying Warfare: The Arms Industry’s Role in Building a Military Europe“, Seite 14. Verfügbar unter <https://corporateeurope.org/en/2011/09/lobbying-warfare> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 9 AeroSpace and Defence Industries Association of Europe, 2016. „News from Brussels: Quarterly Newsletter“, Mai 2016.
- 10 Maaik Goslinga & Dimitri Tokmetzis, 2017. „Als de wapenlobby het vraagt, komt de Eurocommissaris opdruven“, in De Correspondent, 22. Februar 2017. Verfügbar unter <https://decorrespondent.nl/6245/als-de-wapenlobby-het-vraagt-komt-de-eurocommissaris-opdraven/1381856392290-e433c3ad> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 11 EU-Institut für Sicherheitsstudien, 2016. „Report of the Group of Personalities on the Preparatory action for CSDP-related research“, Seite 34. Verfügbar unter www.iss.europa.eu/content/report-group-personalities-preparatory-action-csdp-related-research (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

- 12 Bram Vranken, 2017. „Securing Profits: How the arms lobby is hijacking Europe’s defence policy“, veröffentlicht von Vredesactie, Seite 13. Verfügbar unter www.vredesactie.be/sites/default/files/pdf/Securing_profits_web.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 13 Alexandra Brzozowski, 2019. „EU lawmakers rubber-stamp European Defence Fund, give up parliamentary veto“, in Euractiv, 18. April 2019. Verfügbar unter www.euractiv.com/section/global-europe/news/eu-lawmakers-rubber-stamp-european-defence-fund-give-up-parliamentary-veto-2 (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 14 Europäische Kommission, Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum, 2021. Verfügbar unter https://ec.europa.eu/info/departments/defence-industry-and-space_de (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 15 Harry Cooper & Quentin Ariès, 2017. „Defense lobbyists under scrutiny“, in Politico, 22. Dezember 2017. Verfügbar unter www.politico.eu/newsletter/politico-eu-influence/politico-brussels-influence-presented-by-plastics-recyclers-europe-conscientious-objectors-open-up-mr-tusk-agency-report-card (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 16 Bram Vranken, 2017.
- 17 Der Bürgerbeauftragte strengte ein Verfahren wegen des Verdachts auf einen Verstoß gegen die EDA-Personalverordnung an. Verfügbar unter www.ombudsman.europa.eu/en/correspondence/en/138504 (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 18 Europäischer Auswärtiger Dienst, 2016. „Shared Vision, Common Action: Ein stärkeres Europa – Eine globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union“, Seite 7. Verfügbar unter https://www.ffg.at/sites/default/files/downloads/page/eugs_de_0.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 19 Ibid, S. 10–11.
- 20 Europäischer Auswärtiger Dienst, 2020. „Towards a climate-proof security and defence policy: a Roadmap for EU action“. Verfügbar unter https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/90320/towards-climate-proof-security-and-defence-policy-roadmap-eu-action_en (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 21 Europäischer Auswärtiger Dienst, 2021. „Towards a Strategic Compass“, Datenblatt, Seite 1. Verfügbar unter https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/89047/towards-strategic-compass_en (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 22 Daniel Fiott, 2021. Verfügbar unter <https://twitter.com/DanielFiott/status/1387286088604135425>, getweetet am 28. April 2021 (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

- 23 Sarah Lawton, 2020. „German defence minister: EU security without US is an ‘illusion‘“, veröffentlicht in Euractiv, 18. November 2020. Verfügbar unter www.euractiv.com/section/politics/short_news/german-defence-minister-eu-security-without-us-is-illusion (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 24 Euractiv mit Reuters, 2020. „Macron: Europe needs its own sovereignty in defence, even with new US government“, veröffentlicht in Euractiv, 16. November 2020. Verfügbar unter www.euractiv.com/section/global-europe/news/macron-europe-needs-its-own-sovereignty-in-defence-even-with-new-us-government (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 25 Steven Pifer, 2021. „How to solve the Nord Stream 2 dilemma“, veröffentlicht in Euractiv, 4. März 2021. Verfügbar unter www.euractiv.com/section/global-europe/opinion/how-to-solve-the-nord-stream-2-dilemma (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 26 Europäischer Auswärtiger Dienst, 2016, Seite 19.
- 27 Thierry Breton, 2019. Abschlussrede auf der 12. jährlichen Raumfahrtkonferenz, Brüssel, 22. Januar 2019. Verfügbar unter https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/breton/announcements/12th-annual-space-conference-closing-speech_en (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 28 Weitere Informationen in den ENAAT-Datenblättern zum Verteidigungsfonds 2019 und 2020. Verfügbar unter <http://enaat.org/eu-defence-fund> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 29 Europäische Kommission, 2021. GD DEFIS-Website. Verfügbar unter https://ec.europa.eu/info/departments/defence-industry-and-space_de (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 30 MALE RPAS – offizielle Website. Verfügbar unter www.occar.int/programmes/male-rpas (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 31 Bislang ist die detaillierte Aufschlüsselung des Haushalts pro Projekt nur für diese elf Projekte verfügbar. Vgl. ENAAT-Factsheet 2020, aktualisiert im April 2021, „Who profits from EU funding for military research and development?“. Verfügbar unter http://enaat.org/wp-content/uploads/2021/04/Flyer_WhoProfitsEDF_210416EN.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 32 Europäische Verteidigungsagentur, 2020. „CARD Report Executive summary“, S. 2. Verfügbar unter <https://eda.europa.eu/docs/default-source/reports/card-2020-executive-summary-report.pdf> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

- 33 Europäischer Auswärtiger Dienst, 2020. PESCO-Datenblatt „Deepening Defence Cooperation among EU Member States“, Seite 1. Verfügbar unter https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/pesco_factsheet_2020-11-9-version-20-nov.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 34 Die Liste der Projekte ist verfügbar unter <https://pesco.europa.eu> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 35 Europäische Kommission, 2016. Mitteilung der Kommission, „Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan“ COM(2016) 0950 endgültig, Seite 5. Verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de /ALL/?uri=CELEX:52016DC0950> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 36 Violeta Bulc, 2018. Rede vor dem Nordatlantikrat. Verfügbar unter https://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-18-4126_en.htm (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 37 Europäische Kommission, 2021. GD DEFIS-Website. Verfügbar unter https://ec.europa.eu/defence-industry-space/eu-defence-industry/skills-defence-sector_de (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 38 Thierry Breton, 2019.
- 39 AeroSpace and Defence Industries Association of Europe, 2016. „Considerations on ‘Capacity Building in Support of Security and Development (CBSD) in Third Countries.’“ Verfügbar unter www.asd-europe.org/considerations-on-capacity-building-in-support-of-security-and-development-cbsd-in-third-countries (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 40 Europäische Kommission, 2021. „EU-Aktionsplan zu Synergien zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und der Weltraumindustrie“ COM(2021) 70 endgültig. Verfügbar unter https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/com-2021-70_en_act_part1_v8_en.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 41 Europäischer Auswärtiger Dienst, 2020. „European Peace facility, An EU off-budget fund to build peace and strengthen international security“, Datenblatt, Seite 1. Verfügbar unter https://eeas.europa.eu/sites/default/files/2020_12_15_mff_dpeacefacility.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 42 Ylva Johansson, 2020. Antwort auf schriftliche EP-Frage. Verfügbar unter www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-9-2020-005132-ASW_EN.html (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 43 Europäischer Auswärtiger Dienst, Webseite EUBAM Libya. Verfügbar unter https://eeas.europa.eu/csdp-missions-operations/eubam-libya/89602/eubam-libya-european-union-border-assistance-mission-libya-civilian-mission_en (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

- 44 Ibid.
- 45 Corporate Europe Observatory, 2021. „Lobbying Fortress Europe“, Berichtszusammenfassung. Verfügbar unter <https://corporateeurope.org/en/lobbying-fortress-europe> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 46 Ibid.
- 47 Europäische Verteidigungsagentur, 2015. „The Economic Case for Investing in Europe’s Defence Industry“, Datenblatt. Verfügbar unter https://eda.europa.eu/docs/default-source/eda-factsheets/2015-01-20-factsheet_economic-case_high (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 48 AeroSpace and Defence Industries Association of Europe, 2020. „Facts & Figures“, Seite 3. Verfügbar unter https://asd-europe.org/sites/default/files/atoms/files/ASD_FactsFigures_2020.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 49 Ibid.
- 50 Eurostat Data Browser, 2021. „Arbeitnehmer nach Geschlecht, Alter und Wirtschaftszweigen (ab 2008, NACE Rev. 2)“. Verfügbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsa_eegan2/default/table?lang=de (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 51 Ursula von der Leyen, 2019. „Mission letter to Thierry Breton, Commissioner for Internal market“. Verfügbar unter https://ec.europa.eu/commission/commissioners/sites/comm-cwt2019/files/commissioner_mission_letters/president-elect_von_der_leyens_mission_letter_to_thierry_breton.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 52 Florin Zubaşcu, 2019. „How the EU could embrace the ‚noble task‘ of defence R&D“, in ScienceBusiness. Verfügbar unter <https://sciencebusiness.net/news/how-eu-could-embrace-noble-task-defence-rd> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 53 Eric Jan de Bakker & Robert Beeres, 2016. „Militaire productie en Neerlands welvaren“, in Militaire Spectator, Dezember 2016. Verfügbar unter www.militairespectator.nl/sites/default/files/teksten/bestanden/Militaire%20Spectator%202012-2016%20De%20Bakker%20en%20Beeres.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 54 Campaign Against Arms Trade, 2014. „Arms to renewables. Work for the future“. Verfügbar unter <https://caat.org.uk/wp-content/uploads/2020/03/arms-to-renewables-background-briefing.pdf> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 55 J. Paul Dunne & Derek Braddon, 2008. „Economic impact of military R&D“, Dunne & Braddon, veröffentlicht vom Flemish Peace Institute. Verfügbar unter www.course-hero.com/file/83829936/Dunne-and-Brandon.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

- 56 Heidi Garrett-Peltier, 2017. „Job Opportunity Cost of War“, Brown University, Costs of War. Verfügbar unter <https://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2017/Job%20Opportunity%20Cost%20of%20War%20-%20HGP%20-%20FINAL.pdf> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 57 Europäische Verteidigungsagentur, 2021. „European defence spending hit new high in 2019“, Pressemitteilung, 28. Januar 2021. Verfügbar unter <https://eda.europa.eu/news-and-events/news/2021/01/28/european-defence-spending-hit-new-high-in-2019> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 58 Stockholm International Peace Research Institute, 2021. „World military spending rises to almost \$2 trillion in 2020“. Verfügbar unter <https://sipri.org/media/press-release/2021/world-military-spending-rises-almost-2-trillion-2020> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 59 Europäische Kommission, 2017. „Der Europäische Verteidigungsfonds, Fragen und Antworten“. Verfügbar unter https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/memo_17_1476 (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 60 Stop Wapenhandel Blog, 2019. „Fighter jet programs in Europe“. Verfügbar unter <https://stopwapenhandel.org/node/2237> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 61 Beatriz de León Cobo & al., 2021. „Spanish-French cooperation in the European Union’s defence industry“, in Atalayar, 10. Januar 2021. Verfügbar unter <https://atalayar.com/en/content/spanish-french-cooperation-european-unions-defence-industry> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 62 Reuters, 2020. „Other nations interested in UK’s Tempest fighter jet project – Leonardo CEO“. Verfügbar unter www.reuters.com/article/britain-defence-idUSL5N2ET2G5 (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 63 Éric Trappier, 2018. „Unmanned systems are a key capability in today’s operational environment“, in EDM Magazine. Verfügbar unter <https://eda.europa.eu/webzine/issue16/cover-story/unmanned-systems-are-a-key-capability-in-today-s-operational-environment> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 64 Dominic Vogel, 2021. „Future Combat Air System: Too Big to Fail“, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Verfügbar unter www.swp-berlin.org/10.18449/2021C02 (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 65 Nicolas Gros-Verheyde, 2021. „Répartition de la charge industrielle, de la propriété intellectuelle, le SCAF est en situation difficile (Éric Trappier)“, in Bruxelles2pro, 8. März 2021. Verfügbar unter <https://club.bruxelles2.eu/2021/03/repartition-de-la-charge-industrielle-de-la-propriete-intellectuelle-le-scaf-est-en-situation-difficile-eric-trappier> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

- 66 Institute for Economics and Peace, 2021. „Economic value of peace 2021“, Sydney. Verfügbar unter www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2021/01/EVP-2021-web-1.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 67 Vgl. „Global Campaign On Military Spending“, insbesondere die 2020 veröffentlichte Datenreihe „Healthcare Not Warfare“. Verfügbar unter https://demilitarize.org/resources_categories/infographics_materials (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 68 Eine detaillierte Analyse finden Sie bei Heidi Garrett-Peltier, 2014; Heidi Garrett-Peltier, 2019, „War Spending and Lost Opportunities“. Verfügbar unter <https://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2019/March%202019%20Job%20Opportunity%20Cost%20of%20War.pdf> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021); und Bonaiuti, Beretta, Mancuso & Vignarca, 2011. „Le armi: un investimento negativo“, Fondazione Umberto Veronesi. Verfügbar unter http://scienceforpeace.it/uploads/allegato/8_le_armi_un_investimento_negativo-1328197693_63-listitem-1.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 69 Raul Caruso, 2015. „Beyond deterrence and decline towards a general understanding of peace economics“ – Rivista Internazionale di Scienze Sociali – Anno 123, Nr. 1, Januar-März 2015.
- 70 Stockholm International Peace Research Institute, 2020. „Trends in world military expenditure, 2019“. Verfügbar unter www.sipri.org/sites/default/files/2020-04/fs_2020_04_milex_0.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 71 Campaign Against Arms Trade „EU Export Data Browser“, basierend auf amtlichen EU-Daten. Verfügbar unter <https://caat.org.uk/data/exports-eu> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 72 Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern. Verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32008E0944> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 73 European Network against Arms Trade, 2019. „All you want to know about the EU Defence Fund, and why this is not good for peace nor for jobs and growth“. Verfügbar unter <http://enaat.org/eu-defence-fund> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 74 Centre Delàs, 2021. Interactive Map „European weapons and Refugees“. Verfügbar unter <http://centredelas.org/mapa-interactiu-armes-europees-i-refugiats/?lang=en> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

- 75 Jordi Calvo, Ainhoa Ruiz & Edgard Vega, 2017. „European arms that foster armed conflicts. Conflicts that cause refugees to flee. An analysis of arms exports from the European Union to countries with refugees or internally displaced persons 2003-14“ – Bericht 32, Centre Delàs. Verfügbar unter <http://centredelas.org/publicacions/informe-32-armas-europeas-que-alimentan-conflictos-conflictos-de-los-que-huyen-los-refugiados-analisis-de-las-exportaciones-de-armas-desde-la-union-europea-a-paises-en-conflicto-o-tension-con-refug/?lang=en> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 76 Rat der EU, 2020. „Council reaches a political agreement on the European Peace Facility“, Pressemitteilung, 18. Dezember 2020. Verfügbar unter www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/12/18/council-reaches-a-political-agreement-on-the-european-peace-facility (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 77 Brief an das Europäische Parlament von 62 NGOs, 2019. „The EU peace project is under threat“. Verfügbar unter <http://enaat.org/2019/09/02/civil-society-letter-to-new-euro-parliamentarians-the-eu-peace-project-is-under-threat> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 78 Saferworld, 2021. „Weapons for peace? What to expect in 2021 from the EU’s new peace facility“. Verfügbar unter www.saferworld.org.uk/resources/news-and-analysis/post/936--weapons-for-peace-what-to-expect-in-2021-from-the-euas-new-apeace-facility (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 79 European Network against Arms Trade, 2019.
- 80 Therese Pettersson & Magnus Öberg, 2020. „Organized violence 1989-2019“, Journal of Peace Research 57(4): „In 2019, UCDP recorded 54 active state-based conflicts — the highest number in the post-1946 period — matching the previous peak year of 2016.“
- 81 Ibid, Karte über laufende staatliche Konflikte, 2019.
- 82 Adrià Rocha, 2020. „La cifra de muertos de la guerra siria llega a los 380.000“, in Elperiodico. com, 4. Januar 2020. Verfügbar unter www.elperiodico.com/es/internacional/20200104/la-ci-fra-de-muertos-de-la-guerra-siria-llega-a-los-380000-7794790 (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 83 Vereingte Nationen, 2020. „UN humanitarian office puts Yemen war dead at 233,000, mostly from ‘indirect causes’“, UN News. Verfügbar unter <https://news.un.org/en/story/2020/12/1078972> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 84 UN-Flüchtlingsagentur, 2021. „Global Trends Forced Displacement 2019“. Verfügbar unter www.unhcr.org/globaltrends2019 (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

- 85 Jordi Calvo, Josep Maria Royo, Karlos Castilla & al., 2020. „Arms trade, conflicts and human rights. Analysis of European arms exports to countries in armed conflict and human rights violations“, ein Bericht des Centre Delàs d'Estudis per la Pau, der Escola de Cultura de Pau und des Institut de Drets Humans de Catalunya. Verfügbar unter <http://centredelas.org/publicacions/informe-del-centro-delas-la-ecp-y-el-idhc-comercio-de-armas-conflictos-y-derechos-humanos-analisis-de-las-exportaciones-de-armas-europeas-a-paises-en-situacion-de-conflicto-armado-y-vulneraciones/?lang=en> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 86 Europäischer Auswärtiger Dienst, 2016.
- 87 Europäischer Auswärtiger Dienst, 2018. „A Europe that Protects: Countering Hybrid Threats“, Datenblatt. Verfügbar unter https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-home-page/46393/factsheet-hybrid-threats_en (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 88 Brown University, 2019. Employment Impact. Costs of War webpage, Watson Institute International & Public Affairs. Verfügbar unter <https://watson.brown.edu/costsofwar/costs/economic/economy/employment> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).
- 89 Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates.
- 90 Jean-Claude Juncker, 2016, „Rede zur Lage der Union“. Verfügbar unter <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/4d4b1704-0f57-11eb-bc07-01aa75ed71a1> (letzter Zugriff: 7. Mai 2021).

Noch vor einigen Jahren schienen Warnungen vor einem militärisch-industriellen Komplex in der EU weit hergeholt. Nun brüstet sich die EU damit, dass dieser Komplex Stück für Stück Wirklichkeit wird.

Beunruhigend ist, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten in den letzten Jahren weitgehende Schritte unternommen haben, um Aufmerksamkeit und Ressourcen von zivilen auf militärische Prioritäten zu verlagern. Unter der Behauptung, dass das Europäische Projekt gefährdet und ein „stärkeres Europa“ auf internationaler Ebene erforderlich seien, wurde der Aufbau von gemeinsamen militärischen Fähigkeiten gefördert und eine Erhöhung der Rüstungsausgaben zugesichert.

Forderungen, die EU solle ihre militärische Stärke weltweit aktiver einsetzen, werden immer lauter. Dieser Paradigmenwechsel im politischen Diskurs, bei Strukturen und Finanzierung wird aber weder den Frieden sichern noch die strukturellen Ursachen der Konflikte angehen, die nicht zuletzt durch das ausbeuterische Wirtschaften einer neoliberalen EU geschürt wurden und werden.

Die vorliegende Broschüre bietet eine umfassende Einführung in die Diskurse, Strukturen und Akteure der EU-Militarisierung. Gängige Mythen über den vermeintlichen wirtschaftlichen und politischen Nutzen einer engeren militärischen Zusammenarbeit werden widerlegt und es wird der Frage nachgegangen, warum dieser Paradigmenwechsel eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Menschen weltweit bedeutet. Schließlich werden friedenspolitische Konzepte und Handlungsansätze vorgestellt, um sich aktiv für Frieden und menschliche Sicherheit stark zu machen.